

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pro Nummer 1 Pf.
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 2 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgepaltenen Rollen-
 zelle oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (zeit-
 gebrauchte) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Sonntags-
 und Festtagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adressen:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 8. März 1904.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Alle Kamellen.

Die Militärdebatten des Reichstages nehmen den gleichen Charakteristischen Verlauf wie die socialpolitischen Diskussionen beim Reichsamt des Innern. Auf der einen Seite die Socialdemokratie, die in und über der systematischen Kritik des Bestehenden zugleich ein fruchtbares Programm unmittelbar realisierbarer positiver Gegenwartsarbeit entwirft, indem sie zugleich doch in ihrer klaren prinzipiellen Erkenntnis die Schranken zeigt, wo die bestehende Gesellschaftsordnung jedem weiteren Fortschritt Halt gebietet. Innerhalb dieser Schranken aber hat die Socialdemokratie den Weg positiver Gesetzgebung durchaus möglicher Reformen und eine Fülle von Verbesserungsvorschlägen gezeigt; hat sie beim Reichsamt des Innern die Schöpferkraft des sozialistischen, bei dem Militär-Etat die Produktivität des demokratischen Gedankens bewährt. Hier wie dort aber erleben wir dasselbe Schauspiel. Wir stellen die Gegner vor bestimmte Reformvorschläge und die Gegner versuchen dieien Aufgaben zu erschließen, indem sie nachweisen, wie entsetzlich dumm und roh wie den Zukunftsstaat einrichten, oder wie wir bereit wären, Hochverrat und sonstige Verbrechen zu üben. Die Socialdemokratie fordert die herrschenden Klassen auf, positive Arbeit zu leisten, und weist ihnen Mittel und Wege nach; deren Wortführer aber laufen schreiend davon und führen dann aus der Ferne utopische Feldenkämpfe gegen die von ihnen selbst ausgestopften Vogelscheuchen auf. Weil sie keine ernsthaften Socialreformen wollen, befestigen sie sich an den Wäldern-Phantasien eines etwa nach dem Geiste eines preussischen Ministers entworfenen Zukunftsstaates. Weil sie ein demokratisches Heer als anbereubar mit den Junkerinteressen fürchten, flüchten sie sich in albernes Geschwätz über socialdemokratische Vaterlandslosigkeit. Und indem sie die socialdemokratischen Vorschläge, die etwas Neues gestalten wollen, als alle Kamellen verhöhnen, leben sie selbst von dem Dünkel uralter Kammengeschichten, mit denen alle staats-erhaltenden Wahlsflugblätter des letzten Jahres angefüllt waren und deren Stupidität eine ganze Anzahl von Deutschen, deren Intelligenz noch einige Ansprüche stellte, in unsere Lager getrieben haben mag.

Die Taktik der alten Kamellen verfolgte mit ganz besonderer Blumpheit die Militärverwaltung, und in einer sonderbaren Sinnes-vertwirrung bemühte sich der preussische Kriegsminister die von unserer Seite vorgebrachten Einzelbeschwerden, die lediglich Material für unsere positiven Vorschläge bildeten, als alle Kamellen abzuthun, während es sich doch fast nur um jüngste Erscheinungen eines allerdings alten und verrotteten Systems handelte.

Die socialdemokratischen Medner, Webel und Gradnauer, hatten klar und präcis die Grundzüge einer demokratisierten Heeres-verfassung entworfen und die von allen Seiten beklagten Mängel aus dem inneren Widerspruch des heutigen Systems abgeleitet, dem Bahnweis eines gegen sich selbst bewaffneten Volkes.

Am Sonnabend hatte der Kriegsminister v. Einem nach Gradnauer's Rede geschwiegen. Er brauchte Zeit zur Ueberlegung. Am Montag nahm dann Webel Anlaß, sowohl hinsichtlich der Einzel-fälle wie der systematischen Kritik noch einmal eindringlich die social-demokratische Auffassung zu bekräftigen. Herr v. Einem überlegte noch immer. Erst mußte noch der neuerdings angeworbene Komiser der Konserwativen, Herr v. Rippenhausen, Gespenster sehen und beschwören, erst Herr Liebermann v. Sonnenberg beweisen, wie mangelhaft die Bildung und Logik eines Lieutenants bleibt, auch wenn er schon seit einem Menschenalter die Uniform angezogen — erst dann fühlte sich der Philosoph von Jena, Herr v. Einem, genugsam gekärt, um neue Triumphe in der bürgerlichen Presse zu erheben. Man braucht nur die Reden unserer Parteigenossen mit denen des Kriegsministers zu vergleichen, um sofort zu erkennen, daß der Mann einfach an uns vorbei geredet hat. Kein Wort über die Demo-kratifizierung der Armee — dafür das Duzend aller Kamellen gegen die Socialdemokratie, die selbst dem letzten Kreisblattredakteur schon widerwärtig sind und ihm sein Scheerenhandwerk verleidet. Er wendete zunächst den alten Kniff an, die Unzuverlässigkeit social-demokratischer Behauptungen zu „beweisen“. Zunächst würde es nichts gegen unsere prinzipiellen Forderungen beweisen, wenn selbst sämtliches von uns vorgebrachte Einzelmaterial unschaltbar wäre. In Wirklichkeit aber pflegt der allgemeinen Behauptung der Minister über socialdemokratische Unzuverlässigkeit niemals auch nur der Ver-such eines Beweises zu folgen. Gewöhnlich begnügen sie sich mit der entsetzlichen Verächtigung von ein oder zwei Fällen. Diedmal lenkte der Minister auf den Fall eines kommandierenden Generals ab, der seinen Vorgesetzten mißhandelt haben soll. Webel hatte die ihm zugegangenen Mitteilungen zu einer Anfrage an den Minister pflichtgemäß benutzt. Herr v. Einem behauptete nach den Akten — uns ist die Darstellung des Falles nicht ganz klar geworden — es sei keine Rede davon, daß jener Offizier sich Mißhandlungen habe zu Schulden kommen lassen. Damit aber nicht genug, hielt er dann eine Vorlesung über die Schändlichkeit, derartige Anfragen vorzubringen. Der Volks-vertreter thut natürlich nur seine Pflicht, wenn er derartige Fälle auf dem einzig möglichen Wege zur Klarheit zu bringen sucht, und dieser Weg bleibt solange die parlamentarische Erörterung, bis man nicht den Abgeordneten selbst die Möglichkeit selbst-ständiger amtlicher Untersuchungen gibt. Gerade in diesem Fall ist die parlamentarische Erörterung für die Beteiligten von besonderem Vorteil gewesen; denn die von Webel zur Sprache gebrachte Mitteilung ist weithin verbreitet und ist auch uns von verschiedenen Seiten zugegangen. Jedenfalls beruhen social-demokratische Beschwerden und Anfragen auf sorgfältigeren und gewissenhafteren Informationen als die Behauptungen eines preussischen Kriegsministers, der sich auf Parteitagsanträge beruft, die nicht einmal die notwendige Unterfützung gefunden haben; der für social-

demokratische Auffassungen die — „Hamburger Nachrichten“ citiert oder das „Berliner Tageblatt“, die Quelle der angeblich Allensteiner Garnisongeschichte, für ein socialdemokratisches Blatt hält. Derselbe Kriegsminister machte ja auch, für Jena den Kosmopolitismus des Bürgertums verantwortlich. Er behauptet, daß Franzosen, die royalistische Propaganda in der Armee treiben, wegen Hochverrats bestraft würden, während doch jedes Kind weiß, welches Unwesen sogar royalistisch-meritale Generale ungestrast in der Armee treiben können, die freilich auch — die Dreyfus-Affaire hat es gezeigt — wertvolle Zeugen für die sittliche Verkommenheit mon-archistischer Traditionen sind. Oder der Kriegsminister klagt gar die Socialdemokratie an, daß sie die Lüge von der Fälschung der Emser Depesche erfunden, obgleich doch Bismarck selbst mit stolzem Eynidius diese That eingestanden und sich mit dieser Fälschung gebrüstet hat, durch die er einen Krieg in dem Augenblick provozierte, wo der diplomatische Konflikt ausgeglichen war. Mit solchen alten Kamellen versucht der Herr Kriegsminister die grundsätzliche Kritik und die Reformvorschläge der Socialdemokratie zu verdunkeln und zu überwinden. Dazu kommt selbstverständlich das patriotische Phrasengeklänge: „Ohne Königstreue keine Disziplin!“ Herr v. Einem ist nicht einmal bis zur preussisch-deutschen Geschichte von 1866 vorgebrungen; sonst würde er wissen, daß mit die größten Kriegserfolge 1870/71 gerade die Truppenteile der 1866 durch die dynastische Revolution Bismarcks und Wilhelm I. ihrer härtesten herabtauten Provinzen baltbracht haben, denen also gewaltsam ihre „Königstreue“ durch die preussische Dynastie genommen war. Der Versicherung, daß die Socialdemokraten so gut wie irgend ein anderer das Vaterland verteidigen würden, begegnete er mit der famosen Entbedung, die Socialdemokratie sei gegen die Kriege überhaupt. Ja, ist denn der preussische Kriegsminister nicht auch Gegner des Krieges? Beklagt nicht auch er die sinnlosen Menschenmächtereien, die Verrohung, die Bestialitäten, die jeder Krieg entfesselt? Bei dieser Gelegenheit entschloß sich aber dem Herrn v. Einem ein unvorsichtiges Geständnis. Er meinte nämlich gegenüber der Thatsache, daß das heutige militärische System sich aus der Zweckbestimmung gegen den inneren Feind erkläre, das sei nicht wahr; denn da genüge eine kleine Prätorianer-Armee von Söldnern, die zu allem bereit seien. Sehr richtig! Es hat ja auch bereits nicht an Stimmen von Militär-Schriftstellern gefehlt, die deshalb als letztes Auslaufmittel die Rückkehr zum Söldner-heer gefordert haben. Darin aber liegt gerade der Wider-spruch, auf den die Socialdemokratie immer wieder hinweist: Weil eine kleine Söldnertruppe in dem Zeitalter des Weltkriegen auf internationalen Gebiete nicht genügt, weil man dazu die Volks-massen braucht, weil man andererseits mit der Armee den „inneren Feind“ niederhalten will, der doch schließlich identisch ist mit der Armee, darum versucht man die unlösbare und zu allen Uebeln führende Aufgabe, durch eine blutige und seelenlose Sklavendisciplin das Heer, das aus dem Volke herborgeht, mit Prätorianergeist zu erfüllen!

Auf den Bänken des Bundesrats hatte man wohl das Gefühl, daß Herrn v. Einem's Polemik nicht glücklich gewesen — den tödlichen Fall Arenberg hatte er mit der Bemerkung zu beiseitigen gesucht, daß es schwer sei, Geisteskrankheit gleich zu erkennen — und so sprang der bayrische Herr v. Endres dem preussischen Kollegen bei. Anfangs sprach er so fein und verständlich, daß ein Zwischeneins aus unsern Reihen ihn als „blauen Raben“ — er trug eine blaue Uniform — feierte, dann aber fiel er in preussische Gewohnheiten. Mit großem Aufwand von starken Worten wettete er gegen die Militär-romane. Wir verstehen es wohl: Jeder Offizier, der auf seinem Beruf hält, muß sich bei jenen sündlichen Sittenschilderungen aufs tiefste angewidert fühlen. Sind jene Romane erlogen, nun so ist es Pflicht, durch eine eingehende Untersuchung die Unwahrheit fest-zustellen. Nach den Ueberraschungen von Jorbad ist das absolute Notwendigkeit. Aber Herr v. Endres verließ völlig sein feines Ohrgefühl, als er nun, statt solche Forderung zu erheben, leichtfertig mit der Ehre der Socialdemokratie, insbesondere auch des „Vorwärts“ spielte. Er warf uns niedrigste Motive vor, und seine Klugheit ließ ihn so sehr im Stich, daß er sich in den unstmigen Wahn hineinredete, die Socialdemokratie habe eine Freude daran, ihre Gegner in den Schmutz zu ziehen. Ach nein, Herr v. Endres, die Socialdemokratie vertraut allein auf die siegre-reiche Kraft ihrer Ideen und es bereitet uns nicht das mindeste Vergnügen, uns mit niedrigen und unsauberen Gegnern herum-schlagen zu müssen. Wir wünschen vielmehr reine, untadelige, würdige Gegner! Sonst wäre uns ja auch Herr v. Endres nicht angenehmer als die üblichen Kommissköpfe, die geistlos und unwahr die gleichen alten Kamellen wiederholen. Uebrigens wird die Affaire des Romans des Grafen Vaubassin nachgerade be-denklich. Als wir den Roman besprachen, äußerten wir ein recht herbes Urteil über das Werk. Nachdem wir aber sehen, wie man sich damit begnügt, auf den Verfasser zu schimpfen, ohne sich für die Unwahrheit seiner Schilderungen zu verbürgen, neigen wir zu der Ansicht, daß wir ihm Unrecht gethan haben. Die „erschaffenen Menschen“ scheinen doch nicht nur in der Phantasie zu existieren!

Ein Bombardement von Wladiwostok.

Peterdurg, 6. März. Statthalter Mezejew hat heute aus Muden folgendes Telegramm an den Kaiser gerichtet: Ich melde Eurer Majestät, daß der Kommandant der Festung Wladiwostok mit-teilt, daß heute früh 8 Uhr 30 Minuten südlich der Uskold-Insel sieben Schiffe gesichtet und daß diese Schiffe um 9 Uhr 45 Minuten als Kriegsschiffe erkannt wurden, die Kurs auf die Uskold-Insel hielten. Gegen Mittag befand sich das feindliche Geschwader in der Mitte

zwischen der Küste und der Uskold-Insel auf die Uskold-Bucht zu-fahrend, außer dem Bereich des Feuers der Uferbatterien. Um 1 Uhr 30 Minuten nachmittags eröffnete der Feind das Feuer. In dem feindlichen Geschwader sind wahrscheinlich die Kreuzer erster Klasse „Izumo“ und „Yakumo“; die Namen der andren Schiffe sind unbekannt.

Wladiwostok, 7. März. (Melbung der „Russischen Telegraphen-Agentur“.) Durch die gestrige Beschießung sind hier nirgends ernst-hafte Beschädigungen angerichtet worden. Bei dem Holzhäuschen eines Handwerkers, welches von dem Geschoh eines zwölfköpfigen Geschütes durchschlagen wurde, wurde eine Frau getötet. In die Wohnung des Obersten Shoulow drang ein Geschoh ein und explodierte erst, nachdem es ein Zimmer durchschlagen hatte. Die Schildwache, welche unverletzt blieb, rief, ohne die Feistesgewenart zu verlieren, man möge die Fahne aus dem Hause reiten, was dann die Gattin des Regimentskommandanten mit einem Soldaten ausführte. Ein Geschoh playte im Hofe der Marineserne, wodurch fünf Matrosen leicht verwundet wurden. Sonst wurde niemand verletzt. Feuer ist nirgends ausgebrochen. Die russischen Batterien haben das feindliche Feuer wegen der zu großen Entfernung und sodann aus dem Grunde nicht erwidert, weil man dem Feinde nicht ohne Not die Lage derselben verraten wollte. Es wird angenommen, daß das feindliche Geschwader aus einem Panzerschiff, vier gepanzerten und zwei nicht gepanzerten Kreuzern bestand.

Paris, 7. März. Der „New York Herald“ meldet aus Tientsin: Es ist unmöglich, die Absichten der Russen zu erraten. Sie entfernen aus Rußschwung alles, was transportfähig ist, Eisen-bahnmaterial usw. 6000 Mann russische Truppen sind in Zukau eingetroffen; dieselben erklären, daß sie heute wieder abgeschoben und durch andre ersetzt werden würden. Kiangsin, sowie verschiedene andre größere Stationen, werden von Magazin-Schnellfeuergeschüzen verteidigt, auch sind dort Ver-schanzungen aufgeworfen worden. In andren Küstenplätzen sind bisher keine russischen Soldaten gesehen worden. Das Gerücht von einer Beschießung Port Arturs bestätigt sich nicht. Das Blatt be-stätigt ferner die Meldung, daß sich am vergangenem Freitag Kosaken eines japanischen Transport-zuges bemächtigten, wobei sie 100 Pferde und eine große Menge Munition erbeuteten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. März.

Der Kriegsminister über der Fall Arenberg.

Nach 48-stündiger Bedenkzeit hat es der Kriegsminister denn doch für notwendig gehalten, dem Volke Rede und Antwort zu stehen auf die Frage: Wie war es möglich, daß ein so tierisches Individuum wie der Prinz Arenberg jahrelang Offizier und sogar Rosonalfizier bleiben konnte? Wie man sich aus den von uns gebrachten Citaten entsinnen wird, war sich sogar die Scharfmader-presse darin einig, daß es auf diese Frage keine Antwort geben könne. Und man hat recht behalten: Herr v. Einem hat zwar einiges auf die Frage entgegnet, aber geantwortet hat er nicht. Selbst „Post“ und „Deutsche Tageszeitung“ werden dies Stummeln tödlichster Verlegenheit nicht als Antwort gelten lassen.

Der Kriegsminister machte den unmöglichen Versuch, das militärische System dadurch zu retten, daß er behauptete, die Vor-gesehen des Prinzen Wöder hätten von dessen gemeinefählicher Berrücktheit keinen klaffen Schimmer gehabt. Nur ein Offizier habe um die tobsüchtige Tollheit des Prinzen gewußt, der Offizier nämlich, den er bei einem Begütigungsversuch an die Wand ge-worfen hatte. Dieser eine Offizier habe aber keine Meldung von dem Vorfall gemacht, so daß die Vorgesetzten völlig ahnungslos geblieben seien.

Wir gestatten uns zu dieser wunderlichen Darstellung einige Anmerkungen. Erstens: Hat der an die Wand geworfene Offizier den Arenberg für einen Berrückten oder für einen Normalen ge-halten? Hielt er ihn für einen Normalen, so hätte er ihn nach dem Ehrenkodex der Offiziere vor die Pistole fordern müssen. Vorher hätte dann die Sache einem Ehrengericht unterbreitet werden müssen, das dann auf diese Weise von den Excessen des tollen Prinzen Kenntnis erhalten hätte. Das Ehrengericht hätte dann un-bedingte für die Kaststrafe des prinziplichen Wüterichs sorgen müssen. Wenn Herr v. Einem erklärt, der Offizier habe die Sache nicht gemeldet, so hat er also die schmähtliche Mißhandlung — weil sie ihm von prinziplicher Hand zu teil wurde — ohne Mord hingenommen, er hat damit nicht nur in leicht-fertigster Weise unterlassen, die Mannschaften vor einem gewaltthätigen Vorfalle zu schützen, der sich sogar an Kameraden vergriff, sondern er hat auch durch Uinnahme einer unsamerenden Handlung den „vornehmsten Kod“ beschmunt! — Oder aber, der Offizier hielt den Prinzen wegen seiner Berrücktheit für nicht satis-faktionsfähig, dann aber war es seine doppelte Pflicht, dafür zu sorgen, daß ein Irtsinniger nicht länger dem Offiziercorps angehörte! Solche Erwägungen hätten doch auch einem Richtsocialdemokraten, also einem Wunderbegabten, aufsteigen müssen. Trotzdem berief sich der Kriegsminister auf belagten Offizier als auf einen Kronzeugen!

Nicht minder merkwürdig war die Berufung des Kriegsministers auf einen zweiten Zeugen, ein Mitglied des Komitees der Kaiser Wilhelm-Akademie, das als psychiatrischer Sach-verständiger in dem Prozeß fungiert hatte. Dies Mitglied hat ihm nach der Darstellung des Kriegsministers Mitteilungen gemacht, die mit dem schriftlich abgegebenen Gutachten des betreffenden Senats in schroffem Widerspruch stehen. Dies Gutachten erklärte ja, daß „man“ schon in Münster — dem Garnisonort des Prinzen — eine

Katastrophe befürchtet habe. Und der Generalarzt Dr. Hertel erklärte namens der Kommission, daß der Prinz von der Umgebung stets für anormal gehalten worden sei. Demgegenüber sind wir nicht in der Lage, dem Privatteil des einen Kommissionsmitgliedes, auf das Herr v. Einem sich bezog, irgend welches Gewicht beilegen zu können.

Außerdem war ja Krenberg wegen Soldatenmißhandlung verurteilt. Wie war es möglich, daß er trotzdem — entgegen den Bestimmungen über die Zulassung zum Kolonialdienst — auf die südafrikanischen Eingeborenen losgelassen werden konnte?

Und wie war es möglich, daß man einen Menschen noch Offiziersdienste thun ließ, der sich während der Ueberfahrt nach der Kolonie als Feigling und Trunkenbold vor der ganzen Schiffsbesatzung blamiert hatte? Wie war es möglich, daß man in Südafrika selbst von seinen Brutalitäten und Tollhaisereien so gar nichts erfuhr?

Wenn der Herr Kriegsminister sich eingebildet haben sollte, dies neue Korruptionsbild so leichtem Kaufes hinweggeblasen zu haben, so hat er sich gründlich getäuscht! —

Preussisches Abgeordnetenhause.

Das Abgeordnetenhause hat am Montag zunächst die zum Etat der Eisenbahverwaltung vorliegenden Anträge beraten. Eine Reihe von Anträgen bezog sich auf die Herabsetzung der Zuckertarife, und zwar beantragte Abg. Graf Braschma (C.), die Regierung zu ersuchen, der jetzigen Noilage der heimischen Zuckerindustrie durch eine anderweitige Gestaltung der Eisenbahn-Gütertarife für Rüben- (Roh- und Konsum-) Zucker mit thunlichster Beschleunigung Rechnung zu tragen, während der Antrag des Abg. Stupp (C.) dahin ging, in Rücksicht auf die dauernde Noilage der deutschen Zuckerindustrie und Landwirtschaft die Eisenbahntarife für Zuckerrüben, Schnitzel, Melasse und Melassefuttermittel noch weiter herabzusetzen. Nach kurzer Debatte, in der die Agrarier ihre Reichstagsreden über die Brüsseler Zuckerkonvention wiederholten, wurden beide Anträge einer Kommission überwiesen.

Einige weitere Anträge, die die Ausdehnung der Ausnahmetarife für Seehäfen betrafen, gingen gegen den Widerspruch der Regierung an die Budgetkommission.

Erit hierauf begann die eigentliche Generaldebatte, die mit einem Loblied des Ministers Budge auf seine Verwaltung eingeleitet wurde. Herr Budge rühmte sich als der Mann, für den es keinen Stillstand gebe, pries die Fürsorge des Staates für das Personal, warnte aber gleichzeitig vor zu großen Anforderungen, um nicht die Begehrlichkeit zu steigern. Seine sozialpolitische Weisheit gipfelte in dem Ausspruch, daß es nicht zur Förderung der Disziplin beitragen könne, wenn sich die Abgeordneten als Wohlthäter der Beamten hinstellen. Das Petitionieren ist den Beamten und Arbeitern verboten, koalieren dürfen sie sich auch nicht, sich an Abgeordnete zu wenden, wird ihnen untersagt, kurz und gut, sie sind ganz auf das Wohlwollen des Ministers angewiesen. Wie weit die Beamten und Arbeiter damit kommen, lehrt die Vergangenheit.

Nach der Rede des Ministers wurde die Weiterberatung auf den Abend vertagt. —

Deutsches Reich.

Alle Schreden des Mittelalters

lehren wieder und werden übertroffen durch die Furchbarkeiten des gegenwärtigen humanen, kulturellen Zeitalters. In der „Zeit am Montag“ berichtet Karl Schneider dieses entsetzliche Geschehnis, das sich den Leidensgeschichten gequälter Soldaten, von denen die Zeit voll ist, anreicht:

Mitte März 1900 wurde ein gewisser Skaroff alias Habermann, ein russischer Jude, nach Pflöensee eingeliefert. Der kleine schmächtige Mann war Tabakschneider. Als Familienvater war er durch lange Arbeitslosigkeit in größte Noil geraten und dadurch halb um den Verstand gekommen. Er war beschuldigt, bei Bekannten eine Uhr gestohlen zu haben. Er bestritt das so gut er konnte, wurde aber, obwohl bis dahin unbescholten, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Während der Untersuchungshaft vollends verhallt geworden, kam er in einem jammervollen Zustande nach Pflöensee. Verängstigt, halbverhungert, das flackernde Feuer des Herdfeuers in den Augen, stand der Unglückliche da. Als man ihn fragte: „Heißen Sie Skaroff alias Habermann?“ antwortete er: „Ich heiße nicht Elias.“ Diese Worte wiederholte er bei jeder weiteren Frage. Schließlich beteuerte er weinend, daß er nicht Elias heiße. Ihn klar zu machen, was alias auf deutsch heißt, war unmöglich. Der Anstaltsarzt muß nichts Auffälliges an ihm gefunden haben; er schickte ihn auf einen Arbeitsplatz. Der Stationsaufseher versuchte nun, dem Manne die Hausordnung klar zu machen und ermahnte ihn, nicht vor sich hin zu stieren, sondern zu arbeiten. Skaroff antwortete nicht und arbeitete nicht; er saß da und stierte ununterbrochen auf denselben Fleck. Der Aufseher sah sich das ein paar Tage mit an, dann meldete er: „Der Strafgefangene Skaroff verweigert die Arbeit!“

Nach an demselben Tage befahte sich Polizei-Inspektor Vinding mit Skaroff. Das Ergebnis seiner Bemühungen war die Eintragung: „Skaroff will krank sein“ und die Ueberweisung des Falles an den Anstaltsarzt. Dieser entschied: Skaroff ist gesund und arbeitsfähig. gez. Dr. Pfleger. Von da ab geht das Verhängnis seinen Gang. In den Personalakten stehen folgende Eintragungen:

Pflöensee, 24. 3. 00. Weil er ungeschorft war, 5 Tage Arrest und Entziehung der Mittagssuppe. gez. Vinding, Polizei-Inspektor.

Unbedenklich, gez. Dr. Pfleger. Pflöensee, 31. 3. 00. Skaroff verweigert die Arbeit. Ernstlich ermahnt und verworrt. gez. Vinding, Polizei-Inspektor.

Pflöensee, 8. 4. 00. Skaroff verweigert die Arbeit. 8 Tage Arrest bei Wasser und Brot. gez. Vinding, Polizei-Inspektor.

Unbedenklich, gez. Dr. Pfleger. Pflöensee, 12. 4. 00. Skaroff verweigert die Arbeit. 12 Tage Arrest und Entziehung der Mittagssuppe. gez. Vinding, Polizei-Inspektor.

Unbedenklich, gez. Dr. Pfleger. Pflöensee, 25. 4. 00. Skaroff verweigert die Arbeit. 3 Wochen Arrest und Entziehung der Mittagssuppe. gez. Vinding, Polizei-Inspektor.

Unbedenklich; Vollstreckung ist einige Tage aufzuschieben. gez. Dr. Pfleger.

Vollstreckt vom 29. 4. — 20. 5. 00. gez. Lehmann, Ober-Aufseher.

Bl. 24. 5. 00. Skaroff verweigert die Arbeit. 4 Wochen Arrest und Entziehung der Mittagssuppe. gez. Vinding, Polizei-Inspektor.

Unbedenklich. Skaroff muß mir nach 14 Tagen vorgeführt werden. gez. Dr. Pfleger.

Bl. 9. 6. 00. Skaroff kommt zur Beobachtung ins Lazarett. Als man Skaroff am 9. Juni ins Lazarett überführen wollte, lag er auf dem Asphaltboden der Zelle und vermochte sich nicht mehr aufzurichten. Der Aufseher, welcher die Ueberführung des Mannes zu bewerkstelligen hatte, holte sich hierzu zwei Kalesaktoren herbei. Diese richteten Skaroff auf, und einer von ihnen steckte seinen Kopf zwischen dessen Beine hindurch. Skaroff aber war bereits zu entrückt, um auf den Schultern des Kalesaktors reiten zu können. Als er hinten über hing, packte der zweite Kalesfaktor ihn im Genick und brachte ihn dadurch in eine horizontale Lage.

Dann zogen sie in Begleitung des Beamten mit dem armen Menschen, der nur noch eine Gerippe war und dessen Kopf und Arme kraftlos hin und her baumelten, über mehrere Höfe hinweg ins Lazarett.

Am 17. August 1900 wurde Skaroff der Irrenanstalt in Eberswalde überwiesen. Endlich hatte man erkannt, daß er geisteskrank und für seine Handlungsweise nicht verantwortlich war. Und diesen armen, kranken Menschen hatte der Polizei-Inspektor Vinding vom 22. März bis zum 24. Mai, also innerhalb wenig mehr als 80 Tagen, zu 74 Tagen mehr oder minder strengen Arrestes verurteilt, von denen während dieser Zeit 60 volle Tage von ihm verbüßt werden mußten. Diese schweren Kerkerstrafen, die in so kurzer Zeit hinter einander über den Armersten verhängt und mit so unheimlicher Promptigkeit vollstreckt worden sind, natürlich nur um den Widerstand eines vermeintlich Halsstarrigen zu brechen, der statt zu arbeiten, sich ein beschämes Vergnügen daraus machte, ununterbrochen auf einen Fleck zu stieren, hätten genügt, selbst einen baumstarken, völlig gesunden Menschen zeitweilig dem schleimigen Sektum zu überantworten. Wie mühsen sie aber erst auf den ausgemergelten, durch Not und Entbehrungen erschöpften Körper eines geistig Kranken einwirkten, wie entsetzlich mögen ihm die Säureausschüffe der Dunkelzelle, die dünne Kleidung, das Biegen auf der hölzernen Pfeife ohne Unterlage, der Mangel einer erwiderten Bedeckung in grimmer Winterzeit zugesetzt haben! Nur zähneknirschend vermag man diesen den amtlichen Akten entnommenen Bericht zu lesen, der in seiner dünnen Thatsächlichkeit einen geradezu schauerlichen Eindruck macht. Und voll begreiflicher Entrüstung fragt man sich, ob es denn gar nicht möglich ist, Schutzmregeln zu erfinden und durchzuführen, die verhindern könnten, daß Beamte, vielleicht ohne sich eines Unrechtes auch nur bewußt zu werden, in der stumpfen Gefühllosigkeit, die ein rauher Verstoß mit sich bringt, in dem für Sentimentalitäten kein Raum ist, sich Mißgriffe zu Schulden kommen lassen, die so entsetzliche Folgen haben und unter Umständen nicht nur den Leiblichen, sondern auch den geistigen Ruin eines Menschen herbeiführen können.

Freilich, der arme halbverhungerte russische Jude Skaroff ist kein hochgeborener Prinz gewesen. Mit ihm brauchte man nicht viel Umstände zu machen. Aber ist ein armer, unwissender, halbverhungertes Jude nicht auch — sozusagen — ein Mensch, der Qualen empfindet so gut wie jeder andre? —

Rechtssorge.

Eine Reform des Bürgerlichen Gesetzbuches plant der Reichstagsrat. Wer mag nun nach dem Grafen Wilow bestreiten, daß er auf jedem Gebiete reformatorischen Almarich marschiert?

Dem Reichstagsrat ist soeben eine Vorlage zugegangen, welche zum erstenmal das Bürgerliche Gesetzbuch von 1896 ändern soll. Was bringt Graf Wilow? Gewiß die dringend nötige Reform des Arbeiter-, des Frauen-, des Gefinderechts? Graf Wilow hat höhere Aufgaben! Sein Gesetzentwurf betrifft — die Rechtsstellung des herzoglich holsteinischen Fürstenhauses.

Im Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch wurden neben den landesherrlichen Familien auch den vormaligen Fürstenthümern von Hannover, Kurhessen und Nassau die Sonderrechte vorbehalten, daß ihre Mitglieder nicht an Gerichtsstelle zu erscheinen brauchen, als Zeugen in ihrer Wohnung zu vernehmen sind, Eide mittels Unterjahren der Eidesformel leisten und daß ihre Grundstücke nur auf Antrag in das Grundbuch eingetragen werden. Ein fürchterliches Geschick hat es aber gewollt, daß für das herzoglich holsteinische Haus diese Sonderrechte nicht ausdrücklich festgelegt worden sind und daß seine Mitglieder dem gewöhnlichen gemeinen, gleichen Recht unterstellt werden können. Wenigstens fand sich, wie die „Volls-Zeitung“ weiß, in einem Prozeß, den die Hof- und Gesellschaftsdame einer vor einigen Jahren verstorbenen Prinzessin von Schleswig-Holstein angestrengt hat, ein Gericht, das den Anspruch des als Zeuge geladenen Herzogs Günther zu Schleswig-Holstein bezweifelte, in seiner Wohnung vernommen zu werden und den Eid durch Unterjahren zu leisten. Diese demütigende Zumutung hat den Gesetzentwurf nötig gemacht, der jetzt dem Reichstag vorgelegt wird. Der Rechtsstaat fordert, daß den Holsteinern das Sonderrecht gesichert werde.

Diese erstmalige Korrektur des Bürgerlichen Gesetzbuches widerlegt glänzend alle böswilligen Vorwürfe über mangelnde Rechtsbeugung des Reichstags und der Regierung. —

Die Nachur des Prinzen Krenberg.

Prinz Prosper Krenberg hat bereits am Sonnabend wieder von der Irrenanstalt Herzberge Abschied genommen. Abends 7 1/2 Uhr holte man den Prinzen aus der Anstalt auf eine Stunde später fuhr der Unzurechnungsfähige vom Potsdamer Bahnhof dem schönen Rheinland zu. Dort befindet sich in der Regierungsbezirk Koblenz das Städtchen Ahrweiler, sehr bekannt durch seinen herrlichen Rheinwein, minder bekannt durch eine Nervenkranke, die es in seinen Mauern birgt. In dieser Anstalt wird Se. Durchlaucht die nächste Zeit verbringen. Von dem Heilerfolge wird es abhängen, wann der Prinz wieder auf die Menschheit losgelassen wird.

Die „Post“ glossiert diese Trauben-Nachur des Prinzen Mörder folgendermaßen:

„Was wird nun mit dem Prinzen Krenberg geschehen? Wie oben bemerkt, ist er ja nach Ahrweiler gereist. Ueber diese Reise weiß ein andres hiesiges Blatt noch einige nähere Angaben zu machen. Abends um 9 Uhr 25 Minuten verließ der Prinz in Begleitung seines Vormundes, Justizrats am Behnhöf aus Köln, um sich nach Ahrweiler in die dortige Nervenkranke-Anstalt zu begeben, die ihm sicherlich mehr Komfort bieten wird, als Herzberge. Die Aufregungen des Prozesses scheinen den Prinzen nicht allzu sehr mitgenommen zu haben, denn er sah recht frisch aus und rauchte, behaglich in den Pantalon seines Waggons erster Klasse sitzend, eine Cigarre. Auf die Frage des Vertreters des in Frage kommenden Klattes: wie lange der Prinz wohl dort zu bleiben gedenke, erwiderte der Justizrat: Nun, bis er gesund ist.“

Die Anstalt in Ahrweiler ist eine Privatanstalt, in welcher die Behandlung und Verpflegung des Prinzen ganz nach den Wünschen seiner Familie geschieht, die somit wieder allein über das Schicksal des Prinzen verfügt und ihn jederzeit wieder aus der Anstalt nehmen kann. Die Antwort des Vormundes läßt deutlich genug ahnen, daß der Zeitpunkt, wo der Prinz wieder „gesund“ ist, nicht allzu fern sein wird.“ —

Naiv. Während die „Germania“ sich über den für sie doppelt wichtigen Fall Krenberg noch immer ausschweift, schreibt die „Köln. Volksz.“ mit himmlischer Naivität:

„Das Unbegreiflichste aber ist, daß man ein solches Scheusal, das schlimmer ist als ein wildes Tier, auf die Eingeborenen unserer Kolonie loslassen konnte. Man sollte doch bei der Auswahl der Beamten und Offiziere, die man in die Kolonien schickt, doppelt vorsichtig und wählerisch sein. Hat man denn von der Vergangenheit des Prinzen nichts gewußt? Oder hat man sich einfach nicht darum gekümmert? Oder hat der Prinz mit der bedenklichen Vergangenheit etwa einflußreichen Fürsprechern zu verdanken, daß man ein Auge zudrückte? —

Besuchspolitik.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ veröffentlicht eine auffällige Zuschrift eines in Auslande lebenden Deutschen, der, wie das Blatt sagt, in vielfachen Beziehungen zu diplomatischen Kreisen steht. Die Zuschrift eröffnet ein Bild der Stimmungen, die vielfach im Inland und Ausland über die Wilow-Politik herrschen. Der Verfasser knüpft an die bevorstehende Seereise des Kaisers an und spricht seine Verwunderung darüber aus, daß Graf Wilow bei der jetzigen inter-

nationalen Situation die Abwesenheit des Kaisers vertreten zu können glaubt; er behandelt dann die Beurteilung dieses Vorganges im Auslande und führt nun aus:

„Weniger erfreulich für unsre Eigenliebe ist es, daß man und überhaupt keine bestimmte und klare Politik zuschreibt, und unter dem Eindruck lebt, daß wir von der Hand in den Mund leben. Man spricht in den diplomatischen Kreisen des Auslandes hauptsächlich von der deutschen Besuchspolitik, die unsre Vertreter in erster Linie ins Auge zu fassen hätten, und die vielfach ihre Tätigkeit ganz in Anspruch nehmen. Man beschränkt in jenen Kreisen, daß es in Berlin als besondere Leistung eines diplomatischen Kopfes geschätzt werde, wenn er im Laufe des Jahres eine diplomatische Besuchsreise zu Stande bringe. Man darf die Schwierigkeit dieses Bemühens nicht unterschätzen. So stark in der deutschen Reichshauptstadt die Meinung ist, solche Besuche möglichst oft zu wiederholen, so gering ist thätiglich heute auf der andern Seite die Bereitwilligkeit, solchen Wünschen entgegenzukommen. Man sträubt sich auf alle mögliche Weise, und da ja diese Dinge sehr direkt behandelt zu werden pflegen, unter den absonderlichsten Vorwänden, auf die mehr oder weniger deutlichen Berliner Anregungen eine irgendwie bindende Antwort zu geben.“

Und was nicht bloß in Andeutungen, die vielleicht nicht jedem Leser verständlich sind, zu ergeben, wollen wir Vorgänge aus dem praktischen Leben anführen. Es ist eine Thatsache, daß der Zar allen Besuchen von Souveränen fremder Großmächte, und zwar ebenso solchen, die er abzuwies hatte, wie solchen, die ihm bevorstehen, am liebsten aus dem Wege geht. Man sagt sogar, daß er viel häufiger in dem heftigen Jodel verweilen würde, wenn er gewissen konventionellen Verbindlichkeiten aus dem Wege gehen könnte. Nicht viel anders steht es mit dem König von Italien. Man bedarf gar keiner besonderen Verbindungen, um feststellen zu können, daß der König mit seinem Antritts- und Erwiderungsbesuchen dieses Kapitel seiner amtlichen Tätigkeit am liebsten für alle Mal abschließen möchte. Es ist nicht unangebracht, gerade jetzt einmal wieder diese Dinge in der Presse zu berühren, weil die Möglichkeit einer neuen Begegnung der Souveräne von Italien und Deutschland aus Anlaß der Mittelmeerfahrt erörtert wird. In Berlin glaubt man, daß jede solche Zusammenkunft für die Beziehungen der Länder von Wert sei. Wie unzutreffend diese Auffassung ist, hat man bei dem zweiten Besuch des deutschen Kaisers in Russland ganz offen konstatieren können. Der Zar Alexander III. hat aus seiner unzufriedenen Stimmung kein Hehl gemacht, und flücht sich in die Verhältnisse der Zeit in Italien. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Italien sind gegenwärtig gute, und es bedarf keiner Befestigung durch eine persönliche Ansprache der Souveräne. Man sollte also die Dinge in dieser Weise ruhig entwickeln lassen und keine Veruche machen, die wie eine unerwünschte Mahnung ausfallen. Insbesondere ist das Bedürfnis nach prunkvollen Festen, wie sie gewöhnlich mit Fürstbesuchen verbunden sind, bei fast allen fremden Souveränen nicht vorhanden, zumeist auf Grund persönlicher Veranlassung, dann aber auch im Hinblick auf die damit verbundenen recht bedeutenden Unkosten. Nach allem, was man gelegentlich hört, gehört das Thema zu den Dingen, über die man im Berliner auswärtigen Amte von seinen Vertretern nicht unterrichtet sein will. Dann müssen sie aber in der Presse erörtert werden; vielleicht wird so die in unserem Interesse liegende Wirkung erzielt.“ —

Etwas keine Garnison.

Die liberale „Dresdener Zeitung“ berichtet aus Baugen folgendes: „Wir haben die Mitteilung aus Baugen gebracht, daß es dort in der Nacht zum Sonntag zu einer großen Schlägerei zwischen Civil und Militär gekommen ist, wobei einem Hauptmann der Degen zerbrochen und lebensgefährliche Verletzungen beigebracht worden sind. Wir irren kaum, wenn wir diesen Fall in urfälligen Zusammenhang bringen mit dem Verbot des Besuchs eines bestimmten Hotels, das unlängst vom Kommandeur Oberst v. Wardenburg an die Garnison erlassen worden ist. Ueber den Grund zu diesem Verbot hat man in der Öffentlichkeit nichts erfahren; er ist, wie wir mitteilen können, darin zu suchen, daß in diesem Hotel einige junge Offiziere mit einer Bürgerstochter zusammen eine Orgie feierten, bei der sie vom Vater des Mädchens in unliebsamer Weise gestört wurden. Man hat es nun vielleicht von seiten des Kommandos für zweckmäßig erachtet, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, den Vorfall nicht zur Kenntnis der Bürgerlichkeit kommen zu lassen. Dem Oberst v. Wardenburg, der früher Vorkorster der Abtheilung für persönliche Angelegenheiten im Kriegsministerium war, würde daraus ein persönlicher Vorwurf nicht gemacht werden können. Jedenfalls hat sich aber naturgemäß der Vorfall nicht verheimlichen lassen; er hat vielmehr in stillen die Bürgerlichkeit nur um so heftiger erbittert, und das schuldlose Opfer dieser Erbitterung scheint am Sonnabend der bekannteste Hauptmann Lindner, früher Adjutant bei der Zwidauer Brigade, geworden zu sein. Hauptmann Lindner, ein sehr empfindlicher, streng sittlicher Mann und vorzüglicher Mensch, der jener Hotelgeschichte absolut fern steht, ist nicht vernehmungsfähig.“

Uns sind, fügt die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ hinzu, auch Mitteilungen über die oben erwähnten Orgien zugegangen, doch hatten wir die Erörterungen und Untersuchungen noch nicht abgeschlossen. Nach den uns zugegangenen Informationen handelt es sich um die Tochter eines Fleischermeisters, die mit Offizieren im Hotel zum Fischbau zusammengewesen ist und dabei vom Vater abstrakt wurde. Es soll bei diesem Zusammenreffen zu sehr drastischen Szenen gekommen sein. Die Hundepolizei des Fleischermeisters hat dabei eine wesentliche Rolle gespielt.

Das Koblenzer Kriegsgericht verurteilte den Unteroffizier Spohr vom 7. Manen-Regiment, der den Mann Müller so auf das linke Ohr geschlagen hatte, daß das Trommelfell zerbrach, in unvollständigen Müller das Gehör verlor, zu sechs Wochen Mittelarrest. Spohr hatte außerdem den Müller beschimpft, die falsche Meldung zu erstatten, ein Pferd habe ihn gestoßen. Der Vater Müllers erstattete die Anzeige. Müller wurde wegen Falschmeldung mit drei Tagen Mittelarrest bestraft. —

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.

Gouverneur Leutwein meldet vom Sonnabend, daß Oberst Dürr mit dem Stabe und dem Verstärkungstransport am 4. in Dikhandja eingetroffen ist. Am gleichen Tage hatte Hauptmann Faber mit je einer Compagnie Schuttruppe und Sechsbataillon südlich von Klein-Barmen ein Gefecht mit den bereits von Kapitänleutnant Ohgas geschlagenen Hereros. Der Feind wurde nach Westen zurückgeworfen und wird, soweit der Pferde-mangel es zuläßt, verfolgt; seine Verluste sind unbekannt. Diesseitige Verluste: Tot: Unteroffizier Bödner, Reiter Mgitta, beide Landwehr, Unteroffizier Saar, Unteroffizier Balczial, Reiter Amst. Leicht verwundet: Reiter Wegner, rechter Unterarm. Die Leiche des im Gefecht bei Groß-Barmen vom 19. Februar (siehe Telegramm vom 25. Februar) vermißten Reiters Max Müller vom Eisenbahndetachment ist aufgefunden worden. —

Ausland.

England.

Die Londoner Grasschaftswahlen.

Bei den am Sonnabend vollzogenen Londoner Grasschaftswahlen wurden gewählt 83 Progressisten, 34 Gemäßigte und ein Unabhängiger. Ueber die Bedeutung der Wahlen schreibt uns unser Londoner Korrespondent:

Das Verwaltungsgebiet der britischen Hauptstadt ist zum Zwecks dieser Wahlen zur municipalen Verwaltung London in

68 Wahlbezirke eingeteilt. Mit Ausnahme der inneren Stadt (City), die vier Vertreter wählt, wählen alle andern Bezirke nur je zwei Vertreter in den Grafschaftsrat, der demnach aus 118 Gemeindevätern besteht. Die letzten Wahlen, die im März 1901 stattfanden, brachten eine progressive Mehrheit: 84 Progressive, 32 Gemäßigte und 2 Unabhängige. Ein Londoner Progressist war ursprünglich sozialliberal und wirkte demgemäß für den sogenannten Municipal Socialismus; ein Gemäßigter entspricht politisch einem Anhänger der konservativen Partei. In den letzten Jahren ist der Unterschied zwischen beiden municipalen Gruppen fast verschwunden, indem die Progressiven wieder zum einfachen Liberalismus zurückkehrten und die soziale Tätigkeit aufgaben. Das Hauptinteresse der jetzigen Wahlen liegt im Schulwesen. Wie bekannt, hat das neue Schulgesetz die School Boards (Schulkommissionen) beseitigt und das Unterrichts- wesen in die Hände der Lokalbehörden gelegt. Der Grafschaftsrat wird nunmehr zum Verwalter des Londoner Volks- und Mittelschulwesens. Da infolge der allgemeinen Lage Englands dem Schulwesen jetzt eine viel größere Aufmerksamkeit gewidmet wird als je zuvor, so kommt dieser Punkt bei den Grafschaftswahlen zur besonderen Geltung. Andre Fragen kommen kaum zur Diskussion. Die laufende Nummer der „Fabian News“ enthält ein kurzes Referat Sidney Webb's über die Grafschaftswahlen. Webb, der seit dem Bestehen des Grafschaftsrats (1889) den Wahlbezirk Deptford vertritt, läßt sich darüber folgendermaßen aus: „Der Wahlkampf ist besonders bemerkenswert wegen der Gleichgültigkeit der Londoner Bürger. Die Gleichgültigkeit ist größer als gewöhnlich. . . Die Thatsache ist, daß die Erziehungsfrage alle andern Fragen verdrängt hat, aber auch sie ist nicht wirklich lebendig. Beide Parteien zeigen den guten Willen, das Schulgesetz in ernster Weise auszuführen. Die religiöse Schwierigkeit ist thatsächlich verschwunden. Alle andern Fragen sind erschöpft. Vor drei Jahren handelte es sich um die Verstädtlichung des Wassers. Die Wassercompagnien werden abgelöst und in einigen Monaten werden sie nicht mehr existieren. Die Docks werden durch eine revolutionäre That der konservativen Regierung in das Eigentum der Stadt übergeführt. Die Trambahnen, die seit Jahren ein Gegenstand der municipalen Agitation waren, gehen ebenfalls in den Besitz der Stadt über. Ueber die anständige Bezahlung der städtischen Arbeiter wird nicht mehr debattiert. Ebenso werden die übrigen städtischen Unternehmungen allgemein als nützlich betrachtet. In der Wohnungsfrage zeigen die Gemäßigten sogar mehr Eifer als die Progressiven, und die Beseitigung mancher Schant-Konzessionen stößt auf keinen Widerstand. . . Die Erfolge des progressiven Programms führten gewissermaßen zu dessen Niedergang. Es fehlt an neuen Inspirationen und die Progressiven sinken zu gewöhnlichen Liberalen herab. . . Sogar Lord Rosebery ist jetzt gegen municipale Ausgaben und Fabrikgesetzgebung. . . Das progressive Princip des Grafschaftsrats ist enträufelt, es ist deshalb nötig, neue Ideen zu schaffen, neue Träume zu träumen und nach neuen Anwendungen des demokratischen Kollektivismus zu suchen.“ Webb sieht die nächste Aufgabe des Grafschaftswesens in der Demokratisierung der Schule. —

Parteitag der badischen Sozialdemokratie.

Offenburg, 5. März.

Am festlich geschmückten Saale zur „Neuen Pflanz“ wurde heute nachmittags 4 Uhr der 14. Parteitag der badischen Sozialdemokratie eröffnet. Der Parteitag ist außerordentlich stark besucht; es sind vertreten 56 Orte durch 76 Delegierte. Außerdem ist die Landtagsfraktion, der Landesvorstand und die Parteipresse vollständig vertreten. Ferner sind anwesend die Reichstags-Abgeordneten der Partei in Baden und ein Vertreter der badischen Pflanz.

Die Leitung der Verhandlungen liegt in den Händen der Genossen Dreßbach und Krohn-Konstanz.

Die Tages-Ordnung wird wie folgt festgesetzt:

1. Berichterstattung über den „Volksfreund“ und Besprechung über die Parteipresse.
2. Errichtung einer eignen Druckerei für den „Volksfreund“.
3. Geschäftsbericht des Landesvorstandes.
4. Beratung eines neuen Organisationsstatuts.
5. Bericht der Landtagsfraktion.
6. Stellungnahme zum internationalen Kongreß und
7. Diverse Anträge u.

Ueber den „Volksfreund“ berichtet der Geschäftsführer Eugen Ged: Der geschäftliche Stand des „Volksfreund“ sei ein durchaus erfreulicher; zum erstenmal werde derselbe Ueberschuss ab, und zwar betrage der Ueberschuss 4152 M.; die Abonnentenzahl ist im Jahre 1903 von 6800 auf 8900 gestiegen, was wohl in der Hauptsache den Reichstags- und Landtags-Wahlbewegungen zuzuschreiben sei. In vielen Gegenden des Landes stehe indes der Abonnentenstand noch in großem Mißverhältnis zu den bei den Reichstagswahlen abgegebenen Stimmen; es soll dort mehr für die Presse agitiert werden. Der „Volksfreund“ wie er heute ist kann zu wenig bieten, daher kommen wohl auch die Bestrebungen zur Gründung kleiner eigner Blätter in den verschiedenen Landesteilen. Es sei dringend vor solchen Gründungen zu warnen. Der „Volksfreund“ werde mit der Ueberführung in die eigne Druckerei in größerem Format erscheinen und auch öfter Beilagen haben, so daß dann allen Wünschen entsprochen werden könne.

In der sehr ausgedehnten Diskussion traten drei Momente hervor: ein Teil der Redner bringt zahllose kleine Wünsche vor, ein andrer begründet vorliegende Anträge auf Gründung selbständiger kleiner Blätter; besonders wird die Gründung eines Wochenblattes für die ländliche Bevölkerung verlangt. Die Lörracher Genossen wollen aus Privatmitteln ein Lokalblatt gründen und verlangen Anerkennung dieses Blattes als Parteiblatt. Auf finanzielle Unterstützung wollen sie von vornherein verzichten.

Der dritte Teil der Redner beschäftigt sich mit der taktischen Haltung des „Volksfreund“. Einzelne Redner greifen den „Volksfreund“ wegen seiner taktischen Haltung sehr scharf an und ein Redner, Genosse Kiehling, sagt dem Redakteur Genossen Kolb, es sei besser, er lehre der Partei den Rücken, statt in der Weise weiter gegen die Partei-Interessen zu verstoßen. Der „Volksfreund“ und Kolb finden auch ihre lebhaften Verteidiger; Kolb selbst reklamiert für sich völlige Meinungsfreiheit und meint, daß ein Blatt um so besser sei, je mehr es das persönliche Gepräge des Redakteurs trage. Als von einem Delegierten darauf aufmerksam gemacht wird, daß Kolb doch vom Landesvorstand wegen seiner Haltung gerügt worden sei, bemerkt Kramer, Mitglied des Landesvorstandes und Landtags-Abgeordneter: Das sei nicht richtig, der ganze Landesvorstand bestreite ja selbst an Revisionisten. — Diese Bemerkung steht im Widerspruch mit einer Mitteilung im gedruckten Bericht des Landesvorstandes. Die Diskussion wird heute nicht zu Ende geführt, gegen 8 Uhr werden die Verhandlungen auf Sonntagvormittag 9 Uhr vertagt.

2. Verhandlungstag.

In der Diskussion über den „Volksfreund“ wird fortgesetzt. Nachdem sich Eichhorn-Mannheim noch gegen die reviditionistische Richtung des „Volksfreund“ gewendet, wird ein Schlußantrag angenommen; eine Resolution Weitenfeld-Vörsch, welche im zweiten Teil vom „Volksfreund“ erwartet, daß er in Zukunft im Geiste der Dresdener Parteitagbeschlüsse gehalten wird, findet eine knappe Mehrheit. Die Abstimmung wird später angezwungen, die Mehrheit wächst aber und zwar ist nun das Verhältnis 41 zu 31. Ueber die Vorarbeiten zur Gründung einer eignen Parteidruckerei für den „Volksfreund“ berichtet der Vorsitzende des Landesvorstandes, Genosse Pfeiffle. Die Vorarbeiten sind soweit vorgeschritten, daß zum 1. Juli d. J. der „Volksfreund“ in eigener Druckerei erscheinen

kann. Viele Wünsche gehen dahin, das Blatt sofort achtseitig erscheinen zu lassen. Die Geschäftsleitung und Landesvorstand gehen nicht darauf ein. Die Maschine ist schon angeschafft und zwar eine vierseitige Rotationsmaschine. Das Blatt soll im Format der „Frankfurter Zeitung“ zunächst vierseitig erscheinen und Mittwochs und Sonnabends Beilagen haben. Der Parteitag beschließt demgemäß.

Weiter wird beschlossen, und zwar fast einstimmig, die Mannheimer „Volksstimme“ in das Eigentum der Partei des ganzen Landes überzuführen. Heute ist das Blatt Eigentum der Mannheimer Parteigenossen. Es wird ziemlich Ueberschüsse ab, die durch den Beschluß der Gesamtpartei zugänglich gemacht werden sollen.

Der Bericht des Landesvorstandes der badischen Sozialdemokratie erstattet auch Genosse Pfeiffle. Im allgemeinen konstatiert der Bericht große Fortschritte. Die Reichstagswahlen kosteten viel Arbeit und Geld, es wurden etwa 1 1/2 Millionen Flugblätter verbreitet und Hunderte von Versammlungen abgehalten. In sämtlichen 14 Wahlkreisen betrug die Wahlkosten etwa 31 000 M.

Die Massenverhältnisse sind recht günstig; im letzten Jahre hatte die Centralstelle eine Mehrernahme von 2500 M. Die Organisation wird ausgebaut; zu den bestehenden 98 Vereinen mit 6800 Mitgliedern sind in den letzten zwei Monaten zehn neue Vereine gekommen.

In Gemeindevertretungen sitzen in 56 Orten insgesamt über 800 Parteigenossen. Darüber hinaus haben wir noch 28 Gemeinderäte und drei sozialdemokratische Bürgermeister. Die Zahlen sind eher zu niedrig als zu hoch, da die Statistik noch unvollständig ist.

In der sehr lebhaften Debatte wird unter andern verlangt, einen besoldeten Parteisekretär anzustellen. Der Antrag wird abgelehnt.

Auch Fragen der Taktik spielen in der Diskussion wieder eine Rolle. Genosse Adolf Ged tadelt, daß der „Volksfreund“ gegen Wehring ungerecht gewesen sei, und da der Redakteur Kolb behauptet, der Landesvorstand habe ihm die taktischen Erörterungen unterlagert, so fällt der Gedanke Vorwurf auf den Landesvorstand. Genosse Pfeiffle spricht sich sehr scharf gegen Kolbs Haltung in dem Streit nach dem Dresdener Parteitag aus; nachdem aus dem ganzen Lande Beschlüsse über den „Volksfreund“ gekommen und nachdem insbesondere jener „Aufruf an die Parteigenossen“ im Oktober erschienen, der die Parteigenossen aufruft, sich von dem „Byzantinismus“ und „Personenkultus“ gegen die „Führer“ frei zu machen und der von der „Weipensternfurcht“, dem „Eigennut“ und „überpannendem Selbstbewußtsein einzelner Führer“ redet, da sei der Landesvorstand eingeschritten. Der Aufruf sei ein Skandal gewesen. Dadurch sei dann auch Wehring zu kurz gekommen. — Dem Landesvorstand wird Decharge erteilt. Beschlüssen wird ferner, den Vereinen einen Leitfadern für die Erwerbung der Staatsangehörigkeit zuzustellen.

Die Nachmittags-Sitzung beginnt mit der Beratung des Organisationsstatuts. Eine Kommission hat den vom Landesvorstand schon dem vorjährigen Parteitag vorgelegten aber wegen Zeitmangel nicht zur Erledigung gekommenen Entwurf überarbeitet und beantragt endloc-Aannahme. Der Parteitag beschließt demgemäß und nimmt hierauf das neue Organisationsstatut fast einstimmig an. Das Statut bestimmt, daß sämtliche sozialdemokratische Vereine Badens sich der Landesorganisation anschließen und Beiträge an diese zu zahlen haben. Für einen oder mehrere Reichstags-Wahlkreise werden Agitationskomitees gebildet. Die Landesorganisation wird geleitet durch einen Vorstand von fünf Mitgliedern; derselbe kontrolliert die prinzipielle und taktische Haltung der beiden Parteiblätter, leitet die große Agitation, beruft den Landes-Parteitag usw. In dem Parteitag können die einzelnen Vereine Delegierte im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl entsenden. Die Höchstzahl ist 5 bei über 400 Mitgliedern. Der Monatsbeitrag beträgt in allen Vereinen 20 Pf., davon sind 7 Pf. an die Centralstelle abzuliefern. Weiter berichtet Kramer über die Tätigkeit der Landtags-Fraktion. In Diskussionen giebt nur die Wahlrechts-Reform Anlaß.

Der Parteitag erklärt sich mit der Haltung der Fraktion einverstanden. Es wird beschlossen, daß die Fraktion nach jeder Session einen schriftlichen Bericht zu erstatten hat.

Zum internationalen Kongreß in Amsterdam wird Genosse Pfeiffle delegiert.

Zum Sitz des Landesvorstandes wird wieder Mannheim gewählt; die Mitglieder des Vorstandes wählt die Mannheimer Organisation. Der nächste Parteitag findet wieder in Offenburg statt.

Partei-Nachrichten.

Der Parteitag für den oberrheinischen Agitationsbezirk wird am ersten Ostertage in Mülheim a. Rh. abgehalten werden. Es wird unter andern über die künftige Gestaltung der Parteiorganisation im Agitationsbezirk verhandelt werden.

Sozialdemokratischer Wahlerfolg in der Schweiz. Die Gemeindeversammlung Herisau als Wahlkörper hat unseren Genossen Dr. med. Herz in Herisau (Appenzeln) in den Kantonsrat gewählt.

Sozialdemokratische Kulturarbeit.

Vor dem Bezirksgericht in Löffelz in Steiermark standen kürzlich die Parteigenossen Maier und Koloschek unter der Anklage der Uebertretung des Vereins- und des Versammlungsgesetzes, weil sie die Disziplinierungs- und Trübsal-Verarbeiter-Gruppe der Behörde nicht angezeigt hatten. Genosse Maier ist seit einiger Zeit in Trübsal als Sekretär der Organisation angestellt und er hat sofort eine derart segensreiche Tätigkeit unter den Vergarbeitern begonnen, daß die Vergarber-Unternehmer die Genossen auf ihn hegten. Kamemlich die Disziplinarsachen, die er veranfaltete, waren ihnen verhaßt, weil die jungen Arbeiter hingingen, die bis dahin am Sonntag in den Wirtschaften gesessen hatten und dann die ganze Woche die wilffährigsten Sklaven gewesen waren. Da hatte dann ein Gendarm die beiden Leiter der Organisation angezeigt, weil bei den Disziplinarsachen auch Nichtmitglieder anwesend gewesen seien, ohne daß man die Versammlung der Behörde angezeigt hatte. Genosse Maier verantwortete sich dahin, daß er geglaubt habe, es seien nur Mitglieder anwesend, da er bei der großen Mitgliederzahl nicht alle Mitglieder persönlich kennen könne. Der Richter wollte nun wissen, zu welchem Zweck die Disziplinarsachen veranstaltet werden und welchen Erfolg sie haben. Genosse Maier antwortete: Der Erfolg ist der, daß wir durch die Einschleppung der Diskussionen das erreicht haben, was früher die Polizei und die Gendarmerie durch Jahre nicht erreichen konnten. Die Vergarber in Trübsal waren infolge ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage auch geistig sehr zurückgeblieben. Trunkenheitsexzesse, Kaufereien, sogar Totschläge waren an der Tagesordnung. Jetzt kommen nur vereinzelte Fälle vor. Da ist aber kein Organist zu dabei.

Richter zum staatsanwaltschaftlichen Funktionär: Es ist Thatsache, daß es jetzt in Trübsal zu keinen Kaufereien und Exzessen mehr kommt, was mir sehr merkwürdig erscheint. Früher hatten wir beinahe jeden Tag eine Verhandlung von Trübsal. — Der staatsanwaltschaftliche Funktionär bestätigte das. — Bei der Einvernehmung des Gendarmenwachtmeisters Pragnel hielt diesem der Richter die Verantwortung des Angeklagten vor: Der Angeklagte behauptet, durch diese Diskussionen moralische Erfolge erzielt zu haben, haben Sie etwas davon wahrgenommen? — Zeuge: Es wird wohl daraufhin gearbeitet. — Richter: Haben Sie Erfolge oder eine Verbesserung wahrgenommen? — Zeuge: Es ist Thatsache, daß diese Uebelstände beinahe ganz aufgehört haben. Der Richter verurteilte beide Angeklagten, da die Vorschriften des Gesetzes verletzt worden seien, zu der geringsten Strafe von je fünf Kronen Geldstrafe, aber er fügte sofort hinzu: Von dieser Stelle aus spreche ich den Angeklagten Maier und Koloschek meine vollste Anerkennung für ihre lobenswerte Tätigkeit unter den Trübsal Vergarbeitern aus.

Die organisatorische Tätigkeit der Arbeiter hat überall diese Wirkungen; daß ein Richter vor Gericht das anerkennt, könnte jedoch in Deutschland nicht vorkommen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Durch Wiedergabe eines Artikels aus einer in Johannesburg erscheinenden englischen Zeitschrift „The Transvaal Brita“ über Handlungen deutscher Truppen in Südwestafrika soll die „Freie Presse“ in Elberfeld einen in Berlin lebenden Major a. D. v. Francois beileidigt haben. Dieserhalb wurde in den Räumern des Blattes erst eine peinliche Haussuchung vorgenommen und außerdem wurden sowohl zwei Redakteure des Blattes wie auch der Drucker gerichtlich vernommen.

Aus Industrie und Handel.

Abänderung des Reichsteampelgesetzes. Der Novelle zum Wörstenersteuergesetz wird, wie die „Deutsche Tageszeitung“ zu berichten weiß, schon in aller nächster Zeit eine Novelle zum Reichsteampelgesetz folgen. Dem Bundesrat ist der Entwurf bereits zugegangen. Wie das Blatt erfahren hat, verfolgt die Vorlage in der Hauptsache den Zweck, den Arbitrageverkehr wieder zu beleben. Es soll beabsichtigt sein, für ausländische Wertpapiere fakultativ eine Art Steuerabfindung einzuführen, wonach die Wertpapiere der betreffenden Kategorie einer stückweisen Absteampelung bei ihrer Einführung in den inländischen Verkehr nicht mehr unterliegen würden. Eine Ermäßigung des Steuerfußes für Wertpapiere ist nicht geplant. Was den Anschaffungsstempel anbelangt, so soll, abgesehen von einigen weiteren Erleichterungen für den Arbitrageverkehr, nur noch für den Verkehr in Reichs- und Staatsanleihen einschließlich der Schatzanweisungen aus finanzpolitischen Erwägungen eine Ermäßigung der Abgabe geplant sein, von der man hofft, daß sie in ihrem Endeffekt keinen Ausfall an dem Ertrage der Abgabe, wohl aber eine Verringerung der Kurse der erstklassigen Wertpapiere zur Folge haben werde.

Syndikats-Preistreiber. Kommt ich der Stahlwerks-Verband zu stande gekommen, so suchen auch schon die interessierten kleineren Verbände die dadurch geschaffene neue Lage zu Preiserhöhungen auszunutzen. In Köln tagten am Sonnabend Vertreter des Roheisensyndikats, des Stahlformgeh-Verbandes, der Vereinigung der Wand-eisenwalzwerke, des Verbandes des Feinblech-Verbandes und der Trägervereinigung der Eisenhändler. Es handelte sich bei diesen Sitzungen vorzugsweise um eine Aussprache nach dem Zustandekommen des Stahlwerks-Verbandes. Der Feinblech-Verband sollte eine Preiserhöhung seiner Fabrikate ins Auge. Die anderen Verbände werden wohl, wie die „Kölnische Volkszeitung“ meint, auch bald mit Preiserhöhungen hervortreten. Wie es scheint, läßt übrigens das Zustandekommen des Stahlwerks-Verbandes auf die Entwicklung des Verbandswesens in den einzelnen Zweigen der Eisenindustrie bereits einen Einfluß aus. Es sind nämlich die Beschwalzwerke, Schleifenbaum und Ratmer in Siegen und Pfeiffer in Hünepfropf dem Feinblech-Verbande beigetreten. Ferner ist es dem Feinblech-Verbande gelungen, mit den Firmen de Wendel in Haguingen und Schleifenbaum u. Co. in Weidenau ein Abkommen zu treffen.

In einem gewissen Gegensatz zu dieser Meldung steht die Mitteilung der „Kölnischen Zeitung“, daß der Stahlwerksverband beschließen habe, die bisherigen Preise für die nunmehr syndikierten Artikel bestehen zu lassen. Jedenfalls handelt es sich aber bei diesem Beschluß nur um ein „vorläufiges“ Bestehenlassen; sobald die augenblickliche Flaute des Stahlmarktes einer Besseren Konjunktur weicht, werden die Preiserhöhungen nicht auf sich warten lassen.

Verurteilung wegen Depotunterschlagungen. Der Bankier Fritz Prange aus Weihenfeld, welcher sich im Dezember vor. J. nach bedeutenden Depotunterschlagungen der hiesigen Staatsanwaltschaft gestellt hat, wurde heute vom Raumburger Schwurgericht wegen Unterschlagung in sechs Fällen im Gesamtbetrage von 281 000 M. zu 4 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Die Eisenpreise in den Vereinigten Staaten von Amerika scheinen noch immer nicht den Tiefpunkt der abwärtsgehenden Kurve erreicht zu haben. Nach dem Situationsbericht des Londoner „Ironmonger“ ist der Verkehr auf dem Eisenmarkt durchaus träge. Die Möglichkeit eines Streiks der Arbeiter der Kohlenbergwerke läßt einen Druck aus. Die Preise von Roheisen scheinen noch weiter abzusinken. Dem Anlauf von 130 000 Tonnen Erz durch den Stahlmarkt legt man keine Bedeutung bei. Für Fertigmateriale soll die Nachfrage etwas besser sein.

Soziales.

Für die freie Arztwahl

kämpft ein Dr. med. D. aus Dresden in der neuesten Nummer des ärztlichen Korrespondenzblattes mit folgender Scharfmacher-epistel:

„Vom politischen Standpunkte aus erscheint also die Einführung der freien Arztwahl sowie die Bezahlung nach der Mindesttaxe als relativ nebensächliche, die Unabhängigkeit der Ärzte von der Kassenverwaltung dagegen als eine wichtige Forderung, wichtig für die Existenz des Arztstandes als eines sozialpolitisch hochbedeutenden Faktors. Denn gerade wir Ärzte sind es, die wie kein anderer Stand in engster Fühlung mit der Arbeiterbevölkerung stehen und so in staatsbehaltendem Sinne auf sie einzuwirken vermögen, die die berechtigten Wünsche und Bestrebungen der Arbeiterschaft am besten zu würdigen wissen, und die mit in erster Linie berufen sind, den Segen der sozialen Gesetzgebung der arbeitenden Bevölkerung zu gute kommen zu lassen. Indem wir Ärzte aber den Kampf gegen die Zwangsherrschaft solcher Kassenverbände aufnehmen, kämpfen wir zugleich für den Staat gegen eine Partei, die sich als Staat im Staate gerberdet und die für die bestehende Gesellschaftsordnung eine große Gefahr darstellt.“

Somit erwächst aber auch für die Staatsregierung eine wichtige Aufgabe. Nicht daß wir verlangen, direkt von ihr unterstützt zu werden — wenn uns auch die aktive Stellungnahme der Regierung in Köln zu Gunsten der Ärzte nicht als einseitige Parteinahme erscheint, sondern von hoher sozialpolitischer Einsicht zeugt. Führen wir, wie die sozialistische Presse meint, einen Klassenkampf, nun gut, so müssen wir die Stärkeren bleiben, unter der Bedingung freilich, daß wir energisch und straff organisiert sind. Betrachten wir indes unsere Bestrebungen als eine innere Standesangelegenheit, die zwischen Kassenverwaltungen und Ärzten allein erledigt werden muß, nun gut, auch dann werden wir Sieger bleiben, falls wir an den Erfolg der Selbsthilfe in festem Zusammenklasse glauben.

Aber in anderer Beziehung sollte die Regierung sich an die Spitze des Kampfes stellen und die Fahne vorantreiben: sie sollte das Bestehen mit dem Umsturz a limine ablehnen und überall die sozialdemokratischen Uebergriffe mit fester Faust zurückweisen und, um die Grundgesetze der Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, zunächst den Klassenkämpferischen Willen brechen, der das Vaterland zerreißt und seine Kräfte lähmt. Als in Crimmitschau die Arrangements des Streiks sich davon überzeugen hatten, daß die Fabrikanten es wirklich ernst meinten und von ihrem Standpunkte nicht zu verdrängen waren, da gaben sie sofort nach. So wird es auch bei unserem Kampfe geben. Steht die Regierung fest entschlossen auf unsrer Seite, erkennt sie in dem Kampfe der Kassen gegen uns die weisende Kraft der sozialistischen Weltanschauung, setzt sie etwaigen Hilfsrufen von dieser Seite ein unerbittliches „Nein“ entgegen, so dient sie nicht uns allein, sondern in erster Linie ihrem eigenen Lebensinteresse. Und hier zeigt der Staatsregierung sich eine Gelegenheit, so günstig wie selten sich eine bieten dürfte zu erfolgreichem Kampfe: als Akt der Notwehr sollte durch Reichsgesetz bestimmt werden, daß, wie in den Gemeindeverwaltungen so auch

In den Krankenkassen die gewählten Beamten der behördlichen Be-
stätigung unterliegen."

Eine Ente läßt das Wolffsche Bureau aus Leipzig aufliegen.
Es verbreitet die offenbar von ärztlicher Seite inspirierte Meldung,
der Leipziger Kreis-Krankenkasse ständen erst 28 Markte statt der von
der Aufsichtsbehörde geforderten 140 zur Verfügung. Demgegenüber
erklärt der Vorstand der Kasse, daß die Einführung des Systems der
Distriktdärzte mit der von der Regierung geforderten Anzahl von
Verzinsen zum 1. April vollkommen gesichert sei.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Berliner Steinhauser waren Sonntag zahlreich im Englischen
Garten versammelt, um den Bericht über die weiteren Verhandlungen
mit der Zinnung entgegen zu nehmen und weitere Beschlüsse zu fassen.
Der Vertrauensmann führte aus, die Zinnung habe erklärt, keine
weiteren Zugeständnisse machen zu können, wenn die Meister kon-
turschlichtung nach außerhalb bleiben wollten. Sie hält ihren Vor-
schlag aufrecht, den Minimalstundenlohn auf 75 Pf. zu erhöhen, wenn
die Arbeiter den vorgelegten Accordtarif anerkennen. Während ein
Teil der Diskussionsredner für Ablehnung des Tarifs eintrat und der
Tariflosigkeit den Vorschlag gab, um eine günstigere Konjunktur abzu-
warten und dann aufs neue vorzugehen, forderten andere die strikte
Ablehnung und scharfes Vorgehen. Dem entgegen empfahl der Ver-
trauensmann die Annahme des Zinnungsantrages, der immerhin
einen Erfolg für die etwa 80 Prozent im Lohn Arbeitenden bedeute,
die damit einen Aufschlag von 5 Pf. pro Stunde erreicht hätten.
Werde der Tarif abgelehnt, setzten sich die Berliner Steinhauser der
Gefahr aus, daß noch mehr, wie bisher, Arbeiten außerhalb an-
gefertigt würden und die Arbeitslosigkeit sich vergrößere, zumal die
Wunzlauer sich mit den Meistern geeinigt hätten. Auf Vorschlag des
Versammlungsleiters wird eine geheime Abstimmung mittels Stim-
mzettel vorgenommen darüber, ob der Tarif angenommen werden soll
oder nicht. Die Abstimmung ergab die Annahme desselben mit
geringer Majorität (12 Stimmen) unter Widerspruch der Minorität.
Da nun der Tarif, sowie die Lohnerhöhung in allen Berliner
Steinmetzgeschäften, namentlich auch in denen, die nicht der
Zinnung angehören, zur Durchführung gebracht werden soll, be-
auftragte man die Lohnkommission, den in Betracht kommenden nam-
haft gemachten etwa 25 Firmen den Tarif mit einem Anschreiben zur
Annahme zu unterbreiten und der Aufforderung, bis Sonnabend, den
12. d. M., Antwort zu geben. Fällt diese ablehnend aus, ist, ehe eine
Arbeitsniederlegung erfolgt, der Kommission Mitteilung zu machen.
Nachdem noch drei Vertreter zu dem am 1. Osterfeiertage im Ge-
werkschaftshaus stattfindenden Gaukonferenz gewählt wurden, ge-
langte noch der Antrag zur Annahme, seitens der Organisation für
die Märzgefallenen einen Kranz zu stiften.

Die Grabener der Relief-, Goldbrud- und Zünddruckbranche
tagten am 7. d. Mts. im „Dresdener Garten“ in einer gut besuchten
Versammlung mit der Tagesordnung: Berichterstattung über das
Resultat der Verhandlungen mit der Meisterorganisation und end-
gültige Stellungnahme zum Streit. Wenn auch kein positives Er-
gebnis zu verzeichnen ist, so erklärte sich doch ein großer Teil der
Prinzipale im Prinzip für den vermittelnden Vorschlag der Ver-
treter der Gewerkschaft auf vollständige Arbeitszeit pro Woche. In
der Sitzung der Vereinigung der Prinzipale vom 4. d. Mts. wurde in
Gegenwart der Gewerkschaftsvertreter beschlossen, durch Fragebogen eine
allgemeine Umfrage betreffend Verkürzung der Arbeitszeit usw. zu
veranstalten und die Verhandlungen mit den Vertretern der Ge-
werkschaft eventuell fortzusetzen. Da zur Zeit nur 5 Angehörige
der betreffenden Branchen im Ausstand sind, 15 Meister die acht-
stündige Arbeitszeit anerkannt haben, beschloß die Versammlung, den
Streit aufzugeben und dort in erster Linie Arbeit anzunehmen, wo
die achtstündige Arbeitszeit bewilligt ist. Erst in zweiter Linie ist es
zulässig, das Angebot derjenigen Meister anzunehmen, wo pro Woche
50 Stunden gearbeitet wird; Werkstätten, wo eine längere Arbeits-
zeit herrscht, sollen streng gemieden werden. Es wurden noch drei
Angehörige der Relief-, Goldbrud- und Zünddruckbranche in die
Agitationskommission für Berlin gewählt.

Ausland.

Die Aussperrung in der Diamantindustrie.

Aus Antwerpen wird berichtet, daß dort wieder eine Fabrik
mit 200 Maschinen und eine mit 50 Maschinen zu den Bedingungen der
Arbeiter und mit Einführung des Reinstundenlages geöffnet wurden.
Am Freitag hatten die Juweliere von Antwerpen eine Versammlung,
in der zunächst ein heftiger Streit entstand, weil ein Arbeitgeber
einen andern beschuldigte, Arbeit ausgegeben zu haben. Sodann
wurde bekannt gemacht, daß die Fabrikbesitzer den
Juweliern den Vorschlag machten, von neuem
mit den Diamantarbeitern und besonders mit
Jef Groesser zu verhandeln. Die Versammlung be-
schloß, vorläufig in dieser Sache nichts zu unternehmen, doch die
Vorschläge Groessers abzuwarten und sie, falls der Diamantarbeiter-
Verband sich ihnen anschließt, zu prüfen.

Auf das Manifest der Antwerpener Juweliere haben nun die
Arbeiter ein Gegenmanifest herausgegeben. Sie weisen darauf hin,
daß der Bezug einer großen Zahl von Holländern nur günstig auf
die Industrie in Antwerpen wirken kann. Es wird auch noch daran
erinnert, daß verschiedene Arbeitgeber, die jetzt so scharf gegen An-
stellung von Holländern protestieren, zuerst in Amerika Fabriken er-
öffnet haben auf die Gefahr hin, die ganze Industrie nach dort zu
verpflanzen.

Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ haben Amster-
damer Selbständige mit Fabrikbesitzern von Hanau
über Vermittlung von Wülsten verhandelt. Die betreffenden Fabrik-
besitzer sollen sich auch dazu bereit erklärt haben, so daß wahrschein-
lich binnen kurzem eine Anzahl holländischer Diamantarbeiter nach
Hanau kommt.

Für Unterstützung der Aussperrten in Amsterdam wurden
in der vorigen Woche 27 000 Gulden ausgegeben. An Extra-
beiträgen gingen 3000—3700 Gulden ein.

Die angekündigte Aussperrung der dänischen Buchbinder ist
14 Tage hinausgeschoben worden. Die Meister hatten, als sie ihren
Aussperrungsbeschluss faßten, nicht die für solche Fälle in dem Ueber-
einkommen von 1899 vorgesehenen Bestimmungen beachtet. Nach-
dem der Verband der dänischen Gewerkschaften die dänische Arbeit-
geber- und Meistervereinigung auf diesen Fehler aufmerksam gemacht
hatte, sah man sich genötigt, die Aussperrung zu vertagen. Es
ist jedoch sicher anzunehmen, daß sie nunmehr am 19. März erfolgt.

Lohnbewegungen in der Schweiz. Die organisierten Buchdrucker
der französischen Schweiz sind in eine Bewegung eingetreten für den
Abschluß einer Tarifgemeinschaft mit den Unternehmern, die zugleich
verschiedene Verbesserungen der Arbeits- und Lohnverhältnisse bringen
soll. — Die Malergesellen in Zürich haben den Meistern folgende
Forderungen unterbreitet: 9 1/2 stündige Arbeitszeit im Sommer und
mindestens 7 stündige im Winter, minimaler Stundenlohn von
55 Cents, wöchentliche Lohnzahlung und zwar spätestens
eine halbe Stunde nach Feierabend. Längeres Warten ist als
Uebelstand zu begehren, Lohnzuschlag von 50 Proz. für
Ueberstunden und von 100 Proz. für Nacht- und Sonntagsarbeit,
Verbot der Akkordarbeit, Zulage von 1 bis 2 Fr. per Tag bei aus-
wärtiger Arbeit sowie Fahrtschädigung. — Die Arbeiter der
Mühlendruckerei in Goldach und Gohau (St. Gallen) erreichten
den Reinstundenlohn, minimalen Tagelohn von 4.80 Fr. für Holz-
arbeiter und 5 Fr. für Metallarbeiter, Lohnzuschlag von 50 Proz. für
Ueberstunden und 100 Proz. für Sonntagsarbeit, 5 Proz. Lohn-
erhöhung für alle Arbeiter mit bisherigem Tagesverdienst von 5 Fr.
und darüber, Verzinsung von Kost und Logis bei auswärtigen
Arbeiten durch die Geschäftsleitung. Schöne Erfolge.

Der schweizerische Textilarbeiter-Verband hielt unter dem Vorsitz
seines Präsidenten Parrer Eugster in Herisau seine Delegierten-
versammlung ab, die von 40 Delegierten besucht war. Dem Verbande
gehören 5161 Mitglieder an, wovon 3362 männliche und 1799 weib-
liche. Einstimmig beschlossen wurde der Anschluß an das interna-
tionale Textilarbeiter-Sekretariat, ferner die Bekämpfung des
Berliner Heimarbeiterschutz-Kongresses durch Arbeitersekretär Greulich
als Delegierten und die Forderung an alle Fabrikanten, in deren
Betrieben noch länger als 10 Stunden gearbeitet wird, um Ein-
führung des Reinstundenlages.

Beim Rixdorfer Gewerkschafts-Kartell gingen für die aus-
gesperrten Grimmitzhauer Weber seit dem 14. Januar 1901
folgende Beiträge ein:

Silvesterfeier bei Hoppe 4.— (Dieser Betrag ist das letzte Mal vergessen
worden). Gemüthliche Küche, Jägerstraße, 7. Rate 3.50. Diensther der Firma
Bär 5.00. Von einem gemüthlichen Heben 1.20. Köpfer der Central-Krankenk-
kasse nebst Kubler 2.50. Radfahr-Berein „Rixdorf“ 5.30. Kranken-Unter-
stützungsverein der Schmiede von Rixdorf 8.00. Central-Krankenk-
und Sterbekasse der Maler, Filiale Rixdorf 40.—. Maler von Petersen, Bau
Emserstraße 6.05. Sammlung von einem Jütkerklub in Rixdorf 5.50.
Auf Listen gingen ein: Nr. 683 4.70. 672 7.60. 679 7.15. 680 9.70.
681 16.75. 682 17.75. 683 8.05. 684 6.55. 703 6.90. 705 4.80. 706 0.50.
707 2.35. 708 4.—. 720 8.05. 727 8.50. 742 4.30. 744 5.—. 754 9.55.
765 3.15. 766 4.40. 767 12.90. 768 2.50. 773 1.50. 774 10.87. 776 5.30.
777 2.20. 778 14.85. 779 5.25. 790 1.90. 792 11.45. 793 13.20. 791 3.10.
802 3.80. 803 7.35. 805 3.50. 806 3.10. 807 6.—. Schlußquittung
Ausstehen noch folgende Listen: Nr. 599. 712. 732. 772. 788.
799. 804.

Die Inhaber der letztgenannten Listen werden ersucht, dieselben inner-
halb acht Tagen abzugeben, ebenso diejenigen, welche noch Billets von der
Nationalen abzugeben haben; eventuell werden die Namen veröffentlicht.
Der Obmann: A. Hendrichse.

Kommunales.

In der gestrigen Sitzung des Stadtausschusses wurde Be-
solidungsfragen verhandelt. Zunächst gelangten die dem
Ausschusse überwiesenen Vorlagen, die eine Verbesserung der
Gehaltsverhältnisse der Betriebsbeamten am städtischen Vieh- und
Schlachthof sowie eine Regelung der Bezüge der Steuererheber als
auch der der ständigen Hilfsarbeiterinnen des Statistischen Amtes
vorliegen, nach den Magistratsanträgen zur Erledigung. Hauptsächlich
darüber, daß die Aufbesserung bei den Betriebsbeamten des Vieh-
und Schlachthofes außerordentlich ungleich und sehr sprunghaft
vorgenommen seien, wurden damit beantwortet, daß man die
für die Markthallen geltenden Grundsätze für eine gleiche Tätigkeit
zu Grunde gelegt habe. Eine Petition der Steuererheber fand
keine Berücksichtigung.

Die Vorlage, die Vermehrung der Stellenzahl betreffend, gab
Veranlassung, die Frage der Steuererhebung eingehender zu ven-
tilieren. Die Zahl der Steuererheber wachse und somit auch die
Höhe der Kosten. Warum ziehe man überhaupt die Steuern auf
die bisherige Weise ein? Verschiedene Städte hätten die Einrichtung,
daß die Steuer gebracht werden müsse und es ginge. Warum nicht in
Berlin? Es mögten lieber die Zahlstellen vermehrt werden; es würden
eine Menge Kosten gespart. Dem gegenüber wurde betont, man könne
andere Städte nicht ohne weiteres mit Berlin vergleichen; der hier an der
Zugabe seiende große Verzug erschwere eine solche Einrichtung.
Kosten würden auch nicht gespart werden; es müßten dann mehr
Exekutivbeamten angestellt werden. Schließlich wurde beschlossen,
in einer Resolution den Magistrat zu ersuchen, Erwägungen über
die Einführung einer Ring-Steuer an Stelle der Sol-Steuer
anzustellen. Die Vermehrung der Stellenzahl wurde gutgeheißen.

Eine Petition der Vermessungsbeamten fand bei dem betreffenden
Stadtrat durch Uebergang zur Tagesordnung ihre Erledigung.
Für das Rudolf Virchow-Krankenhaus, das nach den Versicherungen
des Vaurats im Herbst 1905 fertiggestellt sein soll, sind
2000 Mark als Gehalt für einen Verwaltungsdirektor
eingesetzt. Diese Position gab Veranlassung zu einer
Debatte, ob der betreffende Direktor ein Arzt oder nur ein akademisch
gebildeter Mann sein soll. Diese Frage hat bereits die Kranken-
hausdeputation beschäftigt und es wurde gestern von ärztlicher Seite
recht lebhaft dafür plädiert, daß ein Arzt an der Spitze dieses
Krankenhauses stehen müßte. Der Magistrat steht aber auf dem
Standpunkt, daß ein Gemeindebeschluss vorliege, nach dem ein
akademisch gebildeter Mann angestellt werden solle, dem zwei ärz-
tliche Berater zur Seite stehen. Es wurde beschlossen, anstatt Ver-
waltungsdirektor nur Direktor zu sagen, damit die Qualifikation
des Betreffenden — ob Arzt oder nicht — noch eine offene bleibe.

Ein Antrag, die für den Inspektor des Obdachs, Ulrich, an-
gesetzte Erhöhung von 200 M. zu streichen, weil dieselbe für diesen
Mann ein Vertrauen bedeute, wurde mit Stimmgleichheit ab-
gelehnt.

Gerichts-Zeitung.

Knipfle vor Gericht. Im Verlage von Hermann Lazarus er-
schien vor längerer Zeit ein heiteres Werk unter dem Titel: „Knipfle.
Scenen aus dem Berliner Leben. Vom Roland von Berlin.“ Es
war dies eine durch Illustrationen vermehrte Zusammenstellung von
humoristisch-satirischen Skizzen, die vor fast drei Jahren schon in einer
hiesigen Zeitung unbeanstandet erschienen waren. Jetzt ist das Buch
wiegend als unzüchtig erachtet und gegen Herrn Lazarus die Anklage
wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften erhoben worden. Gegen den
Verfasser konnte nicht mehr vorgegangen werden, da bei ihm Ver-
jährung vorlag. Zum gestrigen Termin vor der dritten Straf-
kammer des Landgerichts I waren Prof. Ludwig Vietzsch, Dr. Paul
Lindau und Dr. Fritz Rauthner als Sachverständige geladen
und die beiden erkrankten auch erschienen. Für die Verhandlung
wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Dem Vernehmen nach haben
Prof. Vietzsch und Dr. Paul Lindau ihr Gutachten dahin abgegeben,
daß das Werk nicht nur nicht unzüchtig, sondern ein Kunstwerk sei, dessen
Humor über die erlaubten Grenzen nicht hinausgehe. Es handle
sich um eine Satire, und bei einer solchen sei eine derartige Form
besonders beliebt, um unter Lachen den Menschen die Wahrheit zu
sagen. — Der Staatsanwalt beantragte die Verurteilung des An-
geklagten zu 300 M. Geldstrafe, Rechtsanwalt Hoffe dagegen
die Freisprechung. Das Gericht kam zu folgender Entscheidung: Das
Gericht verkennt nicht, daß die vorliegende Schrift lange nicht die
schlechteste ist und daß auf literarischem Gebiet oft weit mehr An-
stößliches produziert wird, was viel eher vor das Forum gezogen
werden müßte. Allein, wo kein Kläger, da ist auch kein Richter.
Das vorliegende Buch enthält eine Reihe von Stellen, die geeignet
sind, das normale Scham- und Sittlichkeitsgefühl des deutschen
Volkes zu verletzen. Es giebt genöthig viele, die an diesen Stellen
keinen Anstoß nehmen, aber mindestens ebenso viele, bei denen es der
Fall ist. Der Gerichtshof hat den Angeklagten zu 150 M. Geld-
strafe verurteilt und gleichzeitig auf Einziehung des Buches usw.
erkannt.

Mit einem recht eigenartigen Zwischenfall von allgemeinem
Interesse begann gestern eine neue Tagung des Schwurgerichts
am Landgericht I unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Casper.
Wegen Meineides und Verletzung des Meineides waren der Richter
Julius Lau und der Inspektor Julius Hanke angeklagt. Nach-
dem der Vorsitzende die Geschwornen aufgerufen und sefgeklärt
hatte, daß 20 Geschworne anwesend seien, erklärte er: er halte sich —
da es sich um eine neue Tagung handle — für verpflichtet, den Ge-
schwornen eine allgemeine Rechtsbelehrung für alle Sachen
vorauszusenden, während er die Rechtsbelehrung, die im Anschluß
an den konkreten Einzelfall zu geben sei, am Schlusse jeder Ver-
handlung geben wolle. Er hielt darauf einen etwa 20 Minuten
dauernden Vortrag über die Pflichten des Richters, des Geschwornen,
und erläuterte insbesondere, wie die Beweise zu beurteilen seien,
ferner auch, daß die Bestrafung, auch wenn menschlich es sich um
vielleicht unwichtige Dinge handle, eventuell erfolgen müsse, wenn

die Schuld erwiesen sei, sodann daß die Geschwornen der Gnade nicht
vorgehen dürfen, und erwähnte schließlich die Einwände der Ver-
wehrlöslichkeit und der mangelnden bösen Absicht, die so oft gemacht
würden. Nachdem der Vorsitzende geendet, erklärte Rechtsanwalt
Dr. Werthauer als Verteidiger des Angeklagten Hanke, daß er
eine derartige allgemeine Rechtsbelehrung für unzulässig halte,
da nur am Schlusse einer jeden Sache eine solche zulässig
sei. Er beantragte daher, den Vortrag selbst zu protokollieren und
durch Beschluß die Belehrung als nicht geschehen zu erklären, damit
die Verhandlung selbst ohne Rücksicht auf die Belehrung vor sich
gehen könne. — Nach langer Beratung erklärte das Gericht, es habe
zwar dem Wunsche der Protokollierung entsprochen und die Vorgänge
in einem — besonderen — Protokoll festgesetzt, halte aber die Be-
lehrung für zulässig, da die eigentliche Verhandlung der Sache
Lau noch nicht begonnen habe, also eine Verteidigung noch nicht in
Wirksamkeit treten könne. — Nachdem dann die Verhandlung bes-
onnen, wiederholte Dr. Werthauer nunmehr ausdrücklich als Ver-
teidiger seinen Antrag, die vorherige allgemeine Rechtsbelehrung,
die unzulässig sei und eventuell von Einfluß sein könne, als nicht
wirksam zu erklären, indem er hinzusetzte, es komme bei seinem An-
trage natürlich nicht nur auf die vorliegende Strafsache an, er halte
vielmehr die Angelegenheit für eine außerordentlich wichtige. Die Ge-
schwornen bildeten mit dem Richter „das Gericht“, sie seien auch
rechtlich nicht völlig gleichgestellt, und deshalb könne ein Teil
des Gerichts nicht den andern über seine Rechtspflichten öffentlich
belehren. Deshalb habe, wie auch das Reichsgericht anerkannt habe,
das Gesetz jede Belehrung außer der Rechtsbelehrung am
Schlusse der Verhandlung untersagt. Eine weitere Ausdehnung
der Belehrung und Ermahnung sei durchaus unzulässig und auch
unnöthig. — Das Gericht beschloß jedoch: die allgemeine Rechts-
belehrung sei nicht als unwirksam zu erklären, da sie vor der Ver-
handlung, gleichsam als private Ansprache über die Heiligkeit des
Eides und als Ermahnung über die allgemeinen Richterpflichten zu
erachten sei. Der schriftliche Protest des Verteidigers sei aber doch
als solcher beachtet und dem Protokoll beigefügt worden, damit eine
höhere Instanz die Sache nachprüfen könne. — Die Verhandlung
in der Anklagesache selbst verfiel der Vertagung, da der Angeklagte
Lau, der früher ein Geständnis abgelegt hatte, dies im gestrigen
Termin widerrufen, so daß die Ladung weiterer Zeugen notwendig
wurde.

Verfammlungen.

Friedenan. Der Wahlverein beschäftigte sich in seiner
letzten Versammlung, die sehr gut besucht war, erneut mit den
bestehenden Gemeinderats-Wahlen. Es wurde fest-
gestellt, daß, wie die Dinge liegen, nur die dritte Abteilung und in
ihre Wahlbewegung in Frage kommen könnte. Als Kandidat
hierfür wurde einstimmig Genosse Grunwald aufgestellt. Die
Wahl für die dritte Abteilung findet am Montag, den 14. März,
abends von 7 1/2 bis 8 Uhr im Restaurant Rheinischhof statt. Am
Sonntag vorher soll, wenn ein größerer Saal zu bekommen ist, noch
eine öffentliche Versammlung stattfinden; Sonntag früh findet unter
allen Umständen eine zweite Flugblatt-Verbreitung statt,
auf die schon jetzt aufmerksam gemacht sei.

Centralverband deutscher Textilarbeiter (Walle Berlin IV,
Erdereibranche). Mittwoch, 9. März, abends 8 1/2 Uhr, in den „Armin-
hallen“, Kommandantenstr. 20: Versammlung. Vortrag des Genossen
S. Kagenstein: „Die sociale Bedeutung der Konjunktionsgesellschaft“.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Unterhaud.

London, 7. März. (B. T. V.) In Beantwortung einer An-
frage bemerkt Unterstaatssekretär Carl Percy: Der
Regierung sei nicht bekannt, daß in Bezug irgendwelcher Schritte
gethan seien, um die Personen vor Gericht zu stellen, die für die
Ermondung des Königs Alexander und der Königin
Draga von Serbien verantwortlich seien, oder um den Abscheu vor
diesen Verbrechen öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Unter diesen
Umständen sei es nicht möglich, eine Mitteilung über die Aussichten
einer Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Serbien zu
machen.

Ratson Walton fragt an, ob im Hinblick auf die Erklärung
Rußlands, es beabsichtige, Kohle als Kriegs-
kontrebande zu betrachten, die Aufmerksamkeit Balfours
auf die Erklärung des russischen Bevollmächtigten im Jahre 1884 auf
der sogenannten Kongokonferenz in Berlin gerichtet worden sei, in
welcher dieser erklärte, die russische Regierung werde sich niemals
damit einverstanden erklären, daß Kohle unter diejenigen Artikel
gehe, welche nach dem internationalen Recht als Kriegs-
kontrebande angesehen würden. Premierminister Balfour
erwidert hierauf, die Regierung habe Kenntnis von dieser Erklärung.
Die Sache sei von der größten Wichtigkeit und die Regierung habe
bereits die nötigen Schritte gethan, um eine genauere Auskunft zu
erlangen über die Auslegung der russischen Erklärung betreffend
Kriegskontrebande. In Beantwortung einer weiteren Anfrage führt
Unterstaatssekretär Percy aus, der englische Gesandte in Peking sei
aufmerksam geworden auf gewisse gebührende Schmäharitel gegen
Rußland, die in Tientsin in der „China Times“ veröffentlicht worden
seien. Der Gesandte habe verlangt, daß ein Verfahren gegen den
Herausgeber des Blattes vor dem britischen Konsulargericht in
Tientsin gemäß Artikel 106 der für China und Japan im Jahre 1865
sefgezeichneten Konsular-Bestimmungen eingeleitet werde. Dieser Artikel
sehe vor, daß, wenn irgend ein britischer Untertan in China eine
Handlung begehe, die geeignet sei, den öffentlichen Frieden zu stören,
der Gerichtshof von diesem eine Garantie verlangen könne, daß er
sich für die Zukunft anders verhalte, oder ihn ausweisen könne für
den Fall, daß der Betreffende diese Garantie nicht zu geben vermöge.
Die Regierung billige das Vorgehen des britischen Gesandten.

Ein neuer Angriff auf Wladivostok?

Petersburg, 7. März. (B. T. V.) Der Statthalter Alexejew
hat dem Kaiser aus Wladiwostok vom heutigen Tage folgendes Tele-
gramm gehen lassen: In Ergänzung meines Telegramms vom
6. d. Mts. melde ich allerunterthänigst, daß um 1 Uhr
25 Minuten nachmittags von sieben feindlichen Schiffen
fünf gegen die Forts Suwarow und Minewitsch sowie
gegen die Stadt und die Werke im Thale des Fühfchens
Objasnenije das Feuer eröffneten. Dasselbe dauerte bis um
2 Uhr 15 Minuten, worauf das japanische Geschwader nach
Siden zu dampfen begann und um 5 Uhr 30 Minuten außer
Sicht kam. Auf den Batterien und in den Befestigungen
hatten wir keine Verluste. In der Stadt ist ein Matrose verwundet
und eine Frau getötet worden. Nach einer eben ein-
gegangenen Meldung ist ein feindliches Ge-
schwader heute früh 8 Uhr abermals in Sicht der
Festung erschienen.

Ramburg, 7. März. (B. T. V.) Der Bankier Prango wurde
vom Schwurgericht wegen Depotunterschlagung in sechs Fällen im
Gesamtbetrage von 281 000 Mark zu vier Jahren Zuchthaus und
fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Zusammenbruch des Ban-
khauses erfolgte am 14. Dezember v. J. mit 1/4 Millionen Mark
Passiven und 100 000 Mark Aktiven.

Frag, 7. März. (B. T. V.) Das Stadtverordneten-Kollegium
beschloß auf Antrag Podlipnyh, an den Statthalter eine Deputation
zu entsenden, um einen Protest gegen den Dummel der deutschen Stu-
denten zu erheben.

Kairo, 7. März. (Meldung der „Agence Havas“.) Man spricht
hier von einem ersten Zwischenfall zwischen dem russischen Agenten
Maximow und der ägyptischen Regierung in der Frage der Kohlen-
versorgung des russischen Geschwaders im Suezkanal und im
Roten Meer.

Reichstag.

51. Sitzung, Montag, 7. März 1904, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Einem. Die zweite Lesung des Militärrechts wird fortgesetzt beim Titel „Gehalt des Kriegsministers“.

Abg. Daxbach (C.): Das vom Grafen Mielzinski erwähnte Vorwissen, wobei ein Geflüchteter von einem Offizier beleidigt wurde, verdient doch weiteren Kreisen bekannt zu werden. Noch schlimmer ist es, daß bei der Einweihung des Kaiser Wilhelm-Denkmal in Thorn anlässlich eines Wasenballs der Offiziere das heilige Sakrament der Weichte verhöhnt wurde.

Beim Duell kommt es weniger darauf an, ob ein Fall mehr oder minder im Jahre vorkommt. Wir wünschen eine andre prinzipielle Lösung dieser Frage. Wir wollen nicht, daß ein Ehrenrat jemals das Duell zuläßt. Der Sieg des Heubels ist die Verachtung des Gefegtes. Hat doch im Vorjahr selbst von dieser Stelle aus ein Abgeordneter erklärt, er würde in gewissen Fällen trotz seiner weißen Haare zur Waffe greifen. (Hört! hört! im Centrum.) Ein Hauptmann, der in einem von ihm verschuldeten Duell einen Stabsarzt tötete, ist mit allen Ehren begraben worden. Das widerspricht den elementarsten Forderungen der Sittlichkeit. Ein Mitglied einer Stadtverordneten-Versammlung ist wegen einer dort gehaltenen Aeußerung geohrfeigt und erschossen worden. Das ist ganz einfach ein gemeiner Mord. Der König von Sachsen hat bei der Gründung der Anti-Duellliga den Versprechungen seiner Konfession zur Ausrottung dieses Übels seine volle Teilnahme versichert. Weber im englischen, noch im belgischen Heer hat seit mehr als einem Jahrzehnt ein Duell stattgefunden. Weßhalb führt der Kriegsminister nicht in Deutschland denselben Zustand ein? Aber die Verordnung müßte lauten: Jeder Offizier, der sich duelliert, wird aus der Armee ausgeschlossen.

Abg. Bebel (Soc.):

Ich habe vergeblich darauf gewartet, was der Kriegsminister mit seinen allen Kamellen meinte. Er hat keinen der von mir angeführten Fälle als alt bezeichnet, sondern nur gesagt, daß sei gar nicht vorgekommen, oder er wüßte nichts davon. Besonders den Vorfall mit der Divisionskommandante hat er als baren Unsinn bezeichnet und dabei, wie üblich, lebhaften Beifall der Mehrheit gefunden. Er hat mich belehrt, daß in Alenstein gar kein Divisionskommando steht. Aber ich habe ja nur von einer großen Garnison im Oben Preußens gesprochen, da giebt es doch recht viele, ich will ihm nur Polen nennen, vielleicht kommt er dann der Sache etwas näher. Dort hat sich der Fall vor einem Jahre zugetragen, und was da möglich ist, wissen wir ja aus dem Fall Löhning. Der Fall des Generals v. Biffingen ist ihm ebenfalls unbekannt. Ich habe aber alle Ursache, an meiner Darstellung festzuhalten und ersuche ihn dringend, eine Untersuchung anzustellen, insbesondere die Stabsdortmann dieses Generals zu vernehmen, die vor dem Kriegsgericht diese Anklagen erhoben hat. Soeben habe ich einen neuen Brief aus Münster erhalten, der mir weitere Einzelheiten mitteilt. Auf die Verabschiedung des Erbprinzen von Sachsen-Meinungen ist er auch nicht eingegangen. Ich habe übrigens gar nicht gesagt, daß der Prinz verabschiedet worden ist, sondern nur, daß er seinen Abschied genommen hat. Daß das ein Unterschied ist, weiß der Kriegsminister besser als ich. (Sehr richtig! rechts.) Jedenfalls hat der Erbprinz seinen Aufenthalt in Breslau außerordentlich ungenügend eingeholt und ist von seiner Beförderung zum Armeekorps nicht entzückt gewesen.

Ganz besonders wundere ich mich, daß der Kriegsminister nicht auf die Ausführungen meines Genossen Gradnauer über den Fall Arenberg eingegangen ist. Es wäre doch sehr wünschenswert, die Grundfrage über die Anstellung von Offizieren bei dieser Gelegenheit zu erörtern. Prinz Prosper Arenberg war von Kindesbeinen an ein geistig und moralisch durchaus unqualifizierbares Subjekt, das in keiner staatlichen Stellung geduldet worden ist. Aber trotz aller Noheiten und Brutalitäten, für die er in keiner Weise zur Verantwortung gezogen worden ist, konnte er jahrelang Offizier bleiben! Schließlich wollte man ihn wohl los sein und schickte ihn nach Südwestafrika, wohin nur die bestbelegten Offiziere gehen sollen. In diesem Fall scheint sich aber die Kolonialverwaltung ganz besonders böse getäuscht zu haben. Denn daß die Militärverwaltung den Prinzen Arenberg in ihrem Führungsgenugnis als besonders qualifiziert bezeichnet hat, kann ich mir doch nicht denken. Ich hatte schon damals, als der Mord mit seinen schrecklichen Einzelheiten bekannt wurde, den Eindruck, daß solcher Noheit nur ein geistig und moralisch außerordentlich tiefstehender Mensch fähig sein könne. Ich wünsche nur, daß all den unglücklichen Jrezen, die heute die Buchstaben oder Besatznisse führen, die gleiche Hilfe erstehen möchte, daß man in der Armee mehr als bisher der Psychologie keine Aufmerksamkeit zuwendet. Von Offizieren sind mir ja ähnliche Fälle nicht bekannt, aber unter den mißhandelten Soldaten befindet sich eine große Zahl geistig minderwertiger, die von Anfang an aus der Armee hätten entlassen werden müssen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Der Kriegsminister erklärte, die Armeeverwaltung sei stets den Mißhandlungen aufs schärfste entgegengetreten. Das habe ich nie bestritten. Es wäre ja auch ein unerhört trauriger Zustand, wenn die Militärverwaltung ihnen passiv oder gar billigend gegenüberstände. Aber eine Besserung ist in dieser Beziehung nicht eingetreten. Im übrigen aber hat die socialdemokratische Kritik doch gewirkt. Das hat ein Staatsanwalt in Halle in offener Gerichtsverhandlung rückhaltlos anerkannt. Die Besserung der Verhältnisse ist ja der Zweck unserer Kritik. Sind es doch auch unsere Söhne und Brüder, die in der Armee dienen. Wir betrachten die Dienstpflicht als ein vornehmtes Recht jedes Staatsangehörigen. Wir wollen sie allgemein durchgeführt sehen, aber in einer nicht längeren Dauer, als unbedingt notwendig ist. Daß die Gegenstände immer schärfer werden und auch in der Armee zum Ausdruck gelangen müssen, ist nicht unsere Schuld, sondern die Folge der ökonomischen Entwicklung in der kapitalistischen Gesellschaft. Auch in Dresden habe ich nur Thatsachen konstatiert und jeden Versuch unterlassen, sie im Sinne meiner Partei auszubenten. Thatsache aber ist, daß auch die Armee in der größten Unzufriedenheit ist und selbst die Offiziere mit vielem nicht mehr einverstanden sind. Die ganze Litteratur, auf die wir uns bei unserer Kritik berufen, stammt ja von ehemaligen Offizieren der Armee oder von Offizieren, die sogar noch im Dienst sind. Alle diese Männer sind die grimmigsten Gegner der Socialdemokratie. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Herr v. Korman hat die Werke dieser Männer als „Schmähschriften“, als „unwahre Zerrbilder“ bezeichnet, die bei seinen Freunden tiefe Entrüstung erregten. (Lebhafte Zustimmung rechts.) So urteilen Sie (nach rechts) über die Arbeiten des Generals a. D. von Bruchhammer, des Generals a. D. Neerschidt, Hülseffem, des Frhr. v. Blume, des Obersten a. D. Gaedke, des Hauptmanns Glansen an vieler anderer! Dieselbe Stimme des Hochmuts und Uebermuts, die alles aufs Beste bestellt glaubt und in jeder Kritik der Armee eine Majestätsbeleidigung sieht, herrschte auch vor 1806. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Niemand durfte damals die Armee Friedrichs des Großen tadeln. Man war auf seinen Lorbeer eingeschlafen und hatte nichts gelernt von der großen Volkserhebung im Westen. Bei Valmy im Jahre 1792 lernte der Herzog von Braunschweig kennen, was die Revolutionsarmee, die Armee von Sansculottes, leisten konnte. Damals sprach Goethe das denkwürdige Wort: „Von diesem Augenblick an beginnt eine neue Epoche der Weltgeschichte“. Hatte Preußen und sein König das auch eingesehen, so wäre dem Staate vielleicht Jena erspart geblieben. Aber das Volk war damals eine willenlose Herde, ein Kleinbürgertum, im Stumpfe dahinlebend, ein Bauerntum,

das unter der Last der Fronde seufzte. Die Junker waren die Herren in Armee und Staat. Diese Junkerherrschaft hat bei Jena und Auerstädt den schmachvollsten Schiffsbruch erlitten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) und es befelegte diesen seinen Zusammenbruch durch die verräterische Uebergabe der Festungen. Da endlich legte die Reorganisation des Staates durch Stein, Hardenberg, Scharnhorst und Gneisenau ein. Scharnhorst besah keine militärische „Haltung“, ebenso wenig wie Napoleon, der nicht einmal ein Bataillon Artillerie in der vorgeschriebenen Weise üben lassen konnte und doch der größte Feldherr aller Zeiten wurde. Die Thaten von 1813 und 14 beweisen, daß eine schwache Regierung und Niederlagen für ein Volk viel besser sind als eine starke Regierung und Siege. (Gelächter rechts.) Daß diese Rede bei Ihnen keinen Eindruck macht, versteht sich von selbst! Wann hätte es jemals in der Geschichte eine herrschende Klasse gegeben, die Vernunft angenommen hätte? (Lautes Gelächter rechts.) Jede herrschende Klasse ist an ihrer Borniertheit zu Grunde gegangen! (Erneutes höhnisches Lachen rechts.) — Graf Oriola ruft: Der Zukunftsoptimist! Herr Graf, der Zukunftsoptimist der Socialdemokratie ist ungefähr dasselbe, was einst für die feudale Gesellschaft der bürgerlich-liberalen Staat war. Derselbe Hohn trat einst den emporstrebenden Liberalismus von den Vorfahren jener Herren, die heute noch als die letzten Rudimente einer untergegangenen Gesellschaft hier im Hause sitzen! (Stürmischer Widerspruch rechts.) — Lebhaftige Zustimmung bei den Socialdemokraten.)

Der Kriegsminister hat die eben so neue wie beweislose und verfehlte Theorie aufgestellt, die Socialdemokratie sei schuld an den Mißhandlungen. Nun, Sie werden sich wohl oder übel mit der allmählichen Zunahme der Socialdemokratie im Heere wie im Volke abfinden müssen. Am stärksten wird das in der Reserve, der Landwehr, den Regimentern, die sich aus den großen Städten rekrutieren, und den Pionierbataillonen sein, in denen städtische Handwerker, fast ausschließlich Socialdemokraten, am zahlreichsten sind. Auch die als Staats- und Religionsfeinde verfolgten ersten Christen wurden im dritten Jahrhundert so übermächtig, daß sie entgegen dem Willen der Caisaren ihr Kreuz an die Helme schlugen. Wir werden ja nur keine roten Klappen an unsere Helme stecken (Stürmische Heiterkeit), aber die Befinnung bleibt doch. Sie können keinen siegreichen Krieg mehr ohne uns führen und siegen nur mit, nicht gegen uns. (Wielaches Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wenn es sich je bei einem Krieg im Deutschlands Existenz handelt, werden auch wir bis zum letzten Mann kämpfen, um unser Vaterland, unsere Wunden zu verteidigen. Allezeit und jeberzeit werden wir den Versuch auch nur ein Stück Boden von Deutschland abzutreiben, bis zum letzten Atemzug bekämpfen. (Laut rechts: Sehr schön!) Ich rede nicht Ihnen zu Liebe. Aber nach den immerwährenden Angriffen wollte ich doch endlich einmal klarstellen, daß Sie nicht so einfach über uns hinweggehen können, daß wir nicht gewillt sind, uns maltrahieren zu lassen. — Der Kosmopolitismus bestand 1806 nur in der französischen Bildung der herrschenden Klassen und des Junkertums. — Wir sollen die Disciplin in der Armee zerstören, aber nicht die Disciplin, die in der Ueberzeugung wurzelt, daß das Erstrebte etwas Nützliches ist. Nur die schafft die Freudigkeit, die Freiwilligkeit und den Gehorsam in der Armee. Diese sollten Sie in die Armee hineinbringen, dann brauchen Sie nicht die barbarischen Strafen, die in schneidendem Widerspruch stehen zu allem, was Kultur heißt. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die Empörung gegen die Offiziere wächst ständig. Erst in diesen Tagen hat sich ein höchst unangenehmer Fall in Bayren ereignet, wo ein ganz unschuldiger Mann, ein hochachtbarer Offizier von der auß höchste erregten Bevölkerung schwer verwundet wurde. Solche Ausschreitungen verurteilen wir gerade, aufs allerheftigste. Aber Sie kommen darüber nicht hinweg, wenn Sie diese Vorfälle einfach abstreiten. Wir haben doch nicht die Anlagen über den Luxus und die andern Mißstände erhoben, sondern die bürgerliche Presse. Aber während die Parteiblätter seit Jahren Beschwörungen führen, haben in diesen Tagen die Wortführer der Parteien hier auf der Tribüne alles für Schwarzmalerei und Lüge erklärt.

Kamentlich Herr Dr. Deumer hat sich darin hervorgethan, aber in dem rein kapitalistischen Unternehmer-Organ, der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, in der noch etwas von dem alten oppositionellen Geist des Rheinländers steckt, sind diese Beschwörungen am schärfsten ausgedrückt worden. (Abg. Dr. Deumer: Ich bin auch nicht mit allem zufrieden!) Ja, aber Ihre Kritik ist so sanft, so mild, so feise, daß man gar nicht merkt, daß ein Mann redet. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Sie wollen uns dadurch, daß Sie sich zum Mundstück der „Berechtigten Beschwörungen“ machen, das Wasser abgraben. Aber Sie sind mit den ganzen Zuständen der Armee so verhasst und verschwägert, daß es Ihnen gar nicht möglich ist, rüchellos so sagen, was die Wahrheit gebietet. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die Furcht, die in der Armee vor der Socialdemokratie herrscht, ist ja manchmal geradezu lindisch. Als ich in Worms sprach, wurde durch Garnisonsbefehl den Soldaten verboten, nachmittags und abends an dem betreffenden Tage durch die Mainzerstraße zu gehen, wo das Lokal war. Durch solche Maßregeln werden die Soldaten ja nur veranlaßt zu fragen, was denn mit den Socialdemokraten los ist, und erfahren, was sie sonst nie im Leben erfahren hätten, genau so wie durch die großen Reden in den Instruktionsstunden und beim Landwehroppele. Auch durch die Krügerexerzise werden viele Leute veranlaßt, mal zu den „versuchten Socialdemokraten“ zu gehen, und mancher wird dann aus einem Saulus ein Paulus. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Sie sind in einer verzweifeltsten Lage, thun Sie nichts gegen uns, haben Sie den Schaden, und thun Sie etwas, haben wir den Nutzen. Der Militärboikott wird systematisch gegen uns betrieben, sogar über die Hotels verhängt, in denen socialdemokratische Abgeordnete wohnen. Diese ganze Politik der Radeffische ist das Verfehrteste und Dummste, was Sie thun können und wird von jedem vorurteilsfreien Menschen einfach ausgelacht. In Bezug auf unsere Agitation ist mir die Armee in Wahrheit ein Noli me tangere. Ich wünschte, daß andre Parteien es ebenso hielten. Der Antrag auf dem Dresdener Parteitage, der hier immer vorgebracht wird, hat ja nicht einmal 16 Stimmen zur Unterstützung gefunden. Zwischen dem Schimpfen auf unsern Parteitage und beim Militär besteht denn doch ein großer Unterschied. Wenn ein Soldat beschimpft wird, darf er nicht wieder schimpfen. Wenn sich aber bei uns jemand beschimpft glaubt — und ich habe in den Citaten des Dr. Deumer kein einziges Schimpfwort gehört, sondern nur ein paar offenerzige Wahrheiten (Große Heiterkeit) — so nimmt er kein Blatt vor den Mund. Und so gehört sich auch. Wir verhandeln offen! Das können Sie nicht wagen. (Lärm rechts.) Sie halten alle ihre Parteitage hinter geschlossenen Thüren ab. Bei uns herrscht weite, breiteste, demokratische Offenheit selbst vor dem Feind, bei Ihnen Geheimnisthümerei selbst vor dem besten Freunde! (Bravo! bei den Socialdemokraten. Lärm rechts.) Herr von Hehl fragt, warum wir nicht auch Schippel die Freiheit der Kritik lassen. Haben wir dem Abgeordneten Schippel etwa die Kritik verboten? Im Gegenteil, der Beschluß ging dahin, wir wünschten, daß Schippel endlich offen und deutlich sagt, was er über bestimmte Dinge denkt. In der Goethe'schen Sache ist mein Name gar nicht genannt worden. So etwas giebt es bei uns nicht, daß einer deshalb nicht kandidieren darf, weil er mich angegriffen hat. Andre Gründe lagen vor, weshalb die Genossen wünschten, daß Goethe noch nicht ein Mandat annehme. Ich steue mich, daß Goethe sich selbst überwinden und diesem Wunsch der Parteifreunde Rechnung getragen hat.

Damit verlasse ich die gegen mich erhobenen Einwände und schließe: Der Kapitalismus frist auch am Mark der Armee, es ist seine Mission, alles Besidehnde zu zerstören, alle alten Begriffe aufzulösen. (Lärm rechts: Welch!) Wir werden unser Ziel erreichen,

nicht mit Ihnen sondern gegen Sie. (Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. v. Rippenhausen (Lsk.): Herr Bebel hat den vollständigen Sieg des Herrn Kriegsministers über die Socialdemokratie nicht abschwächen können. (Lautes Lachen bei den Socialdemokraten.) Ueber die Soldatenmißhandlungen hätte doch erst später bei den Resolutionen gesprochen werden sollen. Abgeordneter Bebel sagte, bei dem Regiment Nr. 95 seien 7 Selbstmorde und ein Selbstmordversuch vorgekommen. Ich fordere Herrn Bebel hiermit auf, bei Kapitel 18, Titel 1 Thatächlich nach zu weisen, ob hier irgend welche Soldatenmißhandlungen vorliegen. Ich habe als alter Kämpf- undneunjäger ein besonderes Interesse daran. (Heiterkeit.) Wieviel schöne Erinnerungen habe ich! Noch vor wenig Wochen bekam ich einen Brief eines ehemaligen Soldaten, der nur die Worte enthielt: „Ist das unser Rippenhausen, der jetzt im Reichstag sitzt?“ (Stürmische Heiterkeit.) Ein Freund teilte mir mit, daß sich im Ober Regiment in keinem Fall ein Anlaß zum Einschreiten gegen Vorgesetzte oder Kameraden ergeben hat. Einer der Selbstmörder war schon als Knabe schwermütig. Ein Musketier ertränkte sich, nachdem ihm die Wafchfrau vor seinen Kameraden gesagt hatte, sie wolle seine Wäsche nicht mehr waschen, da er sich immer selbst beschmutze.

Ich möchte den Kriegsminister bitten, für eine gute Lektüre der Mannschaften und Unteroffiziere zu sorgen. Immer wieder machen die Socialdemokraten den Versuch, das Volk durch ihre Blüher zu vergiften. Im Pommer'schen Volkskalender wird die Erfüllung der Wäfche, das Attentat des Bürgermeisters Tschew, ja, sogar die Ermordung der Kaiserin Elisabeth verherrlicht! In diesem Kalender stehen auch die Verse zum Monat November:

Der Reichstag nun eröffnet wird,
Denn draußen dächter Rebel,
Und die Minister ängstlich schau'n
Auf unsern August Bebel,
Denn August nimmt sehr oft das Wort,
Um Freiheit, Recht zu künden,
Und geißelt dabei schonungslos
Der Reichsregierung Sünden!

(Große Heiterkeit.)

Der neue Kriegsminister ist, so hoffen wir, nicht nur ein Mann des Wortes, sondern auch der That. Heute freilich ist alles ruhig. Aber wenn eine große politische Zeit kommen wird, dann werden Sie (zu den Socialdemokraten) die scharfe Tonart von Dresden in die That umsetzen. Dann werden wir starke Männer brauchen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.):

Herr Bebel hat vergeblich versucht, die socialdemokratische Niederlage auszuweichen. Seine heutige Rede bestand nur aus Gemeinplätzen, gemischt mit einem ködernen Wahrheit. Ueber den Fall des Prinzen Arenberg giebt es ja nur eine Meinung, Herr Bebel lirt aber, wenn er meint, das Jrennhaus werde nun ein besonders angenehmer Aufenthalt für den Prinzen Arenberg sein. Die Mißhandlungen verurteilen wir auch, aber die Ausführungen des Herrn Bebel machen den Eindruck, als ob in der Armee nur noch geprügelt wird. Dieser Eindruck soll auch erweckt werden nach außen hin. Die Niederlage von Jena ist nicht durch die Junker, sondern durch das überlegene Feldherrngenie Napoleons herbeigeführt worden. Die Junker haben heldenmütig gekämpft und es waren die Junker Pöhl, Gneisenau, Stein, welche die Führung bei der Wiedererhebung Preußens hatten. — Der Vergleich des Herrn Bebel zwischen den ersten Christen und der Socialdemokratie war sehr läßt. Das Reich Christi war von jener Zeit, das Reich des Herrn Bebel aber ist nur von dieser Welt. Kein Jenseits giebt's, kein Wiedersehn! steht ja wohl über den Friedhöfen, auf denen sich die Herren mit Vorliebe begraben lassen. (Heiterkeit.) — Man sollte sich durch die Methode des Herrn Bebel nicht einlassen lassen, wenn er sagt: was Sie auch thun oder lassen, Sie mögen doch nur uns. Alle Parteien mit der Regierung an der Spitze sollten sich gegen die Socialdemokratie zusammenschließen. (Sehr wahr! rechts.) Herr Bebel fragte: was ist denn in Dresden geschehen? Wir haben uns doch nur die Wahrheit gesagt. Wie gratulieren Ihnen, wenn das alles die Wahrheit war. (Heiterkeit rechts.) Der elementare Ausbruch der Raschheit des Herrn Bebel in Dresden beweist uns, daß er die Armee nicht kritisiert, um zu bessern, sondern er will sie dem Volle gegenüber verächtlich machen, um sie für ihren Zweck, ein starkes Werkzeug nach außen und nach innen zu sein, untauglich zu machen. Heute hat er ja sogar das Wort Vaterland gebraucht. (Heiterkeit rechts.) Herr Liebknecht aber hat gesagt: Vaterland in eurem Sinne ist uns ein überwundener Standpunkt. (Rufe bei den Socialdemokraten: In eurem Sinne.) Auf diesem Standpunkt stehen die Herren trotz aller Mauerungen noch heute. Sie halten es nur für zweckmäßig und geschickt, das im Augenblick nicht zu sagen. (Sehr richtig! rechts.) Wenn nächstens ein Mord in der Armee passiert, so wird Herr Bebel die Verantwortung dafür nicht ablehnen können, hat er doch gesagt: Wenn mir ähnliches passierte und ich sterben wollte, so würde ich mir einen mitnehmen. Was Sie es doch, dann ist man Sie wenigstens mit los! (Große Heiterkeit rechts.) Herr Bebel verspottete den Ausbruch des Kriegsministers: die Lieutenants seien die Führer der Nation. Nun, nicht jeder Lieutenant mag eine Blüte der Nation sein, aber die Offiziere der Nation ist die Socialdemokratie. (Sehr gut! und Heiterkeit rechts.) Freilich, die Regierung vermag auch aus dieser Wohlthätigkeit Honig zu saugen. Ich glaube fast, daß Herr Bebel bei seinen unglücklichen Geschichten immer wieder Spahbügel zu dem Dyrer fällt. Sonst würde er nicht immer wieder hineinfallen. Herr Bebel berief sich auf Karl Weibtreu. Ich kenne ein Buch Weibtreu's: „Sedan“ und habe dann kein andres mehr lesen mögen. Das Buch hat mir einen sehr unangenehmen Eindruck gemacht, weil es den Anfein erweckt, als verhöhne es die brave französische Armee. Herr Gradnauer sagte in Bezug auf den Pirnaer Fall, er sei nicht so schamhaft wie der Kriegsminister, der das Ulat aus „Pauk“ nicht citiert hatte. Ja, Herr Gradnauer, das habe ich Ihnen ohne weiteres geglaubt. (Sehr gut! bei den Antifemiten.) Dr. Gradnauer tadelte den Kriegsminister, weil dieser alle Schuld auf die Frau gehäuft habe. Ich gebe zu: der „eine“, der erste Mann mag verantwortlich sein, „das Dugend“ und die „ganze Stadt“ sind es dann nicht mehr in dem Maße. Ich könnte Ihnen das an dem Fall Schettler genau nachweisen. (Sehr gut! bei den Antifemiten.)

Der Luxus ist in der Armee zum Glück noch etwas sporadisch; es ist noch nicht schlimm. Die Uniformänderungen sind hoffentlich bald abgeschlossen. — Redner tritt im weiteren für die Erhöhung der Oberlieutenants-Gehälter nach dem Kommissionsbeschluß ein und fordert eine bessere Fürsorge für die Veteranen.

Die Behauptungen aus der Accabaer-Rede des Herrn Eichhoff (Heiterkeit bei den Antifemiten) kann ich im einzelnen nicht nachprüfen. Hat ihm der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens das Material geliefert? Am liebsten würde ich diese Rede abthun mit den Worten Eugen Richters: Wozu das Geseire? (Große Heiterkeit.) Wie sind mir noch nicht vorgekommen, die an die besondere militärische Begabung der Juden glauben. Im Fall Hauptmann ist gewiß inoffiziell verfahren. Aber verständlich ist es doch, daß man sich nicht gern die Front verderben lassen will. (Große Heiterkeit bei den Antifemiten.) Ich habe in meiner Soldatenzeit einen ganz ausgezeichneten jüdischen Offizier gekannt — es war aber auch der einzige. Die Juden sind viermal weniger dienstfähig als die Deutschen. Herr Eichhoff führte jüdische Ritter des Eisernen

Kreuzes an. Aber vermochte nicht jener Moses hier den Generalobersten von Los Jahre lang in dem Glauben zu erhalten, er, Moses, sei Ritter des Eisernen Kreuzes? Sollte es nicht diese Moses viers geben? (Heiterkeit bei den Antisemiten.) Wogen die Herren Antisemiten und Philosemiten in diesem Hause — Philosemiten giebt nicht (Große Heiterkeit) — sich auch diese Frage vorlegen. In der Stichwahl zu Schwelgern — Schmalkalden forderte der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens zur Unterstützung des Socialdemokraten Hugo auf! Darum weg nicht nur mit den Socialdemokraten, sondern auch mit dem internationalen revolutionären Judentum aus der Armee! (Bravo! Gänckelaffen bei den Antisemiten.)

Kriegsminister v. Einem:

Wenn in dem von Herrn Dabach erwähnten Thorner Fall in der That eine Verhöhnung katholischer Gebräuche stattgefunden haben sollte — ich kenne den Fall nicht —, so wird selbstverständlich Remedur eintreten. Bezüglich der Duelle stehe ich auf dem Standpunkte der allerhöchsten Verordnung vom 1. Januar 1897, und man wird anerkennen müssen, daß die Kriegsverwaltung ernstlich bemüht gewesen ist, die Duelle nach Möglichkeit zu vermeiden. Wenn Herr Bebel den Namen Alenstein nicht genannt hat, so habe ich mich eben geirrt. Ich habe aber den betreffenden Fall in einer socialdemokratischen Zeitung gelesen, und da ist Alenstein genannt. Ich konstatiere aber, daß in keiner der zahlreichen großen Garnisonen im Osten, auch nicht in Posen, ein solcher Fall vorgekommen ist. (Hört! hört! rechts.) Der Erprinz von Sachsen-Weimaring hat weder seinen Abschied bekommen, noch genommen, sondern er ist ernannt worden zum Armeekorps-Inspektor, das habe ich gesagt. Vom kommandierenden General des 7. Armeekorps, General der Kavallerie v. Vissingen habe ich ein Telegramm erhalten, worin er betont, daß der von dem Herrn Abgeordneten Bebel gegen ihn gerichtete Angriff vollkommen grundlos wäre. (Hört! hört! rechts.) Er übersendet mir die Akten über den betreffenden Fall und in all den Aussagen der Stabsordonnanz kommt nicht das geringste von irgend einer Mißhandlung vor. Der Vorwurf ist vielmehr gestiegen, weil er Geld unterschlagen hatte und die Strafe bei der Mißhandlung in die Compagnie fürchtete. Dieser Angriff des Herrn Bebel gegen den General v. Vissingen hat ihn umloher verletzt, als kaum jemand in Wort und Schrift mit solcher Energie den Mißhandlungen entgegentritt, wie er. (Hört! hört! rechts.) Wenn ich es nun schon an sich nicht für schön finde, wenn auf irgend welche Gerichte hin ein Lieutenant oder sonstiger Vorgesetzter einer Mißhandlung beschuldigt wird, so ist es geradezu verwerflich, einen hohen Vorgesetzten der Armee, der ein besonderes Beispiel geben soll, der als Gerichtsherr über Mißhandlungen fungiert, in die Lage zu bringen, derartigen Gerichten unterworfen zu werden. (Sehr richtig! rechts.) Wenn ich von „offen Kamellen“ gesprochen habe, so kam ich davon nichts zurücknehmen. Wenn ich auf den traurigen Fall des Prinzen Arenberg nicht sofort am Sonnabend geantwortet habe, so deshalb, weil mir das von Herrn Gradnauer erwähnte wissenschaftliche Gutachten nicht bekannt war. Prinz Arenberg ist bei seinem Truppenteil eingetreten, ohne daß sein Vorleben in irgend einer Weise bekannt war. Er hat seinen Dienst zunächst ohne Anstand gethan, hat in einer Privatschule in Berlin seine Examina gemacht und ist dann Offizier geworden. Von einem Herrn, der in dem wissenschaftlichen Senat für das dem Gericht zu unterbreitende Gutachten mitgearbeitet hat, habe ich folgendes Schriftstück bekommen: „Wenn man heute das Lebensbild des Prinzen überblickt, dann hat auch der Laie keinen Zweifel, daß man es mit einem psychisch nicht vollwertigen Mann zu thun hat. Wie schwierig aber ist es gewesen, dies Material zu sammeln, denn nun erst wurde man auf den Prinzen und sein ganzes Vorleben aufmerksam. Gewisse Vorurteile der Jugend, die man früher als Jugendstreiche angesehen hatte, wurden erst jetzt als krankhaft gewürdigt. Es bedurfte aber erst des Gesamteindrucks aller Vorurteile, um zu einem hinreichend begründeten Urteil über die geistige Störung des Prinzen zu kommen. Während der Dienstzeit handelte es sich bei dem Prinzen nicht um eine ausgesprochene Geisteskrankheit, sondern um einen Fall, der auf dem Grenzgebiete zwischen geistiger Gesundheit und Krankheit lag. Gerade bei solchen Individuen mocht erst das begangene Verbrechen darauf aufmerksam, wie oft sie schon vorher diese Grenze überschritten haben. — Auch heute ist der Prinz nach dem Gutachten des wissenschaftlichen Senats geistesgeschwächt, nicht ausgesprochen geisteskrank. Wenn man dann noch die verschlimmernden Einflüsse, die in Westafrika auf ihn eingewirkt haben, bedenkt, so kann man sich nicht wundern, warum während seiner Militärdienstzeit niemand seinen krankhaften Charakter richtig erkannt hat. Bröndt doch selbst der erfahrene Psychiater zur richtigen Beurteilung derartiger Individuen monatelange Beobachtungen. Dieses Gutachten ist unter der Mitwirkung des berühmten Professors Jolly verfaßt.“

Solche Schwierigkeiten der Beobachtung hat auch Prof. Sämann in seinem Buche über „Psychosen bei Militärgefangenen“ geschildert. Bei der Verhandlung vor Gericht ohne Ausschluss der Öffentlichkeit hat einer der Offiziere ausgesagt, er habe einen Anfall miterlebt, der ihm beinahe ans Leben gegangen wäre. Dieser Fall, der einem Reserve-Offizier passirt ist, ist nicht zur Kenntnis der Behörden gelangt. Auch wenn also Prinz Arenberg für geeignet gehalten worden ist, in die Schütztruppe einzutreten, so kann daraus der Militärverwaltung kein Vorwurf gemacht werden. Ich muß es zurückweisen, daß dieser Fall symptomatisch, typisch wäre. Jeder von uns bebauert diesen traurigen Fall und Gott gebe, daß nie wieder etwas vorkommt, was so den Offizierstand und das ganze Deutschland zu schädigen im Stande ist. (Bravo! rechts.)

Wit großem Vergnügen habe ich von den Erklärungen des Abg. Gradnauer Kenntnis genommen, die der Abg. Bebel heute in viel bestimmterer Form wiederholt hat: daß im Falle eines Krieges die Socialdemokratie Mann für Mann ihre Schuldigkeit thun werde, um das Vaterland zu verteidigen. Aber ich kann nur sagen: Die Volkshaus hört! ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. (Große Heiterkeit und Beifall rechts, starke Lurche bei den Socialdemokraten.) Denn wie stimmt dieses schöne Wort zu dem, was in der Reichstags-Sitzung vom 9. März 1898 der Abg. Grillenberger gesagt hat: „Wir werden uns eines Tages mit der Frage befassen müssen, ob wir uns im Falle eines Aufstandes oder Krieges weigern sollen zu marschieren; das kann Ihnen noch passieren, und wenn Sie so fortfahren, dürfte die Zeit gar nicht so fern sein.“ Wie stimmt dazu, daß Sie fortgesetzt bemüht sind, bei jeder Gelegenheit den kriegerischen Geist aus dem Volke zu reißen, daß Sie immer predigen, nur das Proletariat sei im Stande, die von den Klassenstaaten heute geführt werden, zu unterdrücken? (Lautes vielfaches Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Sie sagen: Sehr richtig! Aber wie das dazu stimmt, sagen Sie nicht. (Abg. Hoffmann-Verlin: Davon verstehen Sie nichts!) — Sehr richtig! und große Heiterkeit bei den Socialdemokraten. (Lurche rechts.) Wie stimmt das zu der begeisterten Zustimmung des „Vorwärts“, an die französische Socialdemokratie, die sagt: Nein, nein, wir lassen uns nicht in den Krieg hineinziehen, lieber Kustand oder offener Aufstand! (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wie sieht es mit der Empfehlung des Genossen Kautsky, durch große Streiks den Staat allmählich zu desorganisieren? (Abg. Bebel: Wo sieht das?) Das können Sie z. B. in den „Hamburger Nachrichten“ (Stärkisches Gelächter bei den Socialdemokraten) lesen und in einem Buche, das Kautsky geschrieben hat (Abg. Bebel: Rein!), dessen Titel ich nicht kenne. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Wie stimmt das dazu, daß der „Vorwärts“ den Krieg immer un-moralisch nennt? Sie sprachen von gerechten Angriffskriegen, dafür würden Sie immer zu haben sein. Aber wie stimmt dazu, daß Ihr Genosse Liebknecht auf sich genommen hat, dem großen Deutschen Bismarck den Vorwurf zu machen, das deutsche Volk durch eine Täuschung, durch eine gefälschte

Depeche, in den Krieg getrieben zu haben (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten; laute Pfuihufe rechts), den gerechtesten, den jemals die deutsche Nation geführt hat? Wenn ein Krieg kommt, soll dann etwa wieder ein Dresdener Parteitag berufen werden, um zu entscheiden, ob der Krieg gerecht ist oder nicht? (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten. Abg. v. Niepenhausen ruft: Das wäre eine nette Sache! — Heiterkeit.) Während der Zeit sind wir geschlagen, das könnte Ihnen passen. (Anruhe bei den Socialdemokraten.) Also Sie (zu den Socialdemokraten) müssen ganz andre Thesen aufweisen, wenn wir Ihnen glauben sollen. Man kann nicht einerseits das Vaterland diskreditieren (Abg. Bebel: Das diskreditieren Sie!) und sagen: Ihr seid rechtlose Sklaven, und andererseits verlangen, daß die Soldaten ihr Blut und Leben für dies verlästerte Vaterland aufopfern sollen. (Verhöhnung rechts.)

Dr. Gradnauer und Herr Bebel haben anerkannt, daß Disziplin herrschen müsse. Aber wie wollen Sie diese erzeugen? Etwa in der Methode des Dresdener Parteitags? Disziplin kann nur durch Erziehung und Drill erzeugt werden, diese aber müssen begründet sein in der Gerechtigkeit der Sache, der der Soldat dienen soll. Es wurde gesagt, die Armee sei dazu da, den Klassenstaat aufrecht zu erhalten. Wenn wir wirklich eine Prätorianerarmee wären, dann würden wir nicht die Präsenzstärke vermehren und die zweijährige Dienstzeit eingeführt haben. (Sehr richtig! rechts.) Wir brauchen eine große Armee für den Fall, daß es sich einst um die Existenz des Deutschen Reiches handelt. Alles, was Sie (zu den Socialdemokraten) gesagt haben, ist falsch trotz Ihrer Ueberintelligenz. (Große Heiterkeit rechts.) — Es ist auch die Rotwehr wieder empfohlen worden. Wenn ich die Macht hätte, möchte ich wohl einen Truppenteil formieren aus lauter Genossen, auch mit Genossen als Offizieren. (Abg. Bebel ruft: Jamas! Heiterkeit.) Was würde es geben? Gegenseitige Keilerei und Auflehnung, kurz die großartigsten Resultate. (Große Heiterkeit.) Sie (zu den Socialdemokraten) würden zu den drakonischen Maßnahmen übergehen, die es giebt. Uns aber tabeln Sie wegen jeden gerechten Urteils. Die Heidelberger Aufrührer wären in Frankreich zum Tode verurteilt worden. — Herr Dr. Gradnauer sagte, ich möge nicht immer über Königstreue sprechen. Königstreue bewirkt aber keinen Byzantinismus. Ich habe die Pflicht, die Leute auf die Königstreue hinzuweisen, auf die sie nach der Verfassung eingeworfen sind. Was in andern Staaten gilt, kann uns Wurst sein. Der französische Kriegsminister wird natürlich keine Königstreue, sondern demokratische Gesinnung predigen. Wenn da jemand die Königstreue proklamieren wollte, würde er wegen Hochverrats belangt werden. Sie (zu den Socialdemokraten) wollen jedes scharfe Wort, das auf dem Rasemenhof fällt, vor das Kriegsgericht bringen. Wie aber sieht es damit, daß in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung ein Herr einen andern einfach „Vümmel“ nennt, nur weil er nicht seiner Meinung ist? (Sehr gut! rechts.) Ueber das Vaudissinsche Buch habe ich mich absichtlich nicht ausgesprochen. Ich beurteile nach einem solchen Buche nicht den Wert der Armee, sondern den Wert des Verfassers. (Lebhafter Beifall rechts.)

Herr Dr. Gradnauer suchte die Heidelberger Verurtheilten als harmlose Vauern hinzustellen. Der Schlimmste unter ihnen aber war ein überwiegender Socialdemokrat und vielsach wegen Körperverletzung verurtheilt. (Hört! hört! rechts.) Herr Dr. Gradnauer citierte aus „Wilhelm Tell“ das Wort gegen die Thronmacht. Es giebt aber nicht nur eine Thronmacht des Einzelnen, sondern eine Thronmacht der Masse, des Proletariats. Sie (zu den Socialdemokraten) untergraben die Autorität in der Armee. Natürlich: Wer dem Staat den Hals umdrehen will — (Abg. Adolf Hoffmann (Soe.) ruft: Was ist denn der Staat?) Das wissen Sie trotz Ihrer großen Intelligenz nicht? (Große Heiterkeit.) — Der muß den Staat niederreißen. Alle Ihre Wahlflugblätter enthielten den Satz: Nieder mit dem Militarismus! Deshalb kommen Sie nur nicht damit, daß Sie besser wollen. Wollen Sie das wirklich, so thun Sie es ehrlich auf der Grundlage des heutigen Staats! Glauben Sie denn wirklich eine Monarchie, deren einzelne Glieder wie Wackelsteine in der Geschichte dastehen, einfach beiseite schieben zu können durch Majoritätsentschlüsse? Das glauben Sie selber nicht! Seien Sie entweder revolutionär oder manieren Sie sich. (Heiterkeit.) Aber kommen Sie nicht damit, daß Sie uns helfen wollen. Das thun Sie gar nicht, Sie machen die Sache nur schlimmer. (Aushaltender Beifall rechts.)

Bayerischer Generalmajor v. Gubres:

Dr. Gradnauer citierte einen Ausspruch des bairischen Kriegsministers v. Aich, wonach der Kampf gegen Soldatenmißhandlungen erfolglos geblieben sei. Das kann man gewiß aus der Aeußerung des Herrn Ministers herauslesen, und ich will deshalb heute den Herrn Minister gegen sich selbst verteidigen. (Heiterkeit.) Wenn man, nachdem man viel geschafft und geleistet hat, auf sein Lebenswerk zurückblickt, so wird man leicht von einer gewissen Resignation ergriffen. In einem solchen Augenblicke des Pessimismus hat wohl der Kriegsminister jenen Ausdruck gebraucht. Er hatte damit in seiner Weisheit seine eigne Lebensarbeit bedeutend unterschätzt. In Bayern besteht der Kampf gegen die Soldatenmißhandlungen seit Beginn des vorigen Jahrhunderts, als es noch gar keine Socialdemokratie gab. Ein Reglement vom Jahre 1823 sagt: „Wo kein Selbstgefühl ist, da wird Subordination zum slavischen Gehorsam.“ (Lurche bei den Socialdemokraten.) Ich wollte Ihnen nur beweisen, daß wir Sie (zu den Socialdemokraten) nicht notwendig gehabt haben. (Große Heiterkeit.) Seit 1893 ist Herr v. Aich Kriegsminister, und seitdem ist wiederholt von socialdemokratischer Seite im bairischen Landtage, unter andern auch von Herrn v. Bollmar anerkannt worden, daß es besser geworden sei mit den Soldatenmißhandlungen. Dieser Abgeordnete hat wiederholt zugegeben, daß besonders die systematischen Mißhandlungen sich verringert haben. Was nun diese systematischen Qualereien anlangt, so habe ich die Erfahrung gemacht, daß sie fruchtbarsten Reigungen entspringen. Es ist eine dunkle Seite des menschlichen Gemüths, daß sich die Grausamkeit häufig in so fruchtbarer Weise Luft macht. Wer einen großen Krieg mitgemacht hat, kennt den Dämon der Grausamkeit. (Sehr richtig! links.) Ich sage also, der größte Teufel der systematischen Soldatenmißhandler ist abnormal, und ich möchte daraus den Schluß ziehen, daß der Psychiater bei der Einstellung der Rekruten ein größerer Einfluß eingeräumt wird. Also nicht das System, die Verwaltung, die Vorgesetzten sind schuld an den Qualereien, sondern anormale Veranlagung. (Sehr richtig! rechts.) Es ist nun gesagt worden, die Mißhandlungen seien eine Folge der von der Socialdemokratie in die Armee getragenen Agitation. Ich bewerte ja die Intelligenz der Socialdemokraten nicht ganz so hoch, wie sie z. B. Herr Bebel bewertet mag. (Heiterkeit.) aber auch ich bin der Meinung, daß die Partei viel zu schlaue (Lurche: Klug!), wenn Sie wollen, also viel zu klug ist, um offenkundig socialdemokratische, d. h. revolutionäre Propaganda in die Armee zu tragen und mit dem Staate sich jetzt schon in einen Widerspruch zu setzen, den dieser sofort beseitigen würde. Die Socialdemokratie wird von den Befehlen beeinflusst, die Japan bezogen haben, den Krieg mit Rußland nicht schon vor drei Jahren anzufangen. Die Japaner waren damals noch nicht fertig. (Große Heiterkeit.) Aber eine socialdemokratische Agitation macht doch ihren Einfluß auch in der Armee geltend. Ein junger Mensch kommt von der Schule in die Werkstatt. Dort hört er, daß in der Armee das Offiziercorps zur Hälfte aus Idioten, zur Hälfte aus Säurles besteht, daß das Schwertrecht absolut ungenügend ist. (Lurche links: Leider wahr!) Meine Herren! Ich habe Hunderte von Beschwörern in der Hand gehabt und nur in zwei Fällen ist der Schwertbesitzer bestraft worden wegen zweifellos falscher Angaben. Ich habe allerdings auch Fälle gehabt, in denen sich ein Soldat nicht beschwert hat. Und immer ist mir die Antwort geworden: Ja, zu Hause ist mir gesagt worden, wenn ich mich beschwere werde ich erst recht eingesperrt.“ (Heiterkeit.) — In zahlreichen Schmuckstücken wird jetzt das Offiziercorps in niederträchtigster

Weise verleumdet, dieses Offiziercorps, das sein Leben in den letzten Kriegen wie ein Spielzeug in die Schanze geschlagen hat. Man wirft ihm ödes Gemüth vor. Dabei ist die Mehrzahl unserer Offiziere ohne Vermögen, und die Arbeit dauert von früh bis spät. Ein französischer höherer Offizier hat seine Landbesitze gewarnt, diesen Schmuckstücken zu trauen. Sie sollten sich, sagte er seinen Landsleuten, nach diesen Schriften kein Bild über den preussischen Offizier machen. Aber hier im Vaterlande da ist das Recht. Da darf der Offizier ruhig mit allem Kot bedorfen werden. Ich habe hier einen Artikel des „Vorwärts“, der das Buch des Grafen Vaudissin bespricht. Ich muß sagen, etwas Widerwärtigeres an Heuchelei als diesen Artikel habe ich noch niemals in der Hand gehabt. Der Leier, der sich nicht genau informiert, bleibt vollständig im Unklaren, was aus dem Roman entnommen ist, was die Meinung des „Vorwärts“ ist. Der Artikel ist mit großer Geschäftlichkeit und Schlawheit geschrieben, um den Schlingen, die das Strafgesetzbuch zieht, zu entklimpfen. (Sehr richtig! rechts.) Unsere Armee krankt nicht an übermäßigem Luxus der Offiziere, sie krankt nicht an den Mißhandlungen, aber sie krankt an den Verleumdungen und an der socialdemokratischen Agitation. Wir sind eine Volksarmee. Wir verlangen Liebe und Vertrauen, und wenn uns die durch schamlose Agitationen entwendet werden, dann muß die Armee krank werden. Um auf den Ausgangspunkt meiner Rede zurückzuführen, so glaube ich beweisen zu können, daß der bairische Kriegsminister v. Aich in seinem Pessimismus zu weit gegangen ist und daß seine Lebensaufgabe in höherem Maße erfüllt ist, als er selbst glaubt. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Bogt-Hall (wirtschaftl. Bg.) schließt sich den Ausführungen des Abg. v. Liebermann an, daß die Rekruten vom Lande die tüchtigsten Soldaten seien, und verlangt höhere Löhne für die Mannschaften.

Darauf vertagt sich das Haus.

Personlich bemerkt

Abg. Eichhoff (fr. B.): Ich habe nicht, wie Herr Liebermann v. Sonnenberg behauptete, von einer besonderen militärischen Tüchtigkeit unserer jüdischen Wehrbürger gesprochen, sondern nur den Kriegsminister aufgefordert, den Grundfragen religiöser Toleranz auch in Heere Geltung verschaffen. Meine Statistik, deren Richtigkeit Herr v. Liebermann angezweifelt, beruht auf amtlichen und wissenschaftlichen Quellen.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Ant.): Ich habe diese Statistik nicht angezweifelt, sondern nur gesagt, ich könne sie nicht nachprüfen.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluss 6 1/2 Uhr.

Gaulonferenz der Maurer.

Am Sonntag tagte im Gevorkshaus die achte Konferenz für den Gau Berlin des Centralverbandes der Maurer. Das Gebiet des Gaus umfaßt die Provinz Brandenburg einschließlich Berlin sowie Teile der angrenzenden Provinzen. Auf der Konferenz waren 93 Zweigvereine durch 99 Delegierte vertreten. Ferner waren außer dem Vorstand des Gaus Berlin die Vorsitzenden der Gaus Magdeburg und Siedlich sowie der Verbände vorliegende Bismarckburg antwesend. 91 Zweigvereine des Gaus hatten keine Vertreter entsandt.

Da nur alle zwei Jahre eine Gaulonferenz stattfindet, so hat sich die Konferenz unter andern mit der Prüfung der Geschäftsführung der Jahre 1902 und 1903 zu befassen. Die Gaulonferenz hat für jedes der beiden Jahre einen gedruckten Bericht herausgegeben, aus denen wir folgendes anführen: Im Jahre 1902 bestanden im Gau 175 Zweigvereine mit 22 686 Mitgliedern; im Jahre 1903 stieg die Zahl der Zweigvereine auf 184, die der Mitglieder auf 24 657. Im Jahre 1903 wurden 4633 Mitglieder aufgenommen, davon waren 1301 bereits einmal resp. öfter Mitglied des Verbandes, 140 sind gestorben, 226 ausgeschieden, 489 sind ausgetreten und 1184 wurden wegen rückständiger Beiträge gezeichnet, 329 mußten die Mitgliedschaft unterbrechen, weil sie zur Ableistung ihrer Dienstzeit zum Militär eingezogen wurden.

Außer den 24 657 Mitgliedern des Centralverbandes giebt es im Gebiet des Gaus 2849 lokalorganisierte Maurer (Freie Vereinigung), die sich größtenteils auf Berlin (2501), zum kleinen Teil auf die Provinz Brandenburg verteilen. Ferner bestehen in Berlin außerhalb des Verbandes noch einige Organisationen der Pfleienleger und Puffer, die zusammen 520 Mitglieder zählen, sowie ein Verein der Accordmänner, der 100—200 Mitglieder haben soll. Der Christliche Bauhandwerker-Verband ist im Gau durch 16 Vereine mit 1274 Mitgliedern vertreten. Davon entfallen 724 auf die Provinz Posen, 493 auf Berlin.

Ueber die Lohnbewegungen entnehmen wir dem Bericht: Im Jahre 1902 wurden 87 Angriffsbewegungen geführt, welche sich auf ganze Lohnbezirke erstreckten. 17 derselben, woran 1541 Maurer beteiligt waren, wurden durch Entgegenkommen der Unternehmer beendet; in 14 Fällen mit 2316 Beteiligten kam es zum Streik mit ganzem oder teilweisem Erfolg; 6 Streiks mit 1367 Beteiligten gingen verloren. Diese 20 Streiks kosteten 107 753,53 Mk. Ebenfalls angriffsweise wurden 59 einzelne Sperren durchgeführt. Davon wurden 8 mit 690 Beteiligten durch Verhandlungen erledigt, 36 mit 1045 Beteiligten hatten Erfolg, 15 mit 441 Beteiligten gingen verloren. Die Kosten dieser 51 Sperren betragen 13 372,31 Mk. — Zu Abwehrbewegungen kam es in 18 Fällen, davon endeten 4 mit 277 Beteiligten durch Verhandlungen, 12 mit 181 Beteiligten hatten Erfolg, 2 mit 15 Beteiligten gingen verloren. Die Kosten betragen 1097,05 Mk.

Im Jahre 1903 wurden Lohnforderungen in 62 Orten gestellt. Davon wurden erledigt: 36 = 58 Proz. durch Entgegenkommen der Unternehmer, 16 = 25,85 Proz. durch Zurückziehen der Forderungen und 10 = 16,15 Proz. durch Streiks. 45 Forderungen (72,60 Proz.) hatten vollen resp. teilweisen Erfolg. Für 14 150 Kollegen wurde eine Lohnerhöhung und für 421 eine Verkürzung der Arbeitszeit erzielt. Für Berlin sind nur 9000 Maurer als an der Lohnhöhung beteiligt gerechnet worden, da aber in der Zeit der besten Konjunktur 12 000 Maurer in Berlin beschäftigt sein dürften, so würde die Zahl 17 150 statt 14 150 eigentlich richtiger sein. Die Lohnhöhung verteilt sich wie folgt auf die Vereine und beteiligten Kollegen:

in 3 Vereinen 1 Pf. pro Stunde für	195 Kollegen
1	240
1 1/2	677
2	851
2 1/2	488
3	260
4	1107
5	218
6	184
10	184

Am Durchschnitt beträgt die Lohnhöhung 4 1/2 Pf. pro Stunde. Außer den allgemeinen Lohnbewegungen sind im Jahre 1903 noch 46 Bauverträge mit 1175 Vereinen zu verzeichnen. 11 Sperren verliefen ohne Erfolg. In den Lohnbezirken Neuzislich und Rüstensberg besteht zur Zeit eine Aussperrung, von der 203 Kollegen betroffen sind. — In 39 Fällen sind Verträge mit den Unternehmern abgeschlossen worden, und zwar in 35 Fällen für alle im Lohnbezirk arbeitenden Maurer resp. Sektionen, und in vier Fällen mit einzelnen großen Baufirmen. — Ein persönliches Eingreifen des Gauverbandes war infolge der Lohnbewegungen in 258 Fällen erforderlich; Sitzungen, Besprechungen, Konferenzen und Streikversammlungen, Unterhandlungen mit den Unternehmern, Leitung von Streiks und Sperren, Untersuchung von Nachregelungen und Sühnung von Streitigkeiten.

Ueber Agitation und Organisation sagt der Bericht für 1903: Bis auf ein Dutzend kleiner Landstädte sind im Gau (außer Posen) in allen Bezirken Organisationen vorhanden. Es konnte daher in diesem Jahre bei der Agitation das Schwerpunkt auf den Ausbau und die Befestigung der Organisation gelegt werden. — Die Agitation für die Reichs- und Landtagswahl hat uns einige Beschränkung auferlegt. Unsere Kollegen haben sich in recht ansehn-

licher Zahl und viel stärker als früher an dieser Arbeit beteiligt. Über diese Agitation hat auch ihre belebende Kraft auf unsere Bewegung in erfreulicher Weise ausgeübt. In vielen Stellen wurde der Boden aufgelockert und mancher Kollege für unsere Sache empfänglich gemacht. — Im August wurde ein Agitationsflugblatt in einer Auflage von 20 000 Exemplaren in allen Vereinsbezirken verbreitet. Für die Kollegen im Posenischen hat ein Flugblatt in polnischer Sprache Verbreitung gefunden und ist gut aufgenommen worden. — Weiter wird ausgeführt, daß in einer Anzahl kleinerer Orte des Gauses infolge des bekannten Druckes von „oben“ keine Lokale zu Mitgliederbesammlungen zu haben sind, und daß die Bewegung in der Provinz Posen dadurch sehr leide, daß die Bevölkerung infolge der Germanisierungspolitik den Agitatoren des Verbandes mit großem Mißtrauen entgegenkommen, was durch die Geistlichkeit noch besonders gefährdet werde.

Der Kassenbericht weist für das Jahr 1902 eine Einnahme von 21 527,64 M., eine Ausgabe von 15 097,85 M. auf. Im Jahre 1903 wurden (einschließlich des vorjährigen Ueberschusses von 6420,79 M.) 25 049,52 M. eingenommen, 18 257,55 M. ausgegeben. Der Kassenbestand beträgt 11 791,97 M.

Die Verhandlungen der Konferenz begannen damit, daß der Gauvorsitzende Silberschmidt dem gedruckten Vorstandsbericht noch einige mündliche Ergänzungen hinzufügte. Er bemerkte, daß sich die auf der letzten Konferenz ausgesprochene Hoffnung, daß sich die wirtschaftliche Konjunktur bessern werde, erfüllt habe. Das Jahr 1902 brachte reichliche Arbeitslosigkeit wie das vorhergehende Jahr, und das Jahr 1903 war in dieser Hinsicht noch günstiger wie das Jahr 1902. Zu bemerken ist aber, daß der östlich von Berlin gelegene Teil des Gauses eine weniger günstige Geschäftslage zeigt, besonders trifft das zu für die Lausitz und den Westpreussischen Bezirk. Die Agitation während der zweijährigen Geschäftsperiode hatte das Ziel, die bestehenden Organisationen zu seifigen und die noch nicht organisierten Kollegen zu gewinnen. Um das letztere zu erreichen, wurde besonders die Hausagitation betrieben. Der Erfolg dieser Agitation war der, daß in vielen Bezirken sämtliche Kollegen gewonnen wurden, wodurch es möglich war, selbst in kleineren Orten Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen. Ein weiteres Ziel der Agitation war die Stärkung des Klassenbewußtseins unter den Kollegen. In dieser Hinsicht ist der Erfolg hinter den Erwartungen zurückgeblieben, denn es kommen für manche Bezirke Arbeiter in Frage, deren Auffassung bisher vernachlässigt worden ist. Die Zukunft wird auch in dieser Hinsicht bessere Erfolge bringen. — An Lohnbewegungen waren in den beiden Jahren 82 712 Kollegen, das ist der größte Teil derselben, beteiligt. Lohn-erhöhungen erreichten im Jahre 1902 3857, im Jahre 1903 14 130 Kollegen. Im Jahre 1902 endeten 47 Proz., im Jahre 1903 72 Proz. aller Lohnbewegungen mit Erfolg. Diese günstigen Resultate sind nicht nur zurückzuführen auf die gute Konjunktur, sondern auch darauf, daß die Lohnbewegungen mit größter Ruhe und Besonnenheit, die immer mehr unter den Kollegen Platz gegriffen haben, geführt wurden. Das Verhältnis zu den Unternehmern ist ja gerade kein freundschaftliches, aber die Macht der Arbeiterorganisation zwingt die Unternehmer zu einem gewissen Entgegenkommen. — Krieger- und Schützengilden nehmen eine entschiedene feindliche Haltung gegen die Organisation der Maurer ein und schließen die Organisierten aus. — Bei einem kurzen Blick auf den Bauarbeiterstand erwähnte der Redner, daß es in dieser Hinsicht nicht nur in kleinen, sondern auch in größeren Orten oft recht traurig aussehe. — Was den Stand und die Bewegung der Organisation im Gau anlangt, so lasse sich ein wesentlicher Fortschritt auf allen Gebieten feststellen. Die Bewegung befinde sich auf der Bahn gesunder Entwicklung und berechtige zu den besten Hoffnungen für die Zukunft.

Hierauf gab der Kassierer Lehmann einige Erläuterungen zu dem gedruckten vorliegenden Kassenbericht. Daran knüpfte sich eine kurze Diskussion über Einzelheiten der Abrechnung. Zu dem Geschäftsbericht des Vorstandes bemerkte der Verbandsvorsitzende Bömelburg, die Organisation im Gau Berlin habe ganz bedeutende Fortschritte gemacht, was wesentlich auf die Thätigkeit des Gauvorsitzenden zurückzuführen sei, der unter schwierigen Verhältnissen Großes erreicht habe und deshalb volle Anerkennung verdiene. — Nach Schluß der Diskussion wurde den Kassieren 50 M. Managelb zugesprochen und der gesamte Gauvorstand entlassen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung lautete: Agitation. Der Referent Silberschmidt führte hierzu unter anderem aus: Im Gebiet des Gaus arbeiten 38 900 Maurer, davon 5000 in dem Teil der Provinz Posen, welcher zum Gau Berlin gehört. In diesem Teil hat die christliche Organisation einige Fortschritte gemacht, dem Maurerverbande steht jedoch die von der Geistlichkeit beeinflusste Bevölkerung zum großen Teil feindlich gegenüber, woraus sich der bis jetzt noch nicht erhebliche Fortschritt des Verbandes in jenem dunklen Winkel erklärt. Abgesehen von Posen sind im Gebiet des Gaus 33 900 Maurer beschäftigt. In 82 Lohnbezirken mit 24 800 beschäftigten Maurern bestehen einheitliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Das sei der ideale Zustand, der auch für die anderen, den kleineren Teil der Maurer umfassenden Lohnbezirke erstrebt werden müsse. Die Agitation solle sich nun darauf richten, daß die in dem Hauptort jedes Bezirks geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen für den ganzen Bezirk anerkannt werden, daß sie von keiner Seite durchbrochen, namentlich aber nicht herabgesetzt werden. Weiter müsse die Agitation darauf gerichtet sein, daß in den Bezirken, wo noch die 13tägige Arbeitszeit herrscht — es sind deren 16 —, der Zehnstundentag und 35 Pf. Stundenlohn durchgeführt werde. — Be-

sonderes Gewicht legte der Referent darauf, daß Bildung und Aufklärung unter den Kollegen verbreitet werde. Das geistige Niveau der Kollegen müsse gehoben werden, denn das sei die Vorbedingung für den Fortschritt der Organisation und für den Erfolg ihres Wirkens. Der Referent empfahl eine Resolution, welche den Vorständen der Zweigvereine folgende Aufgaben zusetzte:

- 1. Bibliotheken einzurichten, 2. den Mitgliedern in den Versammlungen Vorträge mit belehrenden Thematosen zu halten und 3. wenn irgend möglich, Diskussionsabende zu veranstalten. Wenn wir das Ziel allein nicht erreichen können, empfiehlt es sich, mit den vereinigten Gewerkschaften des Ortes in Verbindung zu treten. Der Zweck soll sein, die Bildung unter den Mitgliedern zu fördern und sie in das Wesen der Arbeiterbewegung tiefer einzuführen.

Es ist dahin zu wirken, daß überall, wo noch länger als zehn Stunden gearbeitet und weniger als 35 Pf. Stundenlohn gezahlt wird, folgende Forderungen erfüllt werden: 1. zehntägige Arbeitszeit; 2. einen Lohn von 35 Pf.; 3. Stundenlohnung; 4. Lohnauszahlung auf der Arbeitsstelle; 5. Kündigungsausschluß; 6. Erziehung von Buben, Aborten und Anbringung von Verbandsplakaten; 7. Ausschaltung und Innehaltung der Unfallversicherungs-Vorschriften; 8. Angemessenes Nachtlohn mit Schlafbetten und Waschlagelegenheit.

In Bezirken mit verschiedenen Lohn- und Arbeitsbedingungen haben die Bezirksvorstände sofort eine kräftige Agitation zu entfalten, damit es in nächster Zeit möglich ist, für alle Maurer bei allen Unternehmern die gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuführen.

Die Konferenz erachtet als Pflicht der Vorstände, daß alle Unfälle, deren Ursachen und Folgen und alle polizeilichen und gerichtlichen Eingänge, sowie Verhaftungen aller Art (Saalabtreiberen) schnell und wahrheitsgetreu dem Gauvorsitzenden berichtet werden, damit dieser sie eventuell agitatorisch verwerten kann. Ebenso sind alle Fragebogen des Gau- und Verbandsvorstandes gewissenhaft auszufüllen und zurückzusenden.

Dem Referat folgte eine längere Diskussion. Gegen die Grundsätze, welche der Referent für die Agitation aufgestellt hatte, wurden keine Einwendungen gemacht. Die Besprechung drehte sich zum großen Teil darum, welcher Zweigverein für diejenigen Mitglieder zuständig ist, deren Wohnort nicht ihr Arbeitsort ist. Ferner wurden örtliche Angelegenheiten zur Sprache gebracht. — Die Resolution des Referenten wurde angenommen, ferner stimmte die Konferenz einem Regulativ zu, welches die Zuständigkeit der Zweigvereine für die außerhalb ihres Wohnortes Arbeitenden regelt, sowie Vorschriften für die Anmeldung zurzeitiger Mitglieder und für die Erfüllung der Verbandspflichten giebt.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung: Lohnbewegung, Streiks und Tarifverträge führte der Referent unter anderem aus: 65 Orte haben bis jetzt Lohnbewegungen für die bevorstehende Bauperiode angemeldet. In 9 Orten mit 800 bis 900 Kollegen sind schon jetzt Verträge für dieses Jahr mit den Unternehmern abgeschlossen und zwar handelt es sich dabei um solche Unternehmer, die bisher nicht mit der Organisation verhandeln wollten. Im vorigen Jahre legten die Reichstags- und Landtagswahlen dem Verband eine gewisse Reserve hinsichtlich der Lohnbewegungen auf. Da dieser Grund für das gegenwärtige Jahr nicht besteht, so werde auch die Lohnbewegung lebhafter werden wie im vergangenen Jahre. Der Gauvorstand habe keine Ursache, hinsichtlich der Lohnbewegungen zu bremsen, wenn er auch darauf halten müsse, daß mit Besinnung und Ueberlegung vorgegangen werde. So weit wie möglich solle versucht werden, bei den Lohnbewegungen auch für die Hilfsarbeiter etwas zu erlangen. Wenn auch der Abschluß von Tarifverträgen erwünscht ist, so brauche man doch nicht unter allen Umständen den Abschluß eines Vertrages erstreben. Im weiteren gab der Redner Anweisungen für das Verhalten der Mitglieder bei der Vorbereitung und Durchführung von Lohnbewegungen. Schließlich bemerkte der Redner noch, es sei besonders notwendig, die oft noch recht niedrigen Löhne in den kleinen Orten aufzubessern, damit der Zuzug aus solchen Orten nach Berlin, der jetzt sehr stark ist, eingeschränkt werde. — Im Anschluß an diese Bemerkung führte Bömelburg aus, der starke Zuzug aus der Provinz nach Berlin habe noch eine andere bedenkliche Folge. Die Unternehmer in der Provinz suchen für die Umwandlung der Maurer dadurch Ersatz zu schaffen, daß sie an deren Stelle Lehrlinge einstellen und Hilfsarbeiter zu Maurern ausbilden. Auf diese Weise seien in kurzer Zeit Tausende von Maurern herangebildet worden. Die Folge davon würde die sein, daß, wenn die gute Konjunktur nachläßt, eine große Arbeitslosigkeit unter den Maurern plözger. Da die Organisation auf die Lehrlingszucht keinen Einfluß habe, so sei es um so notwendiger, die Löhne in den kleinen Provinzorten zu heben, nicht nur um den Zuzug nach Berlin einzuschränken, sondern auch, um den gemeinsamen schmerzlichen Folgen der Lehrlingszucht vorzubeugen. — Die Grundsätze, welche im Referat sowie in der Diskussion hinsichtlich der Lohnbewegungen als maßgebend bezeichnet wurden, sah Silberschmidt dahin zusammen: Es soll möglichst vorsichtig vorgegangen und nicht unter allen Umständen auf Abschluß von Tarifverträgen gesehen werden. Da Streiks in den Frühjahrsmonaten erfahrungsgemäß in der Regel nicht den gewünschten Erfolg haben, so sollen die Streiks in den Sommermonaten durchgeführt werden. Am wirksamsten ist partielles Vorgehen. Streiks, die der Vorstand nicht genehmigt hat, werden nicht unterstützt. Nach Ausbruch eines Streiks haben die ledigen Kollegen den Streikort zu verlassen.

Hierauf nahm die Konferenz ohne Diskussion ein Regulativ an, welches die Normen für die Organisation und Verwaltung des Gaus festsetzt. — Nachdem diese Angelegenheit erledigt war, ging man zur Neuwahl der Gauleitung über. Zunächst wurde ohne Debatte beschloffen, neben dem Gauvorsitzenden noch eine zweite besoldete Kraft anzustellen, dann setzte man die Gehälter für diese beiden Beamten sowie für den gleichfalls besoldeten Vertrauensmann in Posen fest und billigte jedem derselben einen alljährlichen Urlaub von 8 Tagen zu, sowie die Hälfte des Beitrages zur Unterstützungs-Vereinigung. Die Wahl hatte folgendes Ergebnis: Silberschmidt, 1. Vorsitzender; Frisch, 2. Vorsitzender; Otto Lehmann, Kassierer; Wolf, Schriftführer; Buse, Beisitzer. Neuvorsitz: Anton, Rudolf, Lemm.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Nach geschäftlichen Mitteilungen und Schlußbemerkungen von Silberschmidt und Bömelburg, die insbesondere für die Erfüllung der erzieherischen Aufgaben der Organisation eintreten, wurde die Konferenz geschlossen.

Briefkasten der Redaktion.

Brüder! Der Besammlungsbericht wurde nicht aufgenommen, weil er nicht von öffentlichem Interesse enthält. Dürfen Sie bei der Einreichung Ihre Adresse angeben, so wäre Ihnen die Wehmung und der Grund derselben sofort mitgeteilt worden.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 bis 9 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

Fr. 21. Die für die Wehmung von Frau Braun gemachten Schulden müssen Sie bezahlen. Wollen Sie das nicht, so genügt ein Hinweis der Gläubiger darauf nicht. Sie müßten vielmehr das Vorerecht Ihrer Frau durch eine in das Güterrechtsregister einzutragende, gerichtlich oder notariell beglaubigte Erklärung beschränken. Beispiele für solchen Antrag finden Sie Seite 225, Nr. 20 u. 21 des „Arbeiterrecht“ beigefügten Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **Fr. 22.** Es genügt, daß Sie darlegen, der Strafbefehl ist nicht vom Polizeipräsidenten erlassen, ist nicht unterschrieben, nicht beglaubigt, auch nicht in der vorgeschriebenen Art angehängt und deshalb rechtswidrig. — **Fr. 23.** Sind Sie bereits früher verurteilt oder verurteilt, so liegt Verjährung nicht vor. Ist dies nicht der Fall, so würde Ihre im Termin vorzutragende Verjährungseinrede durchgreifen. — **Fr. 24.** 1. und 2. Ja. 3. Nein. — **Fr. 25.** Beschwojen. Wenn nicht vereinbart ist, daß der mit der Zahlung schuldige Mietspieler seinetwegen Rechte an etwaigen Gewinnen haben soll, so steht ihm ein Recht auf den Gewinn, seinen Mietspielern ein Recht auf Nachzahlung zu. — **Fr. 26.** Der verheiratete Sohn ist nur soweit zur Erhaltung oder Unterhaltung seiner hilfsbedürftigen Eltern rechtlich verpflichtet, als der standesgemäße Unterhalt seiner selbst und seiner Familie (Frau und Kinder) zuläßt. In diesem Fall beschreiben Sie deshalb mit Ausschluß auf Erfolg eine Rechtsplett. Klagt die Armenverwaltung mit Erfolg beim Stadtausschuß, so steht Ihnen gegen dessen in der Regel gegen Arbeiter ungünstiges Urteil Berufung beim ordentlichen Gericht zu. — **Tausend. Ja.** — **Kreuzberg 72. Rein.** — **Elisabeth 32.** Liegt die Sachlage so, wie Sie sie schildern, so wird Anklage nicht erhoben, eventuell Freisprechung erfolgen. — **Fr. 27. 219.** Der Vermögensverwalter kann selbst hinausweisen, auch einen Kriminalbeamten, gleichviel, ob er im Dienst sich befindet oder nicht. Uebereins kann angenommen werden, daß ein Kriminalbeamter auch an sogenannten dienstreien Tagen sich im Dienst befindet. — **Fr. 28. 21.** Der von Ihnen erwähnte Umstand wird hinsichtlich von der Baubewertung in Rücksicht gezogen werden. — **Fr. 29. 63.** Sie müssen Ihre Schwägerin um Abschluß des Urteils ersuchen. Das selbige erlangen ist nicht wahrscheinlich. — **Fr. 30. 11.** Ein Kaufvertrag über ein Grundstück ist nur dann gültig, wenn der Vertrag gerichtlich oder notariell geschlossen ist. Die Adressen der Notare finden Sie im zweiten Teile des Adressbuchs. Das Grundbuchamt ist das Amtsgericht (Radenstr. 58-60). — **Fr. 31. 1000. Weihenice.** Sie müssen die Kosten vor dem Termin bezahlen, sonst entstehen etwa noch einmal so viele Kosten für Sie. — **Fr. 32. 10. 1.** Die Sachen Ihrer Frau können wegen einer gegen Sie bestehenden Schuld gepfändet werden. Ihre Frau kann aber mit Erfolg Widerspruch einlegen und die Einleitung der Zwangsversteigerung erwirken. 2. u. 3. Handelt es sich um Elemente für eheliche Kinder oder für die Ehefrau, so ist Lohnbeschlagnahme unbegrenzt zulässig, sonst nur so weit, als der notwendige Unterhalt des Schuldners und die standesgemäße Unterhaltung seiner Familie dadurch nicht verfehrt wird. — **Fr. 33. 20. Rein.** — **Fr. 34. 51. 1.** Die Mutter ist keineswegs verpflichtet, den Erzeuger ihres Kindes von ihrem Pfland in Kenntnis zu setzen. 2. Hat die Mutter in der Empfangsbescheinigung mit mehreren Kindern abgegeben, so bedarf es und das Kind ihr Recht. 3. Dem außerehelichen Vater steht ein Recht auf Herausgabe des Kindes nicht zu. 4. Abrennen von Elementen sind zu zahlen; als solche werden in der Regel 15 bis 25 M. monatlich erachtet. — **Reppen. Erlang. 1. und 2.** Welche Verpflichtung eine Krankenkasse hat, ergibt sich aus deren Statut. Die Statuten sind verschieden. Das Gesetz legt nur die Mindestleistung fest. 3. Die Versicherungsanstalt scheint im Recht zu sein. Ergiebt sich aus ihrem Schreiben, daß ihr Verhalten diesem entspricht, so würde eine nochmalige Vorstellung, eventuell Beschwerde beim Reichs-Versicherungamt, Ausschluß auf Erfolg haben. — **Fr. 35. 1. und 2. Ja.** — **Fr. 36. 21.** In einem Prozeß auf Schadensersatz würden Sie voraussichtlich verurteilt werden; suchen Sie eine Einigung herbeizuführen. — **Fr. 37. 11. 1.** Kinderlosigkeit ist kein Ehehindernisgrund. 2-4. Sie sind berechtigt, wegen Ehebruchs zu klagen. Wird die Ehe wegen des Ehebruchs geschieden, so ist eine Ehe zwischen den Ehepartnern verboten, aber Dispensation von diesem Ehehindernis zulässig. 5. Etwa 60 Mark monatlich. — **Fr. 38. Hartmann.** Die Beschäftigung der geduldeten Wohnung muß zu angemessener Zeit gestattet werden. Als angemessen gilt die im Verträge angegebene Zeit. Kehrt es an einer vertraglichen Vorbestimmung, so hat das Gericht auf Klage einer Partei zu entscheiden, welche Zeit nach den gesamten Umständen als angemessen zu erachten ist. Das Berliner Gericht hat wiederholt entschieden, die Zeit von 9 Uhr vormittags bis 5 oder 6 Uhr abends wochentags und die Zeit von 9 bis 1 oder 2 Uhr des Sonntags sei angemessen. Kann der Mieter nicht ausweisen sein, so ist es seine Sache, für Deckung der Wohnung (durch Uebergabe des Schlüssels an einen Nachbar, den Verwalter, den Vierz) zu sorgen und so den Zutritt zu ermöglichen. Die Beschäftigung muß so oft gestattet werden, bis die Wohnung vermietet ist. — **Fr. 39. 345. 1. Ja. 2. und 3. Rein.**

Dem Schankwirt 2414b
Fritz Schnelder
zu seinem 63-jährigen Weichenfeste
senden die herzlichsten Glückwünsche
Eml. Fr. Horn, Jak. Pa. Rich. Wil.

**Socialdemokratischer
Wahlverein im 3. Berl. Reichstags-
Wahlkreis.**
Den Genossen zur Nachricht,
daß das Mitglied

Johann Rasch
verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, den 9. März, nachmittags
6 Uhr, von der Leichenhalle des
Thomas-Kirchhofes, Hermann-
straße, Rigdort, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Arbeiter-Skatbund
Berlins und Umgegend.**
Am Sonntag, den 8. März, ver-
starb unser Mitglied vom Klub
„Rud“

Johann Rasch.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mitt-
woch, den 9. März, nachmittags 5 Uhr,
von der Halle des alten Thomas-
Kirchhofes (Hermannstraße) aus
statt. 2411b
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Hühner!
Zum Ausfluchen! Jetzt
schickig legend, Brutputz,
Brutleiter empfiehlt
F. Wegner, Berlin, Mariannenstr. 34.

Am Sonnabend, den 5. d. März,
früh 9^{1/2} Uhr, verstarb nach
langem, schwerem Leiden meine
unglückselige Tochter, unsere gute
Schwester, Enkelin, Nichte und
Braut

Bertha Schultze
im Alter von 22 Jahren.
Um stille Beileid bittet im Namen
der trauernden Hinterbliebenen
Frau L. Schultze,
SO., Engel-allee 16.

Die Beerdigung erfolgt am
Dienstag, den 8. d. März, nach-
mittags 3^{1/2} Uhr, vom Kranken-
haus Friedrichshagen aus nach dem
städtischen Central-Friedhof in
Friedrichshagen. 24296

Todes-Anzeige.
Am Sonnabend, den 5. März,
starb im städtischen Krankenhaus
am Friedrichshagen unsere liebe Wit-
tarbeiterin

Bertha Schultze
aus Königsberg.
Wir werden der braven Ge-
winnin, die dem Parteigebiete ein
würdiger treuer Mitarbeiterin war,
ein dankbares Andenken bewahren.
„Vorwärts“
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt
Paul Singer & Co.

6
Mar! □-H., Straßer-
land gratis, v. Centrum
Berlins 2^{1/2} Meile,
Waldsee Lage, prima
Boden, verl. Schulz,
Rigdort, Lennaustr. 12.

**Deutscher
Buchbinder-Verband.**
(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern hiermit zur
Nachricht, daß unser langjähriges
Mitglied, die Kollegin

Bertha Schultze
am 5. d. M. verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
Dienstag, nachmittags 3^{1/2} Uhr,
von der Leichenhalle des Kranken-
hauses Friedrichshagen aus nach
dem Central-Friedhof in Friedrichs-
hagen statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
239 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband.**
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
daß der Kollege, der Tischler

Leopold Siering
am 4. März nach langem Kranken-
lager verstorben ist und am 7. März
zur letzten Ruhe bestattet wurde.
Ehre seinem Andenken!
80/4 Die Ortsverwaltung.

So la. Vor. frei g. Rdn. n. 3^{1/2} M.
2 eckte **Rauch** 50 Brauer u.
maximier. 1 M. Dellar. 1/2 M.
Lachs u. 50 Goldfisch. Scher-
Egg. E. Dogonor, Swinemünde. E. 71.

Statt besonderer Meldung!
Sonnabend, den 5. d. März,
früh 5 Uhr, verstarb nach langen
schweren Leiden unser herzlich guter
Vater, der Restaurateur

Oskar Barbotz
Um stille Beileid bitten
Adelheid Barbotz geb. Däbring,
Elisabeth Barbotz als Tochter.
Die Beerdigung findet Dienstag,
den 8. d. März, nachmittags 4 Uhr,
von der Leichenhalle des alten
Luisen-Kirchhofes, Borgmann-
strasse, aus statt. 24256

**Verein der Zimmerer
Berlins u. Umgegend.**
Todes-Anzeige.
Am Sonnabend, den 5. März,
verstarb unser Mitglied

Heinrich Kaschke,
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 8. März, nach-
mittags 3 Uhr, auf dem Emmaus-
Friedhof in Rigdort statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand. 234/7

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die zahlreichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Vaters, meines guten Vaters,
des Cigarrenfabrikanten
Karl Schindler
sage ich allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, insbesondere den Mit-
gliedern des Wohlvereins sowie den
Sängern des Vereins „Liederkreis“
meinen tiefgefühltesten Dank. 24185
Ww. Klara Schindler nebst Kindern.

6
Mar! □-H., Straßer-
land gratis, v. Centrum
Berlins 2^{1/2} Meile,
Waldsee Lage, prima
Boden, verl. Schulz,
Rigdort, Lennaustr. 12.

Allen Bekannten und Freunden
die traurige Nachricht, daß am
5. März mein lieber Mann, unser
guter Vater, der Schmied

Fritz Puhlmann
plötzlich verstorben ist. 24136
Die Beerdigung findet Dienstag,
den 8. März, um 1^{1/2} Uhr vom
Trauerhause Friedenstraße 106
aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Kranken-Unterstützungs- und
Begräbnis-Verein der Bau- und
gewerbl. Hilfsarbeiter Berl. u. Umg.**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß am 5. d. M. unser lang-
jähriges Mitglied

Hermann Jandrig
verstorben ist. Die Beerdigung
findet am Dienstag, den 8. Februar,
nachmittags 3 Uhr, von der Halle
des Simons-Kirchhofes, Marien-
dorf aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
37/3 Der Vorstand.

Dankagung.
Für die zahlreiche Beteiligung und
Antheilnahme bei der Beerdigung
meines Bruders, des Stukkateurs
Ernst Büttner sage ich hiermit
im Namen der Hinterbliebenen meinen
innigsten Dank. 173/5
Hermann Büttner,
N., Spenerstr. 3.

Wänder - Aktion
Dienstag, den 8. März, 8 Uhr.
24225 Springer, Weidenweg 10.

Dankagung.
Für die überaus zahlreiche Be-
teiligung und vielen Kranzspenden
bei der Beerdigung meines lieben
Vaters, meines guten Vaters, des
Schneidermeisters

Hermann Stabrow
sagen wir allen Freunden, Bekannten
und Parteigenossen, insbesondere dem
Vertreter des Kreises Genossen Fritz
Jandrig für die so herzlich gebenden
Worte am Sarge, dem Central-Wahl-
verein Tellos - Beethoven - Charlotten-
burg, den socialdemokratischen Wahl-
vereinen von Groß-Westen, Königs-
Wusterhausen, Adlershof, der verei-
nigten Jüngern von Königs-Wuster-
hausen sowie dem Nachbarverein „Blau
Lust“ unseren herzlichsten Dank.
Die trauernde Witwe
nebst Kindern.

202/00



Empfehle den Genossen meine
Kranz- und Blumenbinderei
speziell **Vereinskränze**
21625 E. Ebel, Ackerstr. 35.

Künstlich-Zähne
Karl Winzer,
Alexanderstr. 27b I.
Schönendste Behandlung.
Teilzahlung gestattet.

Socialdemokratischer Wahlverein i. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Osten).

Dienstag, den 8. März 1904, abends 8 1/2 Uhr, in der „Königsbank“, Große Frankfurterstraße 117:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Paul Singer. 2. Diskussion. 3. An den Vorstand gelangte Anträge. Gäste haben Zutritt. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet! Um regen Besuch ersucht Der Vorstand.

Socialdemokratischer Verein im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreise.

Dienstag, 8. März, 8 1/2 Uhr abends:

Öffentl. Versammlung bei Leydecker, Sophienstr. 34.

Tages-Ordnung: 1. Aus der Praxis der Arbeiter-Versicherung. Referent: Reichstags-Abgeordneter Genosse Fräsdorf-Dresden. 2. Diskussion. 3. Partei- und Vereins-Angelegenheiten. Gäste erwünscht. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet Der Vorstand.

Central-Verband der Töpfer Deutschlands.

Filiale Berlin. Donnerstag, den 10. März, abends 6 Uhr, in Kellers großem Saal, Kopenstr. 29:

Fortsetzung der General-Versammlung vom 12. Februar.

Tages-Ordnung: 1. Fortsetzung der Debatte über den Jahresbericht. 2. Bericht der Lohn-Kommission über die Verhandlungen betreffend die Reichener Arbeiten. 3. Gewerkschaftliches. 195/6 Um zahlreichen Besuch wird gebeten. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Socialdemokratischer Wahlverein „Rixdorf“.

Mittwoch, den 9. März, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung im Lokal des Herrn Thiel, Bergstr. 151/152.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten A. v. Elm: „Genossenschaften und Socialdemokratie“. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Kreis-General-Versammlung. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes und Fragekasten. 232/8 Um zahlreichen und pünktlichen Besuch bittet Der Vorstand. Gäste, auch Frauen als solche, haben Zutritt.

Arbeiter-Bildungs-Schule Berlin.

Sonntag, den 20. März 1904, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (grosser Saal):

Volklieder-Abend.

Festrede, Gesang (Solis und Duette). Mitwirkende nur erste Kräfte. Eintritt 50 Pf. inkl. Programm und Garderobe. Eröffnung 8 Uhr. 4/10 Beginn 7 Uhr. Billets sind in den Zahlstellen der Schule und an der Kasse zu haben.

Mittwoch, den 9. März, abends 8 1/2 Uhr im Saal I des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15

Vortrag von Dr. Max Alberty:

Sociale Dichtung (Lyrik) mit Recitationen. Gedichte von Freiligrath, Heine, Herwegh, Dehmel, Villancour, Henschel, Otto Krille - Politische Satire: Simplicissimus - Gedichte. 24386 Eintritt frei.

Orts-Krankenkasse für das Tapezierer-Gewerbe.

Freitag, den 11. März 1904, abends 7 1/2 Uhr, findet laut § 50 des Statuts die Delegiertenwahl statt: für die Kassemitglieder, für die Arbeitgeber, im Gewerkschaftshause, welche aus eignen Mitteln Beiträge Engel-Ufer 15, zur Kasse zahlen. Krankenlistenbuch legitimiert resp. bei Fräderich, Alie Jakobstraße 89, Bescheinigung des Arbeitgebers, abends 8 Uhr.

Um pünktliches Erscheinen der Kassemitglieder wird ersucht, da der Saal für 10 Uhr anderweitig vergeben ist. 24128 J. A. Karl Nickisch, Vorsitzender, Berlin N. 54, Weinbergsweg 11.

Partei-Sekretär!

Für die Frankfurter Partei-Organisation wird ein Sekretär gesucht. Derselbe muß mit den Parteiverhältnissen gut vertraut sein, sicheres Organisations-talent besitzen und in schriftlichen Arbeiten durchaus bewandert sein. Offerten mit Gehaltsansprüchen sowie einer Abhandlung über die Aufgaben eines solchen Sekretärs sind unter der Chiffre „Sekretär“ bis zum 20. März cr. an die Expedition der „Volkstimme“, Frankfurt a. M., Großer Hirschgraben 17, zu richten. 44678*

Hâkim- Cigaretten

sind nach dem einstimmigen Urteil aller Sachverständigen die feinsten 2 Pf.-Cigaretten! Höchste Leistung!

Apotheke z. goldenen Adler Alexandrinenstr. 41. Hämorrhoidallikör a Flasche 1 Mark, 7 Flaschen 6 Mark.

Engelhardt
Caramel-
Malz-Bier
pasteurisiert, ganz alkoholar

Vielfach ärztlich empfohlen. Seit vielen Jahren bevorzugt.

Überall käuflich! Preis 10 ca. 1/10 Liter-Flasche Pfennig

Brauerei
Ernst Engelhardt Nachf.
BERLIN N.
Abt. I Chausseestrasse 33
Abt. II Bergstrasse 22

Nach 30 Tagen Probezeit nehmen noch retour. Grosse Neuheit! Gesetlich geschützt! übertrifft alles!!!

Feinste
Concert-Musik

Mandolinette-Harmonika

Künstler-Instrument. Die Vorzüge sind überraschend, die eigenartige Konstruktion, mit Schall-Trompete, ermöglicht es, dem Tone eine wundervolle Wirkung zu geben, der Effekt für die Zuhörer ist verblüffend, reizende Konzertstimmen mit feinstem verwickelten und gravierten Messingbeschlag, jedes Stück in Golddruck-Etui.

Per Stück frei ins Haus gegen Einzahlung von 1,60 Mark (auch Briefmarken), Nachnahme 20 Pf. mehr.

Katalog über Solinger Stahlwaren, Haushaltsartikel, Waffen, Uhren, Gold- und Silberwaren, Bürstenwaren, Schirme, Stöcke, Lederwaren, Rauchtensilien, optische Waren, Spielwaren, Musikwaren, Sensen, viele Neuheiten, versenden an Jedermann umsonst und franco.

Kirberg & Comp., in Foche Solingen.

Aeltestes Fabrikationsgeschäft Solinger Stahlwaren mit Versand direkt an Private!!!

Wiederverkäufern hohe Provision.

Stettin. Filialen Berlin. Von der Bellefleurstr. 98 verzogen

Mass-Anzüge Mass-Paletots

24 und 30 Mark.

Unter Garantie des tadellosten Sitzes bei peinlichst gewissenhafter Anprobe liefere ich von prima Partie-Stoffresten mit guten Zuthaten Anzüge nach Mass zu obigen Preisen.

Indem gewogene Angestellte sich speciell auf mein gutes Renommee stützen, mache ich darauf aufmerksam im Interesse des werten Publikums, sich direkt zu wenden an 42741*

Sonnenschein Herren-Moden
nach Mass
Chausseestr. 54 I - Lindenstr. 95 I.

J. Kurzberg Neue Königstr. 47 I direkt am Alexanderpl. liefert eleg. nach Mass bei nur geringer Teilzahlung. Werkstatt im Hause.

Gänsefedern 60 Pf.
pr. 1/2 Pfund (gebunden zum Reichen). Schlaftefedern, wie sie v. d. Gans fallen, mit allen Daunen M. 1,50, (schwerer) Gänsefedern M. 2,00, bessere Gänsefedern M. 2,50, 3,00, beste Schwäne M. 3,50, russische Daunen M. 3,50, weiße böhm. Daunen M. 5,00, ge- raffene Federn M. 1,50, 2,00, 2,50, Prima geräffelte M. 3,00, 3,50, Versand gegen Nachnahme.

Gustav Lustig, Berlin S., Erste Bettfedernfabrik m. elektr. Vertrieb. Diese Anzeigen sind gesetzlich geschützt.

Grosse Märzfeier

am Sonntag, den 13. März 1904 in L. Kellers Festsälen, Kopenstraße Nr. 29 arrangiert von den Parteigenossen des IV. Kreises (Ost).

Konzert

ausgeführt vom Neuen Berliner Konzert-Orchester unter Leitung des Dirigenten Herrn R. Tietz.

♦♦♦♦ Auftreten der Volksgänger-Gesellschaft Lewandowsky. ♦♦♦♦ Während des Konzerts im kleinen Saale: Nach dem Konzert im grossen Saale: Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach. Anfang des Konzerts 4 Uhr. 214/4* Billet 25 Pf., an der Kasse 30 Pf. Das Komitee.

Vorwärts-Buchhandlung

SW., Lindenstr. 69, Laden.

Beden und Schriften

von Ferdinand Lassalle.

Lassalle, F., Beden und Schriften. Neue Gesamtausgabe. Herausgegeben im Auftrage des Vorstandes der Socialdemokratischen Partei Deutschlands von Ed. Bernstein. Vollständig in 3 Bänden, zusammen: broschiert 10 M., in Leinen gebd. 11,50 M., in Halbfrz. gebd. 14,50 M. Einzelausgaben: Ueber Verfassungsgewesen. - Was nun? - Macht und Recht. -35 M.

Die Wissenschaft und die Arbeiter. Eine Verteidigungsrede. -30 M. Meine Hülfe-Rede, gehalten vor den Geschworenen zu Düsseldorf am 3. Mai 1849 gegen die Anklage, die Bürger zur Bewaffnung gegen die königliche Gewalt aufgereizt zu haben. -40 M.

Arbeiterprogramm. -15 M. Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen. -60 M.

Der Lassalle'sche Kriminalprozeß. II. und III. -50 M. Offenes Antwortschreiben an das Centralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig. Neue Auflage. -20 M.

Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag. Drei Symptome des öffentlichen Geistes. -25 M.

An die Arbeiter Berlins. Eine Ansprache. -20 M. Der Hochverrat-Prozeß wider Ferd. Lassalle. -40 M.

Kleine Aufsätze: -15 M. Die Agitation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und das Versprechen des Königs von Preußen. -25 M.

Herr Balthus-Schulze v. Dellisch über Kapital und Arbeit. 1.- M. Herr Julian Schmidt, der Literarhistoriker. -75 M.

Vorrede zum System der erworbenen Rechte. -20 M. Franz von Sickingen. 2.- M.

Vollständige Jahrgänge

diverser Zeitschriften verleiht billigt 38922*

Journal-Lesezirkel

German, SW., Solmsstr. 41. Abonnement 20 Pfennig an pro Woche. - Vorkauf gratis.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4.

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme am Seebinsee.

(Endstation der „Starn“-Dampfer). Hermann Peter. Telefon: Grünau No. 39. Empfehle mein allbekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampfheizung, Regalbahnen, große Kaffeeküche. Salz, Pallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake. Specialität: Nordhäuser Kautabak

stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 3958L* Amt 4, 3014.

Echte Patzenhofer Biere

Patzenhofer Hell } 30 Fl. { 1/4 T. M. 3.00
Patzenhofer Marone } 3 M. { 1/4 T. M. 3.25
Patzenhofer Dunkel } 1/4 T. M. 3.50
Patzenhofer Crystal 28 Fl. 3 M. 1/4 HI. M. 3.00

Gefällige Bestellungen an Patzenhofer Brauerei

NO. Landsberger Allee 24/27 Telefon VII, 2000 u. 6055, NW. Strom-Strasse 11/16 Telefon II, 127 und 676.

Schutzmarke. Planf. pro Flasche 10 Pf.

Jede Uhr zu reinigen kostet bei mir unter Garantie nur 1,50 Mk., außer Druck. Kleine Reparaturen billiger. Trauringe in jedem Gold und Doublet zu billigsten Tagespreisen in jeder Preislage und Nummern stets am Lager. Grobes Ketten-Lager zu allen Preisen. 38992*

Emil Rothert, Uhrmacher und Goldarbeiter,

Andreas-Strasse 62. - Frankfurter Allee 114.

Allgemeiner Heimarbeiterschutz-Kongress.

Berlin, 7. März 1904.

Die Präsenzliste des Kongresses weist 177 Teilnehmer auf. Als Gäste sind außer den schon früher gemeldeten Herren und Damen anwesend der Regierungs- und Gewerberat Hartmann, Berlin, die Gewerbe-Inspektoren Dr. Fischer, Berlin, v. Gizycki, Berlin, die Gewerbe-Referendare Lampe und Dr. Westphal, sowie die Gewerbe-Inspektions-Assistentinnen Fräulein Conradi, Fräulein Kummerl, ebenfalls aus Berlin; ferner der Decernent beim Berliner Polizeipräsidium, Regierungsrat Dr. Schmölbers, sowie der Magistratsrat Dr. v. Schulz, der Bürger-Deputierte Dr. A. Levy, Berlin, Prof. Dr. Albrecht, Geschäftsführer der Centralstelle für Arbeiterwohlfahrtsbestrebungen, Gemeldet sind ferner die Damen Fräulein v. Bernhaupt, de la Croix, Helene Simon aus Berlin und die Herren Lehrer Agahd-Nigbor, Assessor v. Rattke, Berlin, Prof. Dr. Schering-Wilmersdorf, Dr. Wagner, Berlin.

Unter den Delegierten befinden sich der Arbeitersekretär Greulich, Zürich, die Reichstags-Abgeordneten Reichhaus, Vöck, Dr. Heinrich Braun, v. Elm, ferner die Vertrauenspersonen der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands, Fräulein Paader, weiter Frau Zettin, Frau Jhrer, Frau Dr. Marie Hoffmann, Frau Elly Braun, Frau Rich-Gamburg, Professor Sombart, Prof. Franke und viele andre in der Arbeiterbewegung und für Arbeiterschutz-Gesetze wirkende Personen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist vollzählig vertreten; der Vorsitzende derselben, Reichstags-Abgeordneter Legien eröffnet um 1/10 Uhr die Verhandlungen mit folgender Ansprache:

Umfang und Art der Zusammensetzung dieses Kongresses zeigt, daß es sich hier um eine Angelegenheit handelt, die nicht bloß die Arbeiterklasse interessiert, die unter der Heimarbeit allerdings am meisten leidet, sondern auch die große Masse der Bevölkerung als Konsumenten der Produkte der Heimarbeit, weil dieser Betrieb eine beständige Gefahr für das konsumierende Publikum ist. Wir haben uns deshalb nicht darauf beschränkt, die Vertreter der Arbeiterschaft zu laden, sondern auch die Vertreter der Behörden: das Reichsamt des Innern und das Gewerbe-Inspektorat. Eine große Zahl der Gewerbe-Inspektoren ist unserer Einladung gefolgt. Anders leider hat es die Regierung gehalten. Das Reichsamt des Innern, gezeichnet Pofadowy, teilte uns heute früh mit, daß es leider nicht in der Lage sei, einen Vertreter zu diesem Kongress entsenden zu können. (Beifolgendes hört! hört!) Offen gesagt, berührt uns diese Ablehnung nicht zu tief. Allmählich ist durch die vielfache Ablehnung unserer Einladungen ein gewisses Gefühl der Gleichgültigkeit in uns entstanden. (Sehr gut!) Wir hätten eine gewisse Bemühtung darüber empfunden, wenn das Reichsamt des Innern, eine Auslandsregierung, wie es angeklagt war, einen Vertreter zu diesem Kongress entsandt und damit ein größeres Interesse an unseren Verhandlungen und Bestrebungen bekundet hätte, als die Inlandsregierung. Diese Bemühtung ist uns leider nicht geworden. Heute früh erhielten wir die Mitteilung, daß auch das Reichsamt des Handelsministeriums von einer Delegation leider absehen müsse.

Ich habe weiter zu konstatieren, daß uns aus bestimmten Kreisen der Arbeiter selbst, von denen wir eine Delegation erhofften, eine Absage geworden ist. Von den fünf Dunderischen Gewerkschaften ist nur eine Delegation anwesend, die der vorgeführten Gruppe des rheinisch-westfälischen Ausbreitungsverbandes. Die christlichen Organisationen aber haben eine direkt ablehnende Haltung dem Kongress gegenüber eingenommen. Sie haben erklärt, deshalb nicht teilnehmen zu können, weil es ein sozialdemokratischer Kongress sei. (Hört! hört!) Am anderen ist man auf dieser Seite ja niemals verlegen. Selbst wenn es so wäre, so hätte eine Organisationsgruppe, wenn sie ernstlich die Interessen der Arbeiter vertreten will, nicht das Recht, sich fernzuhalten. Es ist gerade so, als wenn ich einem Ertrinkenden deshalb nicht die Hand reichen will, weil vorher ein Sozialdemokrat seine Hand berührt hat! (Lebhafte Zustimmung.) Man hat das Fernbleiben auch damit erklärt, daß die christlichen Organisationen nicht direkt eingeladen worden seien. Das offizielle Organ dieser Gruppe, die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ hat geschrieben: Erst in letzter Stunde habe man sich veranlaßt gesehen, einige bürgerliche Sozialpolitiker einzuladen, um das Deforum zu wahren! Ich kann erklären, daß diese Verhöhnung erfolgt ist. An die gesamte Arbeiterschaft ist ein Aufruf gerichtet worden, und die Christlichen rechnen sich hoffentlich auch noch zur Arbeiterschaft. Direkt eingeladen sind folgende Organisationsgruppen: der Verein für Sozialpolitik und die Gesellschaft für Sozialreform; der Verband der Orts-Krankenkassen Deutschlands, die Freien Hilfskassen und die Centrale für das Krankenkassenwesen Deutschlands. Die Ablehnung der christlichen Gewerkschaften zeigt, daß sie nicht gemeinsam mit der Arbeiterschaft arbeiten wollen, daß sie wieder abseits stehen, um die Kräfte, die gegen die Heimarbeit mobilisiert werden sollen, auch neue zu zersplittern. Hier haben Politik und Religion auszuscheiden, hier heißt es, gemeinsam arbeiten, um das, was zum Schutz der Heimarbeit notwendig ist, zu erreichen. (Bravo!)

Redner verweist zum Schluß auf die Ausstellungen von Produkten der Heimarbeit im Lebenslaube, die mit dem Kongress verbunden ist. Wir sehen hier, daß z. B. in der Industrie künstlicher Blumen eine Arbeiterin 5 bis 6, ferner 3 bis 4 Stundenlohn erreicht. Wir hoffen, daß die Feststellung solcher Thatfachen am wirksamsten gegen die Heimarbeit sprechen wird.

Wir werden jedenfalls noch eine ganze Reihe gleicher Veranstaltungen folgen lassen müssen, um die Gesetzgebungsmaschine in Bewegung zu setzen. (Lebhafte Beifall.)

Nach dieser einleitenden Ansprache ergriff Reichstags-Abgeordneter Dr. Franke als Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission das Wort zu einer kurzen Begrüßung des Kongresses.

Kurtzweiliger wird zur Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten geschritten. Die Mandate werden ohne Prüfung durch eine Kommission für gültig erklärt. Zur Leitung der Verhandlungen werden als Vorsitzende mit gleichen Rechten Legien, Prof. Dr. Franke und Dr. Eichmann (Vorsitzender des Verbandes der Tabakarbeiter) gewählt, zu Schriftführern die Herren Simon, Weiser, Sandler, die Damen Frau Rich, Fräulein Lüders, Fräulein Aitmann.

Nach Annahme der vorgeschlagenen Geschäftsordnung mit der Abänderung, daß abends bis 6 Uhr getagt wird, erhält das Wort Raming-Berlin zu einem Referat über: „Die soziale Lage und Notwendigkeit des gesetzlichen Schutzes der Heimarbeit und Arbeiterinnen“. Gebiete Auswärtige! Bis Anfang der 80er Jahre stellte sich die Wissenschaft und Industrie der Hausarbeit freundlich gegenüber, weil ihre Aufrechterhaltung den Familienzusammenhang erhalte. Der erste, der auf die Mißstände aufmerksam machte, war Dr. Sag, 1882-84, ihm folgte Dr. Quard.

Der wirkliche Umfang der Hausindustrie ist schwer anzugeben, weil eine ganze Anzahl in ihr tätiger Personen nicht statistisch zu fassen ist. Die Verkaufszahl vom 14. Juni 1895 ermittelt 457 984 Personen, die nach den Angaben der Hausindustriellen in der Heimarbeit tätig waren. Diese Zahl aber ist zu niedrig. Wie unzulänglich die Statistik ist, weiß Redner an einigen Beispielen nach.

In einer ganzen Anzahl von Industrien ist die Heimarbeit die vorherrschende Betriebsform. 1895 kamen auf je 100 von der Betriebszählung ermittelten Personen folgende Zahlen auf die Hausarbeiter: in der Handschuhmacherei 23,3; Verfertigung von Leder- und Spielwaren 25,0; desgl. von Holzspielwaren 28,2; Seidenweberei 33,3; Verfertigung von Strawatten und Hofentwürfen

33,7; Puppenverfertigung 34,3; Striderei, Wägerei 34,4; Gummi- und Haarflechterei 34,7; Spinnerei ohne Stoffangabe 35,4; Verfertigung von Harmonikas 38,0; Faszamentenfabrikation 38,6; Leinenweberei 38,8; Papiermacherei 38,9; Häferei, Seiderei 40,2; Glasblätereier 41,0; Wäscherei, Fleischeri 47,8; Spitzen-, Weißzeugstickerei 49,5; Seidenmacherei 52,9; Verfertigung von Spielwaren aus Papiermasse 53,5 und Seidenhaspelerei 58,2.

Es wird vielfach behauptet, die Heimarbeit könne auf die Dauer nicht mit der Fabrik konkurrieren und würde deshalb von selbst absterben. Das ist aber nicht der Fall. In gewissen Industrien können wir vielmehr eine Rückbildung von der Fabrikarbeit zur Heimarbeit konstatieren. Folgende Branchen weisen von 1882-1895 eine Zunahme der Heimarbeit auf:

Die Kleider- und Wäschefabrikation (+ 30 100), die Tischlerei und Porzellanfäbrication (+ 9838), die Schuhmacherei (+ 7765), die Tabakindustrie (+ 6949), die Korbmacherei (+ 6007), die Spitzen- und Weißzeugstickerei (+ 5560) und die Wollweberei (+ 4072).

Eine Abnahme weisen nur die verschiedenen Zweige der Textilindustrie auf: hier produziert die moderne Technik billiger, als die billige Heimarbeit.

In Deutschland kommen auf je 1000 Fabrikarbeiter 82,9 Heimarbeiter: in Sachsen aber 263,8 Heimarbeiter.

103 516 Frauen, davon 88 912 verheiratete, waren im Hauptberuf hausindustriell tätig; ihre Zahl ist beständig gewachsen. Auch die Kinderbeschäftigung nimmt zu; ihre Hauptstätte liegen in Sachsen-Meiningen, Sachsen-Koburg-Gotha.

Die Vorteile der Heimarbeit für den Unternehmer bestehen:

- 1. in der Abwälzung seiner Ausgaben auf den Arbeiter, durch die Ersparnis der Aufkosten für Miete, Heizung und Beleuchtung;
2. in der einfacheren Technik, der Verwendung von wenigen nicht kostspieligen Maschinen;
3. in der Heranziehung der Arbeitskraft von Frauen und Kindern, die die Heimarbeit als Neben- und Zülarbeit betrachten;
4. in der leichten Transportfähigkeit der Rohstoffe und Erzeugnisse;
5. in der Umgehung der den Unternehmern durch die Arbeiterschutzgesetzgebung auferlegten Pflichten.

Redner geht nun dazu über, besonders trasse Fälle von Ausbeutung in der Heimarbeit mitzuteilen. Für das Pressen von 1000 Haarnadeln werden 6 Pf. gezahlt; 7-8000 Nadeln sind die höchste Leistung täglich. Die Nadelmacher erhalten 30-40 Pf. pro Gros; 30 Gros in der Woche lassen sich herstellen. Die Drahtflechter an der Esel verdienen bei 14-16 stündiger Arbeitszeit 1 Mark pro Tag. Dieser Industriezweig ist im Aufstehen begriffen; aber es ist ein sehr langwieriger Lebenskampf. Trostlos ist die Lage der Schwarzwälder Uhrenarbeiter, trotzdem die der Kleinrentner in Schmalkalden. Unglaublich niedrig sind die Löhne in der Ruhrer Eisenindustrie. Jeder Kaufmann dort hält es für selbstverständlich, daß das Holz zu den Pfeifen gestohlen wird. (Hört! hört!) In der Korbmacherei dominiert die Hausindustrie. Die Zustände sind so schlimm, daß selbst der Korbmacherinnungstag in Frankfurt a. O. eine Resolution gegen die Heimarbeit angenommen hat. In der Spielwarenindustrie in Pforta und Nürnberg sind 500 Frauen mit Jammersalzen beschäftigt. Für das Hundert feingebaltener Figuren werden 14-16 Pf. bezahlt. Bei zwölfstündiger Arbeitszeit verdienen die Frauen wöchentlich 5 Mark, wovon für Del, Rad und Pinzel noch 65 Pf. abgehen. Es bleibt ihnen ein Stundenlohn von 7 Pf. In der Spielwarenindustrie im Erzgebirge verdient eine fünfköpfige Familie wöchentlich 14 M., wovon 4 M. an Auslagen abgehen. Für die Herstellung kleiner Tiere, des sogenannten Glendwies werden 15 Pf. pro Schock bezahlt; 100 Schock sind wöchentlich herzustellen; die Auslagen betragen 10 M., so daß 5 M. Verdienst bleiben. Bei der Herstellung von 30 Schock Pappelmänner a 30 Pf. kommt eine Familie auf 8 M. Wochenverdienst. Eine Näherin von Puppenstüchern verdient nach Ausweis ihres Lohnbuches wöchentlich: 60 Pf., 1,24, 1,71, 2,20, 2,33, 2,40, 2,44, 2,79, 2,90, 3,02 usw. bis 8 M. pro Woche. In 26 Wochen verdient sie durchschnittlich 3,33 Pf., wovon noch die Auslagen für Nähfaden abgehen.

In der Spielwarenindustrie hat die Kinderbeschäftigung einen besonders hohen Grad erreicht. So sind im Sonneberger Bezirk 47 Proz. aller Kinder in der Hausindustrie tätig. Es ist sehr zweifelhaft, ob das neue Kinderschutzgesetz die Kinderarbeit hier wesentlich einschränken wird. Nicht doch jede amtliche Kontrollinstanz! (Sehr richtig.) In der Saison ist die Arbeitszeit für Kinder nicht gering; an einem Orte betrug sie sogar über 50 Stunden wöchentlich.

Redner schildert die Wohnungsverhältnisse der Thüringer Spielwarenindustrie nach dem Bunde von Stilla und ebenso die Gesundheitsverhältnisse. Er schildert dann weiter die Heimarbeit in der Porzellanindustrie, in der Berliner Leder- und Galanteriewaren-Industrie, in der Löhner Kartonnagefabrikation und in der Tabakindustrie. In der letzteren waren nach Dr. Jaffé 1882 8394, 1893 aber 15 457 Personen darunter 6092 Frauen tätig. Diese Zahlen sind aber viel zu niedrig. Reines Weibens sind 24 000 Personen in der Tabakindustrie hausindustriell beschäftigt. (Auf: Viel mehr!) Mit dem Entrippen und Aufenden des Tabaks werden schulpflichtige Kinder beschäftigt, die 1-1,20 M. wöchentlich bei 4-8 stündiger Arbeitszeit verdienen. In Herford-Minden-Lübbecke sind 5399 Kinder in der Cigarettenfabrikation beschäftigt. Redner weist nach, wie die Verlegung der Fabrikation von Bremen und Hamburg nach dem Harz und Westfalen die Löhne gedrückt hat.

Recht traurig liegen die Verhältnisse auch in der Textilindustrie. Im Tannus werden Kinder bei einem Stundenlohn von 2 Pfennig beschäftigt, die Beschäftigung von Schulkindern übersteigt die Zahl von 60 Proz.

Die sächsischen Textilindustriellen stellen geradezu die Behauptung auf, daß das Verbot der Arbeit von Kindern unter 10 Jahren bedeute, daß man die Wurzeln der Industrie angreife. (Hört, hört!) Wenn das heißt, die Wurzeln der Industrie angreifen, so bin ich der Meinung, daß diese Wurzeln so bald als möglich ausgerottet werden müssen. (Sehr richtig!)

Die statistischen Erhebungen im Erzgebirge haben ergeben, daß Kinder bis zu 60 Stunden wöchentlich beschäftigt werden.

Die Pufffedern- und Blumenindustrie hat sich nach dem deutsch-französischen Kriege in Deutschland bedeutend ausgedehnt, in Fabriken sind 19 000 Arbeiterinnen und ca. 1000 Arbeiter beschäftigt, wozu noch 20 000-25 000 hausindustriell Tätige kommen. In Berlin allein bestehen 100 Fabriken dieses Industriezweiges, worin 2000 Personen beschäftigt sind.

Im Tannus werden für ein Paar mit Fierat verfehene zweiköpfige Handschuhe 12 Pf. gezahlt; bei 14 stündiger Arbeitszeit verdienen die Arbeiterinnen 90 Pf. bis 1 M. Außerdem müssen sie pro Woche 3 M. für die Benutzung der Nähmaschinen bezahlen, so daß kaum ein Verdienst von 5-7 M. pro Woche bleibt.

Zur Konfektionsindustrie übergehend, betont der Redner, daß das größte Elend hier überhaupt noch nicht ans Tageslicht gekehrt sei; denn bei allen Untersuchungen sind die unter den schlimmsten Verhältnissen Arbeitenden gar nicht befragt worden. In Berlin wurden unter 92 Arbeiterinnen 88 mit weniger als 10 M. Wochenverdienst ermittelt, einige davon verdienten 3 bis 4 M., selbst 1 M. Wochenlohn kommt vor. Die Arbeits- und Wohnräume sind hierbei natürlich die jammervollsten, wofür der Redner schlagende Einzelheiten anführt. Eng verdrängt damit ist der elende Gesundheitszustand, der zu schweren Krankheiten führt. Anstehende Krankheiten aller Art, Diphtheritis, Scharlach, sind häufig und können durch die hier gefertigten Waren leicht verschleppt werden. Innerhalb zwei Jahren sind nach dem Bericht des Berliner Fabrikinspektors in 3048 Heimarbeitbetrieben 98 Fälle von anstehenden Krankheiten konstatiert worden.

Aber nicht nur in Privatbetrieben, auch vom Reich, Staat und von den Gemeinden werden an die Heimarbeiter eben so niedrige Löhne

gezahlt. (Sehr richtig.) Bei den Sattlern, bei den Schneidern für Uniformen sind die Verhältnisse trostlos. In der Uniformlieferungs-Schneiderei haben einige wenige Firmen ein wahres Monopol, wodurch die Arbeiter in die tiefste Abhängigkeit geraten sind. Die Firma E. D. Sachs in Berlin z. B. schreibt den Arbeitern folgenden Vertrag vor:

Hierdurch verpflichte ich mich, die von der Firma mir zur Anfertigung übergebenen Stücke genau nach empfangener Anweisung anzufertigen und im sauberen Zustande abzuliefern. Ich unterwerfe mich von vornherein noch dem Urteil von zwei Zwischenrichtern, nicht sauber und vorchriftsmäßig angefertigte Stücke auf meine Kosten verändern zu lassen und verzichte darauf, den Klageweg vor Gericht zu beschreiten. (Hört! hört!) Ferner verpflichte ich mich, etwaigen Schäden sofort auf eigene Kosten zu ersetzen und die mir übertragenen Arbeit stets zu dem mir angegebenen Termin abzuliefern. Bei nicht pünktlicher Ablieferung hat die Firma das Recht, die noch bei mir befindlichen Sachen ohne Entschädigung zurück zu verlangen.

Dieser skandalöse Vertrag ist den Ministern bekannt (Hört! hört!), sie thun aber nichts zu seiner Beseitigung. Was sollen die Gewerkschaften sich da an die Ministerien wenden, durch den Druck der öffentlichen Meinung wollen wir die Beseitigung dieser elenden Zustände erreichen, die viel schlimmer sind, als die Sklaverei des Altertums und die Leibeigenschaft des Mittelalters. (Sehr richtig.) Die Postverwaltung, die Militärverwaltung dulden ruhig die Herstellung der Uniformen in der Heimarbeit zu Löwen, die in nichts sich über die von den privaten Konfektionären gezahlten erheben, und zwar in gleicher Weise in Preußen, wie in Bayern. Das preussische Kriegsministerium läßt Sachen zu wahren Hungerlöhnen anfertigen. Seit einigen Jahren ist man bestrebt, die Defonomie-Verhältnisse aufzuheben und alles der Hausindustrie zu überlassen. Das Kriegsministerium kümmert sich nicht weiter darum, unter welchen Umständen diese Arbeiten angefertigt werden, so daß sich in der Militär-Uniform-Schneiderei wahrhaft trostlose Zustände herausgebildet haben. Es werden Arbeitslöhne gezahlt, die teilweise sogar hinter denen in der Privatindustrie zurückbleiben.

Schon vor zehn und fünfzehn Jahren meinten wir, daß die Verhältnisse nicht schlimmer werden könnten; trotzdem sind die Löhne beständig gesunken.

Aus eigener Kraft, durch wirtschaftlichen Kampf, können die Hausarbeiter sich nicht erheben. Zunächst sind die Arbeiter hier isoliert; sie leben in dummer und stumpfer Einsamkeit dahin und kümmern sich um nichts. Dazu kommt, daß hier besonders schändliche Arbeiter beschäftigt sind, die von Natur mutloser sind, als die Fabrikarbeiter. Dazu kommt die Schmutzkonkurrenz der zahlreichen Gelegenheitsarbeiterinnen aus bürgerlichen Kreisen, die sich ein Pfüttergeld verdienen wollen. Weiter sind aus den rückständigsten Gegenden zugewanderte Arbeiter vielfach in der Hausindustrie tätig.

Aus allen diesen Gründen können die Arbeiter sich nicht selbst helfen, sondern die Gesetzgebung muß einschreiten. Das Ausland hat uns hierin längst beschämt. In der Schweiz finden wir schon 1894 und 1897 Schutzgesetze für die Heimarbeiter, z. B. den elfstündigen Maximalarbeitszeit. Das englische Fabrikgesetz enthält in der Novelle von 1891 Bestimmungen zum Schutze der Heimarbeiter. Ebenso sind in Amerika Schutzbestimmungen vorhanden. Am weitesten vorgeschritten in Bezug auf gesetzlichen Schutz der Heimarbeiter sind die australischen Kolonien; hier sind bei Regierungsarbeiten gemeinschaftlich organisierte Arbeiter vorzuziehen. (Hört! hört!) Bei uns in Deutschland werden sie geradezu ausgeschlossen. Die Heimarbeit ist dem auch in Australien beträchtlich eingeschränkt, die Löhne sind erheblich gesunken, was der Arbeitsminister dort als einen Erfolg bezeichnet, worauf er stolz ist. (Sehr richtig! und Hört! hört!)

In Deutschland finden wir nur die Bestimmungen des Bundesrats von 1888 und 1893 für die Tabakindustrie, jedoch blieben sie ohne Wirkung, weil die Kontrolle fehlt; dazu kommt die Invaliden-Versicherung für die Arbeiter der Tabak- und Textilindustrie. Schutzbestimmungen für die Konfektion, und das Verbot von Kinderarbeit, wo „im Großen“ gearbeitet wird, eine Bestimmung, welche die Durchführung vollständig bereitet. (Sehr richtig.) Dazu tritt noch die bundesrätliche Bestimmung von 1902, welche Lohnbücher in der Konfektion verlangt; die Unternehmer setzen dem starren Widerstand entgegen.

Ferner darf die Krankenversicherung durch Ortsstatut auf die Hausindustrie ausgedehnt werden, was aber erst in 17 bis 20 Fällen geschehen ist.

Alle diese Bestimmungen sind ungenügend; sie treffen das Uebel nicht an der Wurzel.

Die Hausindustrie zerstört das Familienleben, durch die billigen Löhne richtet sie Mann, Frau und Kind körperlich und geistig zu Grunde, sie bildet einen Herd infektiöser Krankheiten, die dem Arbeiter und dem Publikum gleich schädlich sind, sie bietet dem Unternehmer die Gelegenheit, sich über alle Arbeiterschutz-Gesetze hinwegzusetzen, und hemmt dadurch die Gesetzgebung.

Angeichts dieser Zustände legen wir Ihnen folgende Resolution vor:

In der modernen Produktionsweise ist die Hausindustrie eine Betriebsform, die durch niedrige Löhne und lange Arbeitszeit für die Arbeiter und Arbeiterinnen die schwersten Schäden in wirtschaftlicher und physischer Beziehung zur Folge hat und den Unternehmern die Umgehung der Arbeiterschutz- und Versicherungs-Gesetze ermöglicht. Sie ist infolge ihrer ungesunden Arbeitsstätten ein Herd infektiöser Krankheiten, sowohl für die Produzenten, als auch für die Konsumenten; mithin eine Gefahr für das gesamte Volkwohl. Angesichts dieser Volksgefahr ist es Aufgabe der Gesetzgebung, durch geeignete Maßnahmen auf die wirtschaftliche Hebung der Lage der Heimarbeiter und Arbeiterinnen hinzuwirken und diese sowie das Gesamtpublikum vor den gesundheitsschädlichen Gefahren dieser Betriebsform zu schützen und ihre allmähliche Einschränkung und Auflösung herbeizuführen. Der am 7. bis 9. März 1904 im Gewerkschaftshaus zu Berlin tagende erste Heimarbeiterschutz-Kongress fordert deshalb die unverzügliche Schaffung eines Heimarbeiterschutz-Gesetzes und zwar auf folgender Grundlage:

- 1. Strenge Vorschriften über die Einrichtung und Beschaffenheit der Arbeitsstätten in der Hausindustrie, insbesondere dahingehend, daß dieselben hell, trocken, heizbar und leicht zu lüften sind und weder zum Wohnen, noch zum Schlafen oder Kochen benutzt werden dürfen.
2. Verbot der Heimarbeit in Wohnungen und Arbeitsstätten, in welchen sich Personen aufhalten, die mit ansteckenden Krankheiten behaftet sind.
3. Desinfektion und wenn nötig, Vernichtung derjenigen Materialien und Waren, die entgegen dem Verbot, in Wohnungen oder Arbeitsstätten lagern oder bearbeitet werden, in welchen sich Personen aufhalten, die mit ansteckenden Krankheiten behaftet sind.
4. Unterstellung der Heimarbeitstätten unter die Kontrolle der Gewerbe-Inspektion und deren Hilfsorgane.
5. Verpflichtung der Unternehmer und Zwischenmeister, eine genaue Liste der von ihnen als Heimarbeiter beschäftigten Personen mit Wohnungsangabe zu führen, fortlaufend zu ergänzen und jederzeit den Beamten der Gewerbe-Inspektion vorzulegen.
6. Kennzeichnung der in der Hausindustrie hergestellten Waren mit einem für jedermann sichtbaren Etikett, welches die Aufschrift: „Heimarbeit“ trägt und erst entfernt werden darf, wenn die Ware in den Besitz des Käufers übergegangen ist.
7. Ausdehnung der Kranken-, Alters- und Invaliditäts- und Unfallversicherungs-Gesetze, ferner der Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung über Arbeitszeit, Nachtarbeit, Sonntagsruhe, Wöchnerinnenschutz, Kinderarbeit und Arbeitsordnungen auf die gesamte Heimarbeit.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
 Dienstag, 8. März.
 Anfang 7 1/2 Uhr:
 Opernhaus. Ranon.
 Schauspielhaus. Götz von Berlichingen mit der eisernen Hand.
 Deutsches. Der einsame Weg.
 Berliner. Vaterland.
 Keffing. Jadenstreck.
 Weihen. Die Tante schläft. Der Parkler von Sevilla.
 Neues. Logg des Herzens. Colonne.
 Residenz. Der frische Casimir. Vorher: Die Empfehlung.
 Central. Das Schwalbenest.
 Belle-Alliance. Götterweiber.
 Thalia. Der Hochtourist.
 Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Ballner-Theater). Die Kinder der Exzellenz.
 Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt). Lumpacivagabundus.
 Kleines. Ruster Landstraße.
 Taubens. Uriel Acosta.
 Trianon. Madame X.
 Carl Weiss. Zwei Frauen.
 Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
 Gebr. Herrfeld. Nur eine Nacht.
 Casino. Circus.
 Winter-Garten. Yvette Guilbert.
 Cosantine Bernardi. Spezialitäten.
 Apollo. Frühlingsluft. Blütenhochzeit.
 Metropol. Durchlaucht Radieschen.
 Reichshallen. Stettiner Sänger.
 Passage-Theater. Caicedo.
 Urania. Taubenstraße 48/49.
 Um 8 Uhr: Der Erdball als Träger des Lebens.
 Jubiläumsstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Central-Theater.
 Täglich 7 1/2 Uhr:
 Das Schwalbenest.
 Operette in 3 Akten v. W. Ordonneau.
 Musik von Henry Herblay.
 Morgen nachmittags 3 Uhr, halbe Preise: Liederoper und Idyllen. — Vorlobung wider Willen.

Neues Theater.
 Schiffbauerdamm 4a-5.
Salome.
 Vorher: Logik des Herzens.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Medea. Logik des Herzens.

Luisen-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Uriel Acosta.
 Mittwoch: Benefiz für Alb. Hüner.
 Zum erstenmal: Die Kohlenhul'n von Berlin. Hiermit: Das Volkslied.
 Donnerstag: Eine letzte Person.
 Freitag: Die Kohlenhul'n von Berlin.
 Sonnabend: Uriel Acosta.
 Sonntag: Philippine Weller.
 Abends: Die Kohlenhul'n von Berlin.

Residenz-Theater
 Direktion S. Lautenburg.
 Abends 7 1/2 Uhr:
Die Empfehlung.
 Abends 8 Uhr:
Der frische Casimir.

Metropol-Theater
 Nur noch drei Vorstellungen von
Durchlaucht Radieschen!
 Anfang 8 Uhr.
 Rauchen überall gestattet.
 Sonnabend, den 12. März cr., zum erstenmal:
Ein tolles Jahr.

Trianon-Theater.
 Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Unterfischstraße.
Madame X.
 Anfang 8 Uhr.
 Nachmittags 3 Uhr: „Biscotte“.

Carl Weiss-Theater.
 Große Frankfurter Straße 132.
Zwei Frauen.
 Schauspiel in 5 Akten v. G. Dorchart.
 Anfang 8 Uhr.
 Morgen: Zwei Frauen.
 Sonnabendnachm. 4 Uhr: Aschenbrödel.
 Sonntagnachmittags 3 Uhr: Parfett 60 St.: Hse Römer.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
 Dienstagabend 8 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.
 Lustspiel in 4 Aufzügen von E. v. Holzogen u. H. Schumann.
 Mittwochabend 8 Uhr:
König Lear.
 Donnerstagabend 8 Uhr:
Uriel Acosta.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädt'sches Theater).
 Dienstagabend 8 Uhr:
Lumpacivagabundus.
 Sauerpost mit Gesang in 3 Aufzügen von Johann Nefter.
 Mittwochabend 8 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.
 Donnerstagabend 8 Uhr:
Vasantasena.

Thalia-Theater.
 Dresdenstraße 72/73. Amt IV 4440.
 Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion Jean Kren.
 Letzte Woche! Zum 100. Male:
Der Hochtourist.
 Guido Thielscher in der Titelrolle.
 Sonntagnachmittags 3 1/2 Uhr:
Charleys Tante.
Belle-Alliance-Theater.
 Belle-Alliancestr. 7/8. Amt VI 283.
 Anf. 7 1/2 Uhr.
 Heute und folgende Tage:
Götterweiber.
 Ausstattung: Feste mit Gesang und Tanz.
 Sonntagnachm. 3 Uhr, kleine Preise:
 „Der Pfarrer von Kirchfeld.“

Cirkus Schumann.
 Heute Dienstag, den 8. März 1904, abends 7 1/2 Uhr:
Spanische Schule
 geleitet von der jugendlichen Schakreiterin Fräulein Dora Schumann.
Frères Skremka Wunderarbeit
 Neu! Cake Walk Neu! zu Pferd von Gefährlicher Meers.
 Adolf und Coso, die besten Clowns in Berlin.
25 Löwen des Herrn Julius Seeth.
 Babel. Eine Wanderung durch acht Jahrtausende.

Urania.
 Taubenstr. 48/49.
 Um 8 Uhr im Theater:
 Der Erdball als Träger des Lebens.
Sternwarte Invalidentstr. 57/62.

CASTANS PANOPTICUM
 Friedrichstr. 165.
Afrika in Berlin!!!
 Donnerstag, den 10. März:
Grosser Wohltätigkeitstag
 zum Besten der Notleidenden in Deutsch-Südwest-Afrika.

Apollo-Theater.
 8 Uhr: **Frühlingsluft** mit dem **Blütenhochzeit.**
 9 1/2-11 Uhr: Das grandiose **März-Specialitäten-Programm**
 Max Dersy mit den neuen Tänzen: a) Hiawatha. b) Kiekapoo.
? Nordini ?? x Robert Steidl.
 Tom Hears. Los Bruin. Boston-Ball-Tanz-Ensemble, 32 Damen.
 Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Deutsch-Amerikanisches Theater.
 Köpnickstr. 67. Stat. Jannowitzbrücke.
Montag: Jadenstreck.
Souvenier: Gastspiel Ad. Philipp.
Vorstellung: Ueber'n grossen Teich.
200. Sonntagnachm. 3 Uhr:
 Male: Ueber'n grossen Teich

Kleines Theater.
 Unter den Linden 44.
Mutter Landstrasse.
 Anfang 8 Uhr.
 Morgen: **Nachtasyl.**

Casino-Theater.
 Lothringersstr. 37. Anf. 8. Sonnt. 7 1/2.
 Das glänzende neue Märzprogramm.
Gastspiel Mstr. Hopkin:
 Die größte Dreifachnummer der Welt.
Die Cirkusfee.
 Sonntagnachm. 4 Uhr: „Die Diebesfälle.“ — „Badekuren.“

Passage-Theater.
 Anfang Sonnt. 3. Wochentags 5 Uhr.
 Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Sensationelles Engagement:
Caicedo
 der berühmte Drahtseilkönig.
 Das Publikum schreit vor Lachen bei dem Redestreit der beiden feindlichen Improvisatoren
Holländer u. Steinitz.
 14 neue erstklassige Nummern.

Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik
 Reichenbergerstraße 5. **A. Schulz,** Reichenbergerstraße 5.
 Empfehle Einrichtungen von 240 bis 5000 Mk. in nur anerkannt geüblicher Ausführung, auch einzelne Stücke, zu äusserst billigen Preisen.
 Streng reelle und gewissenhafte Bedienung. [42562*] Constanter Zahlungsbedingungen.

IX. Berliner Saison.
Cirkus Busch.
Das letzte Wort
Neu!! Neu!!
Miss Jackson
Schleife und Todessprung
 in einem Tempo.
Neu! Neu!
„Der Bär als Kunstreiter“
 vorgeführt von **Mr. Balty.**
Riesen-Bären-Gruppe
 des **Mr. Roberto.**
 Zum 76. Male:
Aus den Alpen.
 Bemerkenswert:
Der Automobilsturz.

WINTERGARTEN
Yvette Guilbert
 Paulton u. Doley Komische Radfahrer
 Karnevals-Geister-Tanz-Divertissement.
 Imre Fox Zauberkünstler.
 Leo Billward Komischer Jongleur.
Madeleine Nocé Sängerin.
 Prosper-Truppe Akrobaten.
Costantino Bernardi
 Verwandlungsschauspieler.
 Lony Elastisch-equilibr. Akt.
 The Seldoms Plast. Darstellungen.
 Biograph.

Sanssouci.
 Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn.
 Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns
 Norddeutsche Sänger und Tanzkränzchen.
 Dienstag, den 8. März:
 Die Tochter des Sträflings.

Königstadt-Kasino
 Holzmarktstr. 72. Ecke Alexanderstr.
 Täglich:
Franz Sobanski.
Die März-Specialitäten.
 Zum Schluss des Lebensbild **Rach Sühwest-Afrika.**
 Nach der Vorstellung: Mittwoch, Sonntagabend u. Sonntag: **Tanz.**
 Donnerstag, den 10. März: Benefiz für **F. Sobanski.**

Leihhaus
 verkauft täglich zu enorm billigen, festen Preisen
Herren-Anzüge
 8,50-30 M.
 — feine Qualität —
Paletots 7,50-25 M. prima
Hosen 2-9 M. prima
Kellner-Anzüge 11 M.
Leihhaus Friedrichstr. 131d
 I. Etage, Ecke Karlstrasse, Eingang nur Friedrichstr.
 NB. Beilehung und Ankauf jeder Wertsache.

Secreta
 Bewerthe die Mensch-Augen fertigst direkt nach der Natur in Gegenwart der Patienten
W. Müller, Albrechtstr. 16.
 Einziger Augenärztl. Berlin.
 Anatomisch richtige Formen für jede Augenhöhe, ohne jede Beschwerden, „unter Garantie“.
 Künstliche Augen vom Lager zu Optiker-Preisen. 41492*

NESTLE'S Kinder-mehl
 Unübertroffen bei:
Brechdurchfall Diarrhoe Darmkatarrh
 Vorrätig in Apotheken, Drogerien, Colonialw.
Frühjahrskostüme
 Elegante Neuheiten — grösste Auswahl
 Jacken und Blusen-Costüme in neuen Stoffen 12, 15 Mk.
 Fustries amerik. Jackenkleid, letzte Neuheit 15, 20 Mk.
 Trauerkleider in eleganter Ausführung 18, 20, 25 Mk.
 Elegant garnierte Kleider in Voile, Satin und in den neuesten Fantasiestoffen 20, 25, 30 Mk.
 Einsegnungskleider 15, 18, 20 Mk.
 Einsegnungs-jackets 8, 10, 12 Mk.
 Weisse Costüm-Röcke, weisse Blusen 5, 9 Mk.
 Elegante Ballkleider und Organdy-Kleider 20 Mk.
 Seidenblusen, elegante Façons 5,50, 7,50, 10 Mk.
Costümröcke
 prima Verarbeitung, tedeloser Sitz, vorzüglicher Schnitt, in allen Längen und Weiten, auch für ganz starke Damen vorrätig, schwarz und farbig, in den modernsten glatten und fantasievollen 3,75, 5, 7, 10, 15 Mk.
 in Seidendamast 20 u. 25 Mk.
 Amerikan. fustfreie Strassenröcke 5,75, 9, 10 Mk.
 Elegante Frühjahrs-Paleots, jacquets Saccos u. Blusenform, in Tuch, Rips und Fantasiestoffen 10, 12, 15, 20, 25 Mk.
 Gummimäntel, Reismäntel, Regenmäntel 10, 12, 15 Mk.
 Morgenröcke, Matinées und Jupons.
Sielmann & Rosenberg
 Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.
 Massanfertigung.

Ungewitters Kautabak
 Ist als bester seit 40 Jahren in Berlin bekannt und gern gekauft.
 Verlangt **Ungewitters Kautabak.**
 Zu haben in Cigarren-Specialgeschäften. 44702*
 Für Wiederverkäufer **Fritz Hämmerer, Berlin, Frankfurter Allee 88.**
 zu haben bei:

Grosse Geld-Lotterie.
 Ziehung: 9. u. 10. März
 Zur Erhaltung des Schlosses Burg a. d. Wupper.
 6634 Geldgewinne bar ohne jeden Abzug zahlbar von Mk.
200000
 Hauptgewinn: Mark
60000
30000
20000
 etc. etc. etc.
Originallose à 3 Mark.
 Für Porto und Liste 30 Pf. extra.
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
 G. m. b. H., Bank-Gesellschaft
 Berlin W., Friedrichstr. 181.
 Filialen:
 NW. Wilsnackerstr. 63.
 O. Andreasstr. 46a.
 SO. Oranienstr. 177.

Wer Stoff hat
 fertige für 22 M. reellen modernen Anzug oder Paletot mit guten Reithalen. — Für 40 M. liefert Anzug aus echt englischen Stoffen in tadelloser Ausführung.
J. Bocek, Schneidemeister
 Reichenbergerstr. 1, IV
Andreas-Garten
 Andreas-Strasse 26.
 Kleine und große Säle zu Verammlungen, Hochzeiten und Festlichkeiten noch einige Sonnabende zu vergeben.
 Fremdenlogis. Regelmäßig.
 Für gute Speisen und Getränke ist bestens geforgt.
 42772*
Franz Merkowski.

Bruch-Pollmann
 empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.
Eigne Werkstatt.
 Vierterantl. Dtsch. u. Hilfs-Krankenlassen
 Berlin C.,
30. Finien-Strasse 30.
 NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Belag, angenehm und weich am Körper. 38252*
Kranz- und Blumenbinderei
 von **H. Rodewald,**
 Alexandrinonstrasse 1a.
 Ränge mit Bindungsgeschleifen, Kränze zu Festlichkeiten, Bouquets, Kopfbedeckung jeder Art u. preiswert.

Für Landbauern
 Bretter, Latten, Stiele, Dachpappe, Spallereifen billig.
 44123*
 Charlottenburg, Bismarckstr. 89.
Möbel
 in jeder Ausführung, gute Arbeit, Teilzahlung geht.
Hermann Brandt, Alte Fochstr. 65.

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk.
Anzüge nach Mass von 25 Mk. an.
M. Schulmeister, Dresdenstr. 4
 Schneidermeister.
 am Kottbuser Thor.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Mittwoch, den 9. März, Jahlabend des Wahlvereins in den bekannten Lokalen. Die Genossen werden noch darauf aufmerksam gemacht, daß die Jahlabende von jetzt ab an jedem zweiten Mittwoch im Monat stattfinden. Der Vorstand.

Fünfter Wahlkreis. Der Wahlverein hält heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Lebeder, Sophienstr. 34, eine Versammlung ab. Genosse Reichstags-Abgeordneter Frähdorf-Dresden spricht über das Thema „Aus der Praxis der Arbeiterversicherung“. Gäste erwünscht. Die Mitglieder bitten vollzählig zu erscheinen. Der Vorstand.

Schöneberg. Am Sonnabend, den 12. März, veranstaltet der Wahlverein im Obstischen Saale, Weiningerstr. 8, einen Recitations-Abend. Zum Vortrag gelangt: „Nachtasyl“. Recitator: Emil Walcott. Billets zum Preise von 20 Pf. sind in den heute abend stattfindenden Bezirksfestungen in den bekannten Lokalen zu haben.

Arbeiter Schmaragdort! Morgen Mittwoch, den 9. d. Mts., nachmittags von 2-5 Uhr, findet im Sitzungssaal des Rathhauses die Gemeindevahl für die dritte Abteilung statt. Die Beschwerden bei den Schöffen und dem Landrat über die ungünstige Wahlzeit sind erfolgreich geblieben. Der Einfluß der hier stetig wachsenden Socialdemokratie wird gefördert und soll unterdrückt werden. Arbeiter! Laßt Euch die Entrechtung und Unterdrückung auf dem Verwaltungsweg nicht ohne Gegenwehr bieten. Macht alle dahin zielenden Maßnahmen durch Massenbeteiligung an der Wahl zunichte. Eure Ehre, Euer Masseninteresse gebieten es Euch, den ersten Socialdemokraten — den Buchdrucker Arthur Publick, Breitenstraße 21 — in die Gemeindevertretung zu wählen. Wie bei den politischen Wahlen des Vorjahres befindet auch jetzt Eure Opferfreudigkeit und Energie, dann werdet Ihr siegen, denn die Socialdemokratie ist die stärkste Partei in unterm Ort.

Britz. Am Dienstag, den 15. März, nachmittags von 1-5 Uhr, findet in Bethes Lokal, Chausseestr. 33, die Wahl eines Gemeindevorstandes der dritten Abteilung statt. Soll das Resultat der Wahl für uns günstig ausfallen, so müssen alle Wähler ihre Pflicht thun und in der Zeit von 1-5 Uhr ihre Stimme abgeben.

Ober-Schöneweide. Der hiesige Wahlverein hält am Mittwoch, den 9. März, abends 1/8 Uhr, seine Mitglieder-Versammlung bei Kaufhold, Wilhelmshofstraße 18, ab. Die Mitglieder werden erjucht, pünktlich und vollzählig zu erscheinen. Der Vorstand.

Wilhelmsruh. Am 9. März findet im Lokale des Herrn Otto Paetsch eine öffentliche Gemeindevähler-Versammlung statt. Referent: Gemeindevorretter Genosse Freiwaldt-Panlow.

Lokales.

Die Ausstellung der Heimarbeiter.

Während die Vertreter der Heimarbeiter im Sitzungssaal des Kongresses in beredten Worten die Forderungen begründen, welche sie zum Schutz vor allzu großer Ausbeutung an die Befehlsgewalt stellen, kann man in einem Nebenlokal eine ziemlich reichhaltige Ausstellung von Erzeugnissen der Hausindustrie und Heimarbeit studieren, die eine zwar stumme, aber deshalb nicht minder eindringliche und verständliche Sprache von dem Elend der Heimarbeit redet. Diese Ausstellung bildet eine äußerst lehrreiche Ergänzung zu den Verhandlungen des Kongresses, sie zeigt durch sichtbare Thatsachen, wie sehr die Forderung: Schutz den Heimarbeitern! begründet ist. Die Aussteller haben nicht nur die fertigen Gegenstände, wie sie aus der Hand des Heimarbeiters hervorgehen, zur Schau gestellt, sondern sie haben sich — wenigstens in einzelnen Zweigen — bemüht, die verschiedenen Stadien zu veranschaulichen, welche das Produkt bis zur verkaufsfähigen Fertigstellung durchläuft. Ferner ist — und das erscheint uns als der lehrreichste Teil der Ausstellung — bei verschiedenen Artikeln in Wort und Bild eine anschauliche Darstellung der Verhältnisse gegeben, unter denen die Erzeugnisse der Heimarbeit hergestellt werden.

Wer denkt nicht, wenn von Heimarbeit die Rede ist, an die Konfektionsindustrie. Das Elend der Arbeiter und Arbeiterinnen dieses Industriezweiges ist oft geschildert und dadurch weiteren Kreisen bekannt geworden. Die Ausstellung bietet jedoch einen Einblick in die traurigen Verhältnisse der Konfektionsarbeiter, die deutlicher wie die lebhaftesten Schilderungen zeigen, daß der gesetzliche Schutz dieser ohne Rücksicht auf Leben und Gesundheit ausgebeuteten Arbeiterschaft eine dringende Notwendigkeit ist. Die Konfektion nimmt einen verhältnismäßig großen Raum in der Ausstellung ein. Wir finden Arbeiten aus Berlin, Breslau, M.-Glabach, Seiffenherrsdorf in Sachsen. Der Schneiderverband hat an einem Beispiel die große Kluft zwischen Konfektions- und Heimarbeit veranschaulicht. Neben einem nach Maß angefertigten Herrenjackett, bei dessen Anfertigung der Arbeiter pro Stunde 80 Pf. verdient, sieht man mehrere, dem Auge des Laien ebenso wertvoll erscheinende Jacketts, die aber konfektionsmäßig angefertigt sind und dem Arbeiter nur einen Verdienst von 20-30 Pf. pro Stunde bringen.

Wie die Heimarbeit in den Industrien, wo sie ihren Eingang hält, die Löhne drückt, das zeigt ein Beispiel aus der Damenkostüm-Branche. Da ist ein elegantes Kleid ausgestellt, für das früher in der Fabrik 25 M. Arbeitslohn gezahlt wurden. Seit kurzem hat in dieser Branche die Heimarbeit Platz gegriffen und nun wird für dasselbe Kleid nur noch ein Arbeitslohn von 15 M. bezahlt. — Ein Verdienst von 15-20 Pf. pro Stunde, das ist so ungefähr der Durchschnitt in der Konfektion. Häufig sinkt der Verdienst noch unter 15, ja sogar unter 10 Pf. pro Stunde, nur selten erreicht er eine Höhe bis gegen 30 Pf.

Unter welchen Verhältnissen aber leben und arbeiten die Menschen, die mit solch elenden Löhnen ihr armseliges Leben fristen müssen? Die photographische Aufnahme einer Heimarbeitsstätte für Kinderkleider zeigt es mit erschreckender Deutlichkeit. Da sitzt der Familienvater, ein im höchsten Grade schwindsüchtiger, nicht mehr arbeitsfähiger Mann. Um ihn herum, teils im Bett, teils auf dem Fußboden, lauern vier krankliche Kinder. Nicht am Fenster arbeitet die Frau, ebenfalls ein Bild des Elends, an der Nähmaschine. Die einzige Person, welche in dieser Umgebung den Eindruck leidlicher Gesundheit macht, ist die gleichfalls an der Nähmaschine beschäftigte Schwester der Frau. Sie arbeitet erst seit kurzem an dieser Stätte des Jammers. Die hier abgebildete Werkstatt ist nicht etwa nur ein Arbeitsraum, nein, er dient der ganzen Familie zugleich als Wohn- und Schlafzimmern und als Küche. Welche Gefahren können die hier in beständiger Berührung mit dranken angefertigten Kinderkleider den Kleinen bringen, die sie einst tragen. Solche Beispiele sprechen dafür, daß der Arbeiterschutz nicht Halt machen darf an der Schwelle der Bekanntschaft des Heimarbeiters.

Dieselben oder doch ganz ähnliche Verhältnisse finden wir, wie die Ausstellung lehrt, in allen Zweigen der Heimarbeit. Ein Bild zeigt uns einen Schuhmacher, wie er in der Küche, dem einzigen Raum, welcher der Familie zur Verfügung steht, seine Arbeit verrichtet. Und es ist sehr seine Arbeit, die unter solchen Verhältnissen hergestellt wird. Hochelegant Salons- und Ballschuhe, und nicht

minder elegante Reistiefeln für Offiziere, alles beste Maharbeit, und damit verdient der heimararbeitende Schuhmacher pro Stunde 30 1/2 Pf.!

Interessant ist auch ein Blick in die Ausstellung der Nähbranche. Da erfahren wir, daß ein Arbeiter bei der Herstellung von Offiziersmägen einen Verdienst von 27 1/2-32 1/2 Pf. pro Stunde erzielt. Bei Gendarmenmägen kann man in der Stunde nur 22 Pf. verdienen, und so geht es herab bis zur gewöhnlichen Kommissmägen, die einen Stundenlohn von 15 Pf. bringt.

Es würde zu weit führen, wollten wir aus jedem Zweige der Ausstellung auch nur ein Beispiel anführen. Im Grunde genommen bieten sie alle dasselbe traurige Bild. Es kann jedem, der die Verhältnisse der Heimarbeit studieren will, empfohlen werden, die Ausstellung nicht unbeachtet zu lassen. Sie bietet viel Lehrreiches. Vertreten sind außer den schon genannten Branchen noch die Industrie der Wäsche- und Krautwattenfabrikation, der Kartonnagen, Lugsapapier- und Ledergalanteriewaren, die Pelzbranche, die Stockfabrikation, Korbmöbel, Blumen- und Feder schmuck für Damenhüte. Auch von der Spielwaren-Industrie in Sonneberg sind Erzeugnisse ausgestellt, ferner Schwarzwälder Uhren und Musikinstrumente aus dem Vogtlande. Daß auch in der Metallindustrie die Heimarbeit in ausgedehnter Maße herrscht, dürfte manchem nicht bekannt sein. Die Ausstellung bietet auch für diesen Zweig viele lehrreiche Beispiele. Da sind Schuhwerk aus Eschl, Kradlerwaren aus Jherlohn, Schläffer aus Belbert, Bijouterien aus Pforzheim und Umgegend sowie die Erzeugnisse der Scheren- und Messerindustrie aus Solingen. Mehrere Photographien zeigen uns die Heimarbeiter der Messerindustrie in der Umgebung Solingens bei der Arbeit. Auch hier sind die Werkstätten meist auch zugleich die Wohn- und Schlafräume der Familie. Wo aber in einem besonderen Raum gearbeitet wird, da ist es ein enger Winkel, der den Arbeitenden kaum den aller-notwendigsten Raum bietet. Aber was das Schlimmste ist: In solchen elenden Räumen arbeiten neben dem Vater die Kinder, Mädchen und Knaben bis herab zum Alter von zehn Jahren.

Gewiß sind in der Ausstellung noch nicht alle Zweige, sicher aber nicht alle Bezirke der Heimarbeit vertreten. Was aber im Ausstellungssaal zusammengetragen ist, erscheint mehr als ausreichend, um ohne weitere Begründung die Forderung eines durchgreifenden gesetzlichen Schutzes der Heimarbeiter zu rechtfertigen. Die Ausstellung ist, um den Besuch weitesten Kreisen zu ermöglichen, von morgens 9 bis abends 8 Uhr geöffnet.

Mehr Heimstätten für Genesende!

In den städtischen Heimstätten für Genesende ist es jetzt glückselig so weit gekommen, daß sie schon im Frühjahr, ja zum Teil selbst in den Wintermonaten dem Bedürfnis nicht mehr genügen. Anfang März waren, wie aus einer Bekanntmachung des Heimstätten-Kuratoriums ersichtlich ist, in vier von den bestehenden fünf Heimstätten sämtliche Betten belegt, und auch in der fünften war nur noch ein einziges Bett frei. In der Heimstätte Gütergoy für lungenerkrankte Männer geht es so schon seit Monaten. Den ganzen Winter hindurch ist diese Anstalt, die über 98 Betten verfügt, voll belegt gewesen, so daß die Aufnahmefähigen eine lange Wartezeit durchmachen mußten. Anfang März waren hier bereits 105 Personen vorgemeldet, und die Wartezeit betrug schon 31 Tage. In Blankenburg zeigt die Heimstätte für genesende Frauen ein ähnliches Bild. Die Anstalt verfügte im Winter über 54 Betten, die Anfang März sämtlich belegt waren. Vorgemeldet waren an diesem Zeitpunkt bereits 55 Personen, und die Wartezeit betrug 21 Tage. Das sind Zustände, wie man sie sonst nur im Sommer kennt. In den heißesten Monaten werden in einigen Heimstätten Sommerbaracken aufgestellt, aber es dürfte sich empfehlen, diese Sommerbaracken in Winterbaracken umzuwandeln, damit sie dauernd benutzt werden können. Gütergoy hat eine hölzerne Baracke, und auch diese ist den Winter hindurch voll belegt gewesen.

Auch in dem letzten Jahresbericht des Heimstätten-Kuratoriums wird darüber geklagt, daß die vorhandenen Heimstätten dem Bedürfnis nicht genügen. Gleichzeitig wird darin das Bedauern ausgesprochen, daß die neue Heimstätte in Buch für lungenerkrankte Männer noch immer nicht fertig ist. Angefügt ist eine breite Darstellung der Verhandlungen, die seit Ende der 90er Jahre vom Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung über die Vermehrung der Heimstätten gepflogen worden sind. Man merkt diesen Ausführungen an, daß sie entschuldigend wirken sollen. Die größere Hälfte aller Schuld wird da selbstverständlich wieder auf die Langsamkeit der Bauausführung gewälzt. Aber nicht die Bauverwaltung ist hier der Hauptschuldige. Hätte man nur schon früher an eine Vermehrung der Heimstätten gedacht, hätte man nur beizeiten auf die Wohnungen und Barnungen gehört, die von den socialdemokratischen Stadtverordneten und im „Vorwärts“ schon in der Mitte der 90er Jahre immer wieder vorgebracht wurden. Auch wir wünschen für die Heimstätte in Buch eine Beschleunigung der Bauausführung, aber die Zustände, die jetzt über die Heimstätten hereingebrochen sind, müssen auf Unterlassungsünden zurückgeführt werden, die älter sind. Jetzt rächt sich die Langsamkeit und Lässigkeit, mit der der Magistrat und die freisinnige Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung daran gegangen sind, die Heimstätten zu vermehren.

Die Stiftung der Berliner Gewerbe-Ausstellung im Jahre 1870 hat statutenmäßig den bei der genannten Ausstellung erzielten Ueberschuß von einer halben Million Mark zu folgenden gemeinnützigen Zwecken zu verwenden: 1. Die Zinsen von 100 000 M. für periodisch zu veranstaltenden Ausstellungen der hiesigen Gewerbe; 2. die Zinsen von 300 000 M. zu geeigneten Zwecken für die Ausbildung der der Industrie und dem Gewerbe sich widmenden Jugend; 3. den Zinsen von 50 000 M., um durch Veranstaltung von populären Vorträgen, Mitteilung von Erfindungen und Erfahrungen, durch Auslegung zur Ausübung gewerblicher oder kunstgewerblicher Arbeiten mittels auszuwählender Preise die Leistungsfähigkeit der hiesigen Handwerker und Industriellen zu fördern; 4. die Zinsen von 50 000 M. zur Unterstützung von Fachschulen für jugendliche Handwerker oder Industrielle. Im Etatsjahr 1903/04 hat das Kuratorium der Stiftung an 70 Schüler hiesiger gewerblicher und kunstgewerblicher Unterrichtsanstalten insgesamt 12 475 M. Stipendien gezahlt. In der gestern abgehaltenen Sitzung wurden für das am 1. April c. beginnende Etatsjahr 1904/05 Stipendien im Gesamtbetrag von 12 788 M. bewilligt und zwar in Beträgen von je 100 bis 300 M. Den Direktoren der beiden hiesigen Handwerkerschulen wurden zusammen 500 M. zur Gewährung an Schulgeld, Lehrmitteln u. s. für unbemittelte Schüler der genannten Unterrichtsanstalten zur Verfügung gestellt, während der polytechnischen Gesellschaft wie im Vorjahre wieder 2000 M. zur Veranstaltung populärer Vorträge und 8000 M. dem Ausstellungsfonds überwiesen wurden.

Das große Grundstück an der Ecke der Kaiser Wilhelm- und Dirdenstraße-Ecke, gegenüber der Central-Markthalle, wo sich ehemals der alte Mehlspeicher erhob und die Gegend verunzierte, ist auf längere Zeit neu verpachtet. Die jetzigen Lagerplätze werden

zum 1. April d. J. verschwinden, um neuen, modernen, einstöckigen Verkaufsräumen Platz machen.

Die neue Frostperiode, die am gestrigen Tage mit 9 Grad Celsius ihren niedrigsten Thermometerstand erreichte, hat neuerdings zu einer Störung der Spree- und Havel-Schiffahrt geführt. Die Havel, wie auch die Oberspreewitz wiederum mit einer Eisdede überzogen. Die Steinschiffen aus Rathenow, die Elb- und Oder-Schiffe, die im vorigen Monat die Faktien nach Berlin angetreten haben, mußten wieder festgelegt werden, um nicht im Eise hängen zu bleiben. Auch die Schiffahrt nach den Müddersdorfer Kalfbrühen ist neuerdings unterbrochen. Gestern morgen war die Spree innerhalb Berlins mit Treibeis bedeckt, welches sich stellenweise bereits festsetzte und die Lokalschiffahrt ebenfalls zu stören droht. Der Landwehr- und Luisenstädtische Kanal sind stellenweise mit einer neuen Eisdicke bedeckt.

Ein aufregender Vorfall spielte sich gestern nachmittags in der Schönhauser Allee ab. Die Tischler Jotter, Fehrbellinerstr. 97, und Eilenberger, Fehrbellinerstr. 32, wollten 1/3 Uhr nachmittags vor dem Hause Schönhauser Allee 143 den Fahrdrum überfahren. Die beiden Männer, die sich in angetrauntem Zustande befanden, bestrafen unmittelbar vor einem Straßenbahnwagen der Linie 51 (Ringbahn-Schöneberg) das Geleis, wurden niedergedrückt und gerieten unter die Vorderplattform. — J. kam mit einer unerfesslichen Kopfverletzung an der Stirn davon, während Eilenberger einen Luerbruch des rechten Schulterblattes erlitt. Er wurde mittels Droßknecht nach seiner Wohnung gebracht.

Beim Absteigen von einem in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen kam gestern abend gegen 1/8 Uhr die in der Schulzenhofstraße 6 wohnende 29-jährige Frau G. schwer zu Schaden. Sie hatte einen Straßenbahnwagen der Linie 27 (Rixdorf-Dalldorf) benützt und wollte ihn in der Müllerstraße verlassen. Der Schaffner hatte ordnungsgemäß das Haltesignal gegeben und der Motorwagen besand sich bereits in langamer Anfahrt zur Haltestelle, als die G. von der Hinterplattform abstieg. Sie stürzte und fiel so unglücklich, daß sie eine schwere Gehirnerschütterung erlitt. In besinnungslosem Zustand wurde Frau G. nach dem Paul Gerhardt-Stift gebracht.

Auf der Stadtbahn totesfahren wurde am Sonnabendabend 11 Uhr ein bisher noch unbekannter Arbeiter, der auf einem Bahnsteig des Silesischen Bahnhofes trotz wiederholter Verwarungen den in der Ausfahrt nach der Warschauerstraße begriffenen Zug bestiegen wollte. Beim Öffnen der Abteiltür verlor er das Gleichgewicht, fiel zwischen dem Trittbrett und dem vorsehenden Waggon in das vom Zug befahrene Geleise, wurde überfahren und sofort getötet. Die Leiche wurde dem Schauhanse überwiesen. Weitere Untersuchung ist alsbald eingeleitet.

Die Verantworenen des Prokuristen Reinhardt haben unter der Aundshaft des alten Bankhauses Brendel u. Co. eine wahre Panik hervorgerufen. Die Geschäftsräume in der Französischen Straße wurden von Reuten, die ihre Depots wieder haben wollten, geradezu besäumt. Gestern vormittag erschienen noch gegen 150 Personen, Männer und Frauen, meist Anhänger des Mittelstandes aus Berlin und den Vororten. Seit 8 1/2 Uhr jedoch hängt an der Thür ein Zettel mit der Aufschrift: „Geldlos“, Unberücksichtigter Sache mußten die Enttäuschten umkehren. Dabei spielten sich ergreifende Szenen ab. Eine Frau brach ohnmächtig auf der Treppe zusammen; der Pförtner des Hauses nahm sich ihrer an. Den Reuten, die noch Eintritt erhielten, wurde mitgeteilt, daß am Dienstag in den Geschäftsräumen eine Gläubigerverammlung stattfinden werde. Das schwer getroffene Haus werde alle Gläubiger dazu einladen.

Eine Bande Schaufastendiebe ist durch die Kriminalpolizei nach längerem Bemühen ermittelt und teilweise bereits hinter Schloß und Riegel gelegt worden. Seit etwa einem Jahre wurden aus dem Centrum und der Königsstadt zahlreiche Schaufastendiebstähle gemeldet; die Diebe gingen mit großer Dreistigkeit vor und räumten beispielsweise in der genannten Zeit bei einem Konfektionär in der Reuen Schönhauserstraße, Ecke Weimannstraße, nicht weniger als achtmal die Auslagen aus. In einigen Fällen war die Diebesbande beobachtet und festgesetzt worden, daß dieselbe aus vier jungen Männern und einem Mädchen bestand. Die Thatsache, daß das Mädchen bei allen „Nahrten“ teilnahm, führte schließlich auf die Spur der „Chabruse“. — In einer Nacht waren die Diebe von einem Droßknecht beobachtet worden, der die Frauensperson bis zur Kochstraße verfolgte. Die Angaben des Aufsehers führten zur Festnahme des „Arbeiters“ Karl Weidner, genannt der „Ischante Karl“, und seiner Frau. Bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung des Verhafteten wurde ein größeres Warenlager gestohlener Gegenstände, besonders Bekleidungsstücke, Schirme und Stöcke vorgefunden. W. bestrittet Complices gehabt zu haben und will nur gelegentlich „gemeinschaftliche Arbeit“ gemacht haben, kennt jedoch angeblich die betreffenden Personen nicht.

Ein gewaltiger Dachstuhlbrand kam Sonntagnachmittag in der Sellenstr. 3 zum Ausbruch und beschlängte die Wehr fast drei Stunden. Bald nach 3 Uhr schlugen plötzlich helle Flammen durch das Dach des großen vierstöckigen Hauses; dichter Rauch erfüllte den Hof. Als auf den ersten Alarm hin der Löschzug aus der Pankstraße unter Brandinspektor Julius eintraf, brannte bereits der größte Teil des Dachstuhles. Es wurde daher sofort die Meldung „Mittelfeuer“ gegeben, worauf die gesamte vierte Compagnie zur Brandstelle eilte. Von verschiedenen Seiten aus wurde nun mit mehreren von Dampfsprizen gespeisten Röhren gegen den Brandherd vorgegangen. Bei dem herrschenden Sturm wurden aber die Flammen immer wieder entfacht, jedoch es fast eine volle Stunde dauerte, bevor die Gefahr als beseitigt gelten konnte. Eine starke Rauchentwicklung erschwerte die Löscharbeiten ungemain. Der größte Teil des Dachstuhles mit seinen Bodenverbrägen ist vernichtet, auch hat die vierte Etage durch Wasser gelitten. Die Entstehungsursache konnte bei dem schon so weit vorgeschrittenen Brandherde nicht mehr festgestellt werden. Die vollständige Abklärung und Aufräumung hielt die Wehr noch fast zwei Stunden am Brandplatz fest.

Weil sie ihren Mann nicht aus der Irrenanstalt befreien konnte, versuchte sich am Montag die 31 Jahre alte Plättanstalts-Besitzerin Frau Luise Deidinger aus der Lindenstr. 89 durch Gift das Leben zu nehmen. Das Ehepaar betrieb früher in der Arnenstraße eine Schankwirtschaft mit zweifelhaftem Verkehr, bis der Mann als unheilbar geisteskrank vor einem halben Jahre nach Herzberge gebracht wurde. Frau Deidinger will nicht glauben, daß ihr Mann geisteskrank sei, und machte Eingabe über Eingabe, um ihn zu befreien. Da alle Versuche mißlangten, wollte sie nicht länger leben. Leute, die gestern kamen, um sich den ihr gefandigten Keller anzusehen, fanden sie vergiftet im Bett liegen. Da sie noch lebte, so ließ der Arzt sie nach dem Krankenhaus am Urban bringen.

Ein Opfer des Eisenbahnbetriebes. Bei der Arbeit verunglückte gestern nachmittags der 52 Jahre alte Albert Kuhn aus der Albrechtstraße zu Steglitz, als er auf dem Bahnhalt Bahnhof für eine Lokomotive Kohlen ablad. Er glitt aus, fiel von der Rampe auf das Geleise und verlegte sich äußerlich und innerlich so schwer, daß man ihn in ein Krankenhaus bringen mußte.

Ein Straßenraub beschäftigt die Kriminalpolizei. Ein Arbeitsbürche Sommer des Hütterwerks von Kayser u. Co. in der Helmholtsstraße 33 zu Charlottenburg wurde am Sonnabend nach dem Hauptcomptoir in der Kaiserin-Augusta-Allee geschickt, um 1000 M. abzuholen. Zu ihm gesellte sich unterwegs ein junger Mann Namens Schwesjd, der auf demselben Werk arbeitet. An der Goglowitzbrücke entriß ein Strolch dem Sommer die Lebertasche mit dem Gelde, die er mit einem Riemen an der Schulter trug. Der Verurtheilte und sein Begleiter verfolgten den Räuber und holten ihn ein.

Sommer stellte ihm ein Bein, und es gelang ihm nun, den Riemen zu fassen. Der Strohloch ließ aber erst los, nachdem der Verbaute ihm mit seinem Löffelmesser mehrere Stiche in die Hand versetzt hatte. Leider entkam der Begehrer, ein Mensch von etwa 20 Jahren, wenn er auch die Beute wieder abgeben mußte.

Feuerbericht. Neben dem großen Dachstuhlbrande in der Selterstraße hatte die Wehr im Laufe des Sommers noch eine ganze Reihe kleinerer Feuer zu beseitigen. Gegen 10 Uhr wurde sie nach der Wienerstr. 12 gerufen, weil hier in einer Tischlerei ein Brand entstanden war, der Spähne, Kugelhölzer etc. ergriffen hatte. Die Gefahr konnte leicht beseitigt werden. In der Doppel Allee 133a brannte vorher allerlei Gerümpel und Verpackungsmaterial auf einem Boden. Möbel und Kleidungsstücke gingen gegen Abend in der Brunnenstr. 185 in Flammen auf. Nachmittags mußte in der Barfuhnerstr. 57 in einer Fabrik für Gasglühkörper ein kleines Feuer abgelöscht werden. In der Dligowstr. 81 war die Verpackung eines Kassetts in Brand geraten, der auch den Fußboden ergriffte. Die übrigen Alarmierungen, die noch aus der Dresdenerstr. 17, Birkenstraße 12, Bäckingstr. 28 usw. einliefen, betrafen Brände, die teils vor Eintreffen des ersten Löschzuges von Hausbewohnern beseitigt waren, teils die Wehr nur kurze Zeit in Anspruch nahmen.

Das Passage-Theater hat sich auch in diesem Monat erfolgreich bemüht, es in der Konkurrenz mit den ersten Spezialitätentheatern auszuhalten. Ein Phänomen ist The great Calcedo, ein Drahtseilkünstler, der an Wagballigkeit es mit den kühnsten seiner Vorgänger aufnehmen. Erna Koschel ist eine Soubrette, die das Kopieren verschiedener Bühnensterne als ihre Spezialität erlernt hat. Das Malaga-Trio führt temperamentvolle spanische Tänze auf, die Wheeler sind tüchtige Kunststradfahrer und das Biora-Trio besteht aus Ungarinnen, deren Rationalität alle Achtung verdienen. Ganz seltsame Leute sind aber die beiden komischen Improvisatoren Holländer und Steiny, die sich vom Publikum beliebige Stichworte geben lassen und darauf gefügigt eine Art Dichterlampf aufnehmen. Mit affenartiger Geschwindigkeit schmeiden die beiden Gegner Reime, und ihre lustigen Wettkämpfe zeugen von einer Geistesgegenwart, um die sie mancher Parlamentarier beneiden könnte. Als tüchtige Künstler erwähnen wir weiter noch die Jongleure Kändler, die Gymnastin Kämpfer und den Equilibristen Little Wright. Bei Erwähnung der Artisten sei uns nebenher die Frage gestattet, warum diese Herrschaften sich so oft fremdländische, zumzeit englische Namen beilegen. Die meisten Besucher verstehen diese Namen nicht einmal annähernd richtig auszusprechen, und wenn man diesen und jenen der Künstler näher prüft, so mag er selbst in Verlegenheit kommen, wenn er sagen soll, wie er auf englisch heißt. Für so thöricht aber sollte man das Publikum nicht halten, daß es sich durch einen unverständlichen Namen imponieren läßt und dem Artisten, der sich damit aufgeputzt hat, besondere Wertschätzung entgegenbringt. Wann werden die Herrschaften vom Brett das Klauerwisch zum alten Plunder werfen und unter den ihnen gebührenden gut deutschen Namen und Bezeichnungen auftreten?

Das Apollo-Theater bringt in diesem Monat eine Reihe für Berlin völlig neuer Spezialitäten, und das will bei der relativen Uniformität des Bretts immerhin etwas bedeuten. Die Tänzerin Mad Derby läßt den in unserer Zeit etwas vernachlässigten Epigonalanz, über dessen Grazie man streiten kann, der aber eine hervorragende Fertigkeit und Ausdauer verlangt. Neu für Berlin ist auch das Künstlerpaar Brunin, ein Herr und eine Dame, die mit Billardbällen derart operieren, daß diese Bälle an abgestimmte Glocken schlagen, die sie an einem Gestell auf dem Kopfe tragen. So kommen keine Musikstücke zu stande. Auch in Kraftleistungen sind diese beide Artisten vorzüglich. Herr Tom Hearn nennt sich den kausalen Jongleur der Welt; er ist aber ein Mann von ganz außerordentlicher Geschicklichkeit. Aus 32 jungen hübschen Mädchen und zwei Regierpaaren besteht das Transatlantik und Boston Wall Ensemble; die Tänze sind temperamentvoll und hübsch gruppiert. Auch ein Stück Casewall kommt bei dieser Gruppe wieder zu Ehren. Alle Bekannte sind der Wandredner Wlad, der so unterhaltend ist, wie nur je in früheren Jahren und der unterwüthliche Komiker Robert Steidl. — Die Operette „Frühlingluft“ beherrscht nach wie vor die erste Hälfte des Spielplanes.

Theater. In der Erstaufführung von Herman Hegemann's freischausendem Bild „Cra et labora“, die im Deutschen Theater am Sonnabend stattfindet, spielen die Damen Paula Eberts, Maria Feldner, Elise Lehmann, Agnes Müller, Hermine Redelsky, Luise v. Poellnitz, sowie die Herren Albert Wassermann, Karl Forest, Paul Vauk, Rudolf Mittner, Paul Schwaiger und Bruno Jener mit. In Masterlinds satirischer Legende „Das Wunder des heiligen Antonius“, welche am selben Abend ihre erste Aufführung erfährt, wird die Titelfigur von Oscar Sauer dargestellt, die andere Hauptrollen von Paula Eberts, Agnes Müller, Karl Forest, Paul Marx, Karl Reinhard, Wilh. Vermann, Bruno Jener. — Im Luisen-Theater geht am Mittwoch, den 9. d. Mts. zum Benefiz für Albert Hüner zum erstenmale: „Die Kohlen-schulz'n von Berlin“, Pöste mit Gesang von Görlitz und Jacobsohn mit den Damen Winter, Hästel, Dolski, Gottschick und den Herren Hüner, Bartel, Kruszyński, Ruff, Wald und Winterberg in den Hauptrollen in Szene. — Vom „Hochtourist“ finden im Thalia-Theater nur noch 12 Aufführungen statt, da die Premiere von „Nesemanns Rheinfahrt“ auf den 19. März definitiv festgesetzt ist. „Charles's Tante“ geht nach wie vor Sonntag-nachmittags in Szene. — Der nächste Dichterabend des Schiller-Theaters im Bürgercafé des Rathauses, der letzte in diesem Spieljahr, dem nur noch zwei Tondichterabende folgen, ist der Dichterin Annette Droß-Hülshoff gewidmet.

Das große Schau-Schwimmen, welches der Berliner Schwimmklub „Vorwärts“, Mitglied des Arbeiter-Schwimmbundes, Sonntag in der städtischen Volkshalleanstalt an der Schillingstraße abhielt, hatte ein zahlreiches Publikum angelockt. Nachdem durch einen Aufmarsch und Gesang das Programm eröffnet, begannen die Konturen, die nachstehende Ergebnisse erzielten: Erbschwimmen, 4 Bahnlängen = 60 Meter (Vorküschwimmen). 1. W. Matoušek 1:27 $\frac{1}{2}$. (Beliebige Schwimmer). 1. A. Schönlein 1:37 $\frac{1}{2}$. 2. Paul Schulz 1:30 $\frac{1}{2}$. — Anaben-Schwimmen. 4 Bahnlängen = 60 Meter. 1. G. Schöke 1:09 $\frac{1}{2}$. 2. M. Jäger 1:27. — Haupt-Schwimmen. 12 Bahnlängen = 180 Meter. 1. P. Wufjmann 2:50 $\frac{1}{2}$. — Jugend-Schwimmen. 14—16 Jahre. 6 Bahnlängen = 90 Meter. 1. G. Frische 1:38 $\frac{1}{2}$. 2. F. Langbecker 1:44 $\frac{1}{2}$. 16—18 Jahre. 1. W. Böhlen 1:18 $\frac{1}{2}$. 2. G. Wähnel 1:26 $\frac{1}{2}$. — Deut-Tauchen. 1. A. Stephan 1:32 Meter in 32 $\frac{1}{2}$ Sek. — Kurze Strecke. 3 Bahnlängen = 45 Meter. (Junioren). G. Wolter 36 Sek. (Senioren). M. Klose 1:38 $\frac{1}{2}$ Sekunden. — Deutsches Schul-Schwimmen. 10 Bahnlängen = 150 Meter. 1. G. Wolter 2 $\frac{1}{2}$ Punkte, 2. A. Richter 2 $\frac{1}{2}$ Punkte. — Jugend-Tauchen. 6 Sandbälle a 5 Pfund. 1. G. Wähnel 21 Sekunden, 2. Theodor Kahlen 24 $\frac{1}{2}$ Sekunden.

Am 115. Beobachtungabend des Vereins von Freunden der Trepptow-Sternwarte, der am Mittwoch, den 9. März, abends 8 Uhr auf der Trepptow-Sternwarte abgehalten wird, spricht Direktor Archenhold „Ueber Meteorite“ unter Vorlegung einer von Herrn Prof. Dr. A. Verina (Wien) zur Ausstellung eingesandten Sammlung. Gleichzeitig wird ein Meteorit gezeigt, welcher ein Unikum ist. Derselbe ist 1861 der Frau Apotheker Hellwig in Schöffstadt hufschäblich vor die Füße gefallen, und hat sich nach den Untersuchungen von Herrn Geheimrat Klein als ein ganz eigenartiger bisher noch nicht vorgekommener Meteorit erwiesen. Seine Bestandteile sind Terphit und seltenste Mineralien, die in dieser Zusammenstellung auf der Erde bisher nicht vorkommen. — Vor und nach dem Vortrag wird mit dem großen Refraktor der Drionebel beobachtet. Gäste haben Zutritt.

Das nächste Jugendkonzert findet am Mittwoch, den 9. März, nachmittags 4 Uhr, in der Philharmonie statt. Mitwirkende sind das Damentertel Erdmann-Jitelmann-Schwarz, begleitet von Fräulein Emma Booge, die I. I. Hoffhauspfeiferin Auguste Saison-Hofmann und der Harfenvirtuose Felena Perando, der eigens zu diesem Zweck aus Prag kommt. Als Reuening bringt das Programm auf Seite 4

Verhaltensmaßregeln für die jungen Besucher. — Kinder, in deren Schulen das Konzert nicht angekündigt wird, erhalten Einlaßkarten im Seminar für Musik, W. Neue Winterfeldstr. 45, und bei dem Portier der Philharmonie.

Aus den Nachbarorten.

Abtesshof. Bei der gestrigen Gemeindevahl wurde der sozialdemokratische Kandidat Genosse Böfking mit 484 Stimmen gewählt. Die Gegner hatten keinen Kandidaten aufgestellt. Das erzwungene Mandat war bisher in freisinnigem Besitz. Vor nun an gehören alle vier Sitze der dritten Abteilung der Sozialdemokratie.

In Wilmersdorf werden die Wahlen zur Gemeindevertretung voraussichtlich einige Tage später stattfinden als ursprünglich angelegt worden. Der Wahlprüfungsausschuss beschloß sich gestern mit dem von uns am Sonnabend mitgeteilten Stand der Dinge und beschloß, der Gemeindevertretung zu ihrer wahrhaftig am Montag nächster Woche stattfindenden Sitzung vorzuschlagen, daß sie sich mit der nunmehr durch den Entscheid des Ober-Verwaltungsgerichts verfügten Ungültigkeits-Erklärung der Wahlen von 1902 einverstanden erkläre. Damit die laufenden Arbeiten ordnungsgemäß erledigt werden können, soll in Konsequenz dieses Beschlusses dem Gemeindevorstand vorgeschlagen werden, die Wahlen statt am 21. März indogefant am 24. d. M. ihren Anfang nehmen zu lassen. Es würden im ganzen 19 Gemeindevorordnete neu zu wählen sein. Von unsren Parteigenossen scheidet dann außer Ratusch und Hilpert auch noch Schröder aus.

Trepptow. Der Etat für 1904 balanzirt in Einnahme und Ausgabe mit 500 800 M., ein Mehr von 146 800 M. gegen das Vorjahr. Der Zuschlag zu der Staatseinkommensteuer beträgt 100 Proz., zur Gewerbesteuer 150 Proz., zur Grundsteuer wird 9 $\frac{1}{2}$ Pf. von jedem Hundert erhoben. Die Einnahmen verteilen sich in den wesentlichen Punkten wie folgt: Gemeindeverwaltung 1483,50 M., Amtsverwaltung 8795 M., Schulverwaltung 4750 M., Armenverwaltung 940 M., Reichhof 2100 M., Straßenvverwaltung 4780,30 M. Die hauptsächlichsten Ausgaben sind: Gemeinde- und Amtsverwaltung 77 776,04 M., Schulverwaltung 46 001,70 M., Beihilfe für die Privatschulen 500 M., Fortbildungsschule 100 M., Armenverwaltung 9540 M., Feuerwehre 905 M. Die 500 M. als Beihilfe für die Privatschule beantragte Gemeindevorsetzer Schulz zu streichen, weil die Eltern der 15 bis 17 Kinder die Privatschule allein erhalten oder die Kinder nach der Gemeindegemeinschaft schicken könnten. Die 500 M. möchten zur Anstellung eines Schularztes oder für die Volksschule bewilligt werden. Der Vorsteher unterbrach den Redner mit den Worten, daß die erwähnte Frage nicht auf der Tagesordnung stehe. Bewilligt wurden 400 M. jährlich. Ein Antrag Schulz, die Straßenbesprengung vom Jahre 1905 ab in eine Regie zu nehmen, wurde dem Gemeindevorstande zur Berücksichtigung überwiesen. Die dann folgende Beratung der Geschäftsordnung verriet große Jurdt vor dem Einbringen eines Sozialdemokraten. Sollte doch dem Vorsteher das Recht zustehen, einen Redner nach wiederholtem Ordnungsruf auf ein Jahr von der Sitzung auszuschließen. Dies war sogar einigen Konservativen zu viel, welche Streichung der Bestimmung beantragten. G. B. Kurth, der einzige freisinnige Vertreter, brachte die Sache aber wieder in Fluß, indem er meinte, etwas müsse gemacht werden; die Sache solle wieder an den Gemeindevorstand betwiefen werden. Herr Schimmer, dessen Mandat schon von zwei Instanzen für ungültig erklärt worden ist und immer noch den Mut besitzt, dasselbe auszuüben, sagte, es kann jemand in die Vertretung kommen, und da müßten wir Strafbestimmungen haben, und ich beantrage den Ausschluß auf drei Monate. Diese Bestimmung wurde auch angenommen. Daß hiervon oft ungerechtfertigt Gebrauch gemacht wird, ist zu erwarten. Sorgen wir heute dafür, daß ein Sozialdemokrat mit großer Majorität gewählt werde.

Neu-Weißensee. Noch kurz vor den Neuwahlen zur Gemeindevertretung hat die alte Gemeinde Weißensee den Beschluß gefaßt, sich aufzulösen und der Gemeinde Neu-Weißensee sich anzuschließen, also die Einverleibung zu beantragen. Mit diesem Entschluß ist ein langjähriger Streit entschieden, und wer die eigenartigen Verhältnisse der beiden Gemeinden kennt, wird diesen Beschluß mit Freuden begrüßen, denn ein Hemmnis zur weiteren Entwicklung unsres Ortes ist damit beseitigt. — Bei der bevorstehenden Gemeindevorordneten-Wahl wird sich der Sozialdemokratie die neugegründete „Vereinigte Bürgerpartei“ gegenüberstellen, denn diese hat in sämtlichen Abteilungen und Bezirken ihre Kandidaten nominiert, von denen sie voraussetzt, daß sie eine „gründliche Orts- und Sachkenntnis“ besitzen. Die „Vereinigte Bürgerpartei“ besteht aus Mitgliedern der beiden Hausbesitzervereine und dem Verein der Gewerbetreibenden. Dieser Verein, der sonst nicht genug auf die immer annähernd werdenden Hausbesitzer sprechen konnte, ist auf den Impuls eingegangen und wird die Hausagrarier unterstützen. Zum Dank dafür hat man den Herren gnädigt gestattet, einen der übrigen in einem Bezirk kandidieren zu lassen, der bereits von zwei Sozialdemokraten vertreten wird, während die Kandidaten des Haus- und Grundbesitzer-Vereins die ihnen früher erscheinende zweite und erste Abteilung besetzt haben. Das alte Sprichwort: „Nur die allergrößten Käber wählen ihre eignen Repper selber“ kann man hier in Anwendung bringen. Noch eine dritte Partei wird auf den Plan treten und zwar die Partei „Mertens“, der sich durch ein Inserat in hiesiger Zeitung selbst als Kandidat empfiehlt und durch ein Flugblatt bekanntes Stills auf seine Person aufmerksam macht. Die Wahlen selbst finden für die dritte Abteilung am Mittwoch, den 16. März, in der Zeit von 5—8 Uhr abends statt; es wählt der erste Bezirk im Lokal Albrechtshof, Parfistraße, und der dritte Bezirk im Lokale Bachhaus, Prenzlauer Chaussee.

Lichtenberg. Die Statberatung, die mit der von unsren Genossen beantragten Verweisung in eine neungliedrige Kommission endete, der unter andren auch die Genossen A. Schulz und Grauer angehören, brachte zunächst die Erklärung des Gemeindevorstehers, daß er es ablehne, auf eine von unsren Genossen angelegte Besprechung über die Gründe der Festsetzung des Beginns der Wahlzeit bei den Urwahlen zum preussischen Landtage einzugehen. Ebenfalls lehne er es ab, eine von demselben Redner angelegte Besprechung der Gründe über die Nichtstimmung der Arbeitnehmer-Beiziger des Gewerbegerichts gegen den derzeitigen Vorkisenden, den besolobeten Schöffen Ungewitter, zugelassen. Neben unsren Genossen wies aber auch der freisinnige Redner, Herr Plonz, darauf hin, daß eine solche Besprechung gar nicht verhindert werden könne. Im weiteren Verlauf der Generaldebatte, an der sich nur der Gemeindevorsteher, Herr Plonz und Genosse Grauer beteiligten, gab der Gemeindevorsteher die Erklärung ab, daß die von unsren Redner beizührten Petitionen der Gemeinde-Arbeiter „von außen hineingetragen seien, denn ihm sei berichtet worden, daß den Gemeindevorsteher der Inhalt der Gesuche gar nicht vorgelegen habe“. Es wird Sache der Gemeinde-Arbeiter sein, dem Herrn Gemeindevorsteher nachzuweisen, daß er nicht richtig berichtet worden ist. Das „Eingeklafenein“ der seit zwei Jahren nicht mehr in Thätigkeit getretenen Gesundheitskommission soll nicht auf den Einfluß der Zweidrittel-Majorität des Grundbesitzes in der Gemeindevertretung zurückzuführen sein, sondern darauf, daß die Kommission bei den guten sanitären Verhältnissen des Ortes nichts zu thun habe.

Daß um die endliche Schaffung eines Krankenhauses die Gemeinde nicht mehr herum komme, mußte vom Vorstandstische anerkannt werden; auch schweben Verhandlungen wegen Errichtung einer Unfallstation oder Sanitätswache.

Die Errichtung einer Freibank in Ausführung des Fleischbeschau-Gesetzes soll im Anschluß an den projektierten Neubau des Straßenreinigung-Depots durch Anbau geeigneter Räume und Anstellung eines Tierarztes zum 1. Oktober ermöglicht werden. Unsre Genossen ersuchten den Gemeindevorstand um Erläuterungen zum Armen-Etat und zum Bericht über die Grundzüge und Ausführungen der Armenpflege, um hier eventuell Vorschläge zur Reorganisation machen zu können.

Wegen eines schweren Stillschlechtsverbrechens stand gestern der Arbeiter August Schön vor dem Schwurgericht beim Landgericht II. Der Angeklagte ist bereits wegen eines gleichen Verbrechens mit 5 Jahren Zuchthaus vorbestraft worden. Als er im Oktober v. J. wieder auf freien Fuß gesetzt wurde und er auf dem Wege nach seinem bei Wittenwalde gelegenen Heimatdorf begriffen war, begegnete ihm ein elfjähriges Mädchen. Das Tier in ihm gewann wieder die Oberhand, er überfiel das Mädchen und versuchte, es zu vergewaltigen. Die Geschwornen verurteilten ihn milde unter Umständen, worauf der Gerichtshof ihn zu drei Jahren Zuchthaus verurteilte.

Vom Kurfürster-Prozess Schröder in Tilsit. Aus den Verhandlungen vom Sonnabend ist zu erwidern, daß der Angeklagte seinen Widerstand gegen das Vorführen magnetischer Experimente gebrochen und sich zum Experimentieren bereit erklärt hat. Es werde etwas ganz Ueberausendes und bisher noch niemals Dargebotenes sein. Er benötige dafür zwei Meiststoffe, eines Federhalters, eines Wasserballons mit 27 Grad Wärme und etwas Schnee, sowie einer Fensterseibe. Der Versuch müsse in einem besonderen Zimmer angestellt werden und er lade dazu die Sachverständigen Prof. Dr. Buppe, Königsberg, Dr. Koll, Berlin, und Sanitätsrat Vilsinger, Kassel, ein. — Dr. Vengnid-Tilsit: Darf ich auch mitgehen, Herr Schröder? — Angell: Nein, Sie sind mir zu unsympathisch. (Heiterkeit.) — Vors.: Sie meinen das doch wieder im magnetischen Sinne? — Angell: Jawohl. — Dr. Koll: Aber ich werde doch auch von dem Magnetopaten als unsympathische Persönlichkeit in diesem Sinne angesehen. — Angell: Das ist nicht, mir sind Sie durchaus sympathisch. Herr Doktor, was denken Sie übrigens über die photographische Fixierung der magnetischen Ausstrahlung an den Händen des Staatsrats von Karlowitz? — Dr. Koll: Es läme auf meine eignen Versuche an. — Angell: Ich bin jederzeit dazu bereit. — Dr. Koll: Dann müßte ich aber erst noch einen Gemischen und einen photographischen Sachverständigen zuziehen. — Angell: Es bleibt mir also nichts übrig, als das andre Experiment vorzuführen, das mir sicher gelingen wird. — Es tritt nunmehr eine längere Pause ein, während welcher die Sachverständigen die erforderlichen Materialien einkaufen. Um 1 Uhr mittags zogen sie sich darauf mit dem Angeklagten in ein besonderes Zimmer des Gerichtsgebäudes zurück.

Während der Pause wurden dem Angeklagten von seiten des Gerichts alle möglichen Erleichterungen gewährt, um ihn für das bevorstehende Experiment frisch zu erhalten, wie er denn überhaupt von seiten des Gerichtshofes in der denkbar schonendsten und nachsichtigsten Weise behandelt wurde.

Nach etwa einer halben Stunde erschienen die Sachverständigen mit dem Angeklagten wieder im Saale. Auf Befragen erklärt Schröder: Ich habe den Herren zunächst den aus meiner Hand ausstrahlenden Magnetismus vorzuführen versucht. Zu diesem Zweck pregte ich die Hand an die Fensterseibe, an die zugleich auch der Gummiballon mit dem auf 27 Grad erwärmten Wasser gedrückt wurde. Bei dieser Prozedur hatte ich früher das Phänomen beobachtet, daß rings um den Abdruck meiner Finger Strahlen sichtbar wurden, die bei dem Gummiballon nicht sichtbar werden. Ich führe dies darauf zurück, daß diese Ausstrahlungen magnetischer Natur sind, und daß ein toter Körper sie nicht produziert. Diese Strahlen sind bei dem einen Menschen größer, bei dem andren kleiner und bei mir sind sie ganz besonders groß. Das zweite Experiment besteht darin, daß ich einen Meiststoff und einen Federhalter in etwas Schnee stecke. Ich habe darauf den zweiten Meiststoff magnetisiert und meines Erachtens dadurch erreicht, daß dieser beim Hineinschieben in den Schnee diesen anzog. — Dr. Koll: Was das erste Experiment anlangt, so sind wir uns alle drei Sachverständige darüber einig, daß bei dem Auflegen der Hand an die kalte Scheibe der übliche Wasserstoff aus der Hand des Angeklagten ausgedehnt ist und diese ganz bestimmten Strahlen dadurch hervorruft. Auch das zweite Experiment beruht auf einer rein physikalischen Erscheinung. Der angeblich magnetisierte Meiststoff ist einfach unter den Händen des Angeklagten warm geworden, wodurch der Schnee hängen blieb. Mit Magnetismus haben beide Experimente nicht das geringste zu thun und beide Experimente sind demnach als mißglückt zu bezeichnen. Eine derartige — doch ich will mich nicht weiter darüber auslassen. — Dr. Vilsinger erklärt ebenfalls, es handle sich um eine falsche erklärte Thatsache. In Bezug auf die Wirkung des Magnetismus im allgemeinen aber wolle er aber nicht unterlassen, zu betonen, daß er sehr oft ausgezeichnete Beweise dafür erhalten habe. So sei er vor 9 Jahren zu einer Fabrikantenfamilie gerufen worden, deren Governante an schrecklichen Krämpfen gelitten habe, durch die der Körper halbkreisförmig zusammengezogen wurde. Er habe darauf mesmerische Striche gemacht, und nach 20 Minuten sei das Mädchen in einen tiefen Schlaf verfallen, aus dem es geheilt erwacht sei. Die Wirkung zu erklären sei, wisse er nicht. Er wolle nur die Thatsache konstatieren. — Staatsanwalt: Ich glaube nicht, daß dies von Dr. Koll bestritten wird. — Dr. Vilsinger: Doch, denn er hat gesagt, daß es nicht möglich sei, auf bewußtlose Personen durch Magnetismus einzuwirken. — Dr. Koll: In erster Linie hat wohl hier der Schlaf heilend eingewirkt. Die mesmerischen Striche können nur eine hypnotische Wirkung ausgeübt haben. — Dr. Vilsinger: Ich wiederhole, wir werden in diesen Fragen niemals zusammenkommen, weil es dabei auf Glauben und Unglauben ankommt und zwei Weltanschauungen sich gegenüberstehen, — auf der einen Seite die rein materialistische Geschichtsauffassung, die nichts anerkennt als Kraft und Stoff, auf der andren Seite eine gewisse spiritualistische Welt- und Lebensauffassung — nämlich die, daß der Mensch nicht nur aus Kraft und Stoff besteht, sondern anherdem überfinnliche Momente vorhanden sind. Dieser Anschauung bin ich, während die beiden andren Herren zur andren Partei gehören. Auch Professor Ladenburg hat auf dem letzten Deutschen Naturforscher- und Aerztetag in Kassel diese Anschauung als Anschauung der Wissenschaft vertreten, daß es einen Gott nicht gebe und auch keine überfinnliche Welt. Wir dagegen sagen: Der Mensch ist mehr als Kraft und Stoff. Auf diese Verschiedenheit der Weltanschauung führe ich es also zurück, daß wir uns hier nicht verstehen.

Angell: Im Evangelium Matth. Kapitel 6 heißt es ausdrücklich: Das Auge ist der Spiegel des Herzes, also nicht der Seele allein. — Dr. Vilsinger: Die Bibel ist durchaus spiritualistisch, und zwar einseitig spiritualistisch. Ich bin materialistisch-spiritualistisch. Keine Frage aber ist es, daß das größte Phänomen spiritualistischer Kraft Jesus ist. — Vors.: Ist das Ihre eigne Entdeckung, Angellager, das mit dem Evangelium Matthäi? — Angell: Ich habe diese Stelle im neuen Testament in meiner Zelle gefunden. — Dr. Vilsinger erklärt dazu, daß diese Stelle schon früher von vielen Augenärzten als Pseudomoz und dergleichen verwendet worden sei. — Dr. Salzer: Mit Rücksicht darauf, daß Dr. Vilsinger hier immerfort „Glaubige“ und „Unglaubige“ konstatiert habe, wolle er aber bemerken, daß er an seinen Anschauungen festhalte, daß er aber ebenfalls der Meinung sei, daß es in den letzten Dingen Kassel und ungelöste Fragen gebe. — Prof. Dr. Buppe erklärt gleichfalls, daß er auf gläubigem Boden stehe. Ungläubig sei er nur in Bezug auf die Augen diagnose und den Magnetismus. Dieser Erklärung schließt sich Dr. Koll an.

Hierauf wurden die weiteren Verhandlungen auf Montag früh vertagt.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 22. Heft des 22. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Eine verballte Fremdherrschaft. — Frauen- und Kinderarbeit in den vereinigten Staaten. Ein Referat, eingeleitet von A. K. Sorge. — Die preussische Regierung am Scheidewege. (Der Entwurf des Knappschafts-Gesetzes.) Von Otto Kub. — Ueberhand Revolutionäres. Von Karl Kautsk. III. (Schluß). — Väterliche Rindschau: Leo Deutsch, Schöpfung Kabre in Sibirien. Von K. K. — Notizen: Die angebliche Wirkung hoher Andererklärtheit im Sinne Darwinischer Auslese. Von v. Bus der Rheinisch-Westfälischen Rasthagenbau- und Kleinindustrie-Vereinsgenossenschaft. Von d.